



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Strukturdatenband

zum Vierten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum
01.01.2018 – 31.12.2018 der Wissenschaftlichen
Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften
für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und
Menschenfeindlichkeit“

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Koordinierungs- und Fachstellen, der Federführenden Ämter, der Träger der Jugendforen sowie den Mitgliedern des Begleitausschusses und den in den Jugendforen engagierten Jugendlichen, die an unseren Befragungen teilgenommen haben. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS-Frankfurt a. M.

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main
Frankfurt am Main, November 2018

Autorinnen und Autoren ISS e. V.

Dr. Yvonne Albrecht
Irina Bohn
Julia Däumling
Sara Dallmann
Julia Hallmann
Marius Hilbert
Jan Saßmannshausen
Dr. Irina Volf
Max Waibel

Bildnachweis: eskemar.photocase.com

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	165	
Tabellenverzeichnis	168	
1	Überblick	1
2	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie	2
3	Steuerungsgremien und -prozesse	4
3.1	Koordinierungs- und Fachstellen	4
3.2	Begleitausschüsse	8
4	Finanzielle Ausstattung	13
5	Ausgangslage vor Ort	14
6	Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie	16
6.1	Arbeitsschwerpunkte	16
6.2	Zielgruppen	21
6.3	Projekte	23
7	Demokratiekonferenzen	26
8	Jugendpartizipation	29
9	Unterstützungsbedarfe, Weiterbildung und Coaching	36
10	Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion	42
11	Klima der Bedrohung in den Förderregionen	45
12	Anhang	65
12.1	Literatur	65
12.2	Tabellen	65

1 Überblick

Die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen werden im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings einmal im Jahr in einer standardisierten Online-Erhebung zur inhaltlichen und strukturellen Umsetzung ihrer Partnerschaft für Demokratie befragt. Es handelt sich hierbei um eine Vollerhebung, d. h., es werden Daten zu sämtlichen Förderstandorten erfasst. Die gewonnenen Daten ermöglichen es somit, verlässliche Aussagen zum Stand der Umsetzung für sämtliche Partnerschaften für Demokratie zu treffen. Derzeit werden 275 Partnerschaften im Rahmen des Bundesprogramms gefördert. Da zum Stichtag der Erhebung am 1. Juli 2018 noch nicht alle Partnerschaften ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurden insgesamt 265 Partnerschaften befragt. Die Ergebnisse der Erhebung wurden mithilfe der Programme SPSS und Excel uni- und bivariat ausgewertet und in Abbildungs- und Tabellenform aufbereitet.¹

Der vorliegende Strukturdatenband präsentiert die Erkenntnisse der diesjährigen Monitoring-Befragung. Er vermittelt einen Überblick über die strukturellen Voraussetzungen der Partnerschaften, über wichtige Kennzahlen wie das Budget, über die zentralen Steuerungsgremien und -prozesse sowie über die inhaltliche Arbeit. Weitere Schwerpunkte sind außerdem die Jugendpartizipation sowie etwaige Bedrohungslagen in den Förderregionen. Auch wird, dort, wo dies relevant ist, zwischen den dienstälteren Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens und den jüngeren Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens differenziert.²

Der Strukturdatenband enthält einen umfangreichen Anhang, in dem sämtliche Daten in Tabellenform nachzulesen sind. Der vorliegende Band dient somit als Datengrundlage, weitergehende Daten zu den analytischen Kapiteln des Hauptteils finden sich im Anhang des vierten Zwischenberichts. Dort werden einzelne Themenbereiche des Monitorings ausführlich behandelt und, zum Teil mit ergänzenden qualitativen Daten, erörtert.

1 Zum methodischen Vorgehen siehe Kapitel 3 im Zwischenbericht.

2 Im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren kann die Förderung als Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ beantragt werden.

2 Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie

Von den in der Monitoring-Erhebung im Vorjahr befragten 264 Partnerschaften ist eine mittlerweile ausgeschieden, hat sich jedoch noch an der diesjährigen Erhebung beteiligt. Darüber hinaus ist ein Standort hinzugekommen, der im vorigen Jahr noch nicht befragt wurde. An der diesjährigen Erhebung haben sich somit insgesamt 265 Partnerschaften für Demokratie beteiligt. Im Rahmen des fünften Interessenbekundungsverfahrens erweiterte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Zahl der Partnerschaften für Demokratie um 39 neue Förderregionen, von denen elf ihre Arbeit bereits zum 01.10.2018 aufgenommen haben. Im Dezember 2018 gibt es somit bundesweit insgesamt 275 Partnerschaften für Demokratie. Weitere 28 Partnerschaften werden ab dem 01.01.2019 aktiv.

Die Förderstandorte aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren sind häufiger in den alten Bundesländern angesiedelt als Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren.

59 % (157) aller Partnerschaften sind in den alten Bundesländern angesiedelt, 35 % (93) in den neuen Bundesländern und 6 % (15) in Berlin. Mit Blick auf die Förderdauer zeigt sich, dass im Vergleich zu den 217 Partnerschaften, die bereits seit dem ersten oder zweiten Interessenbekundungsverfahren gefördert werden, jene des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens häufiger in den alten Bundesländern angesiedelt sind (75 %, 36 im Vgl. zu 56 %, 121). 23 % (11) der Förderstandorte aus dem dritten bis vierten Interessenbekundungsverfahren befinden sich in den neuen Bundesländern und 2 % (1) in Berlin.³

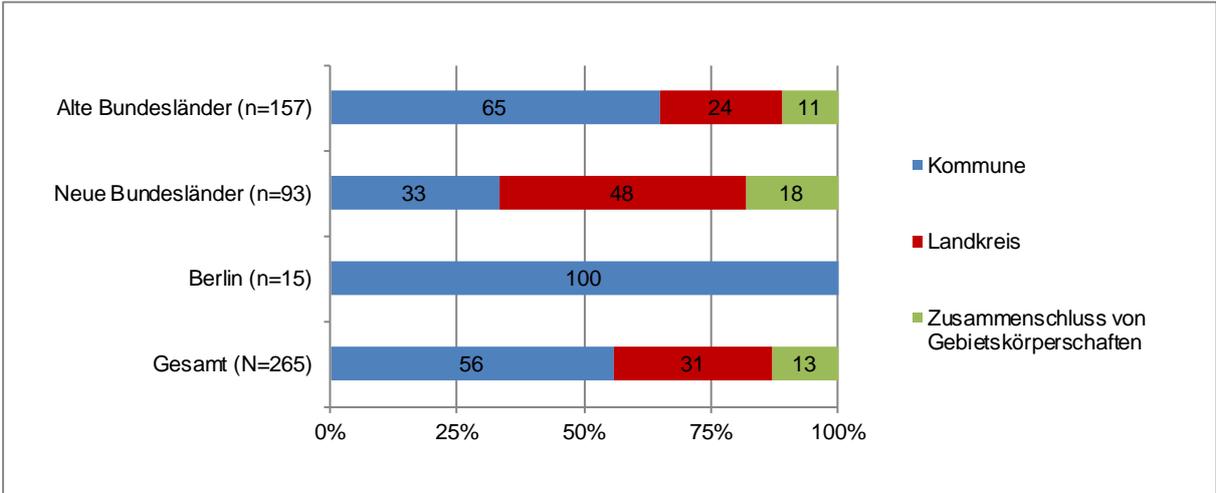
Die Mehrzahl der Partnerschaften (56 %, 148) ist in Kommunen angesiedelt, weitere 31 % (83) in Landkreisen und 13 % (34) in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften. Bereits aus früheren Erhebungen ist bekannt, dass in den neuen Bundesländern häufiger Partnerschaften in Landkreisen und in den alten Bundesländern häufiger Partnerschaften in Kommunen gefördert werden.⁴ Diese Verteilung trägt sich demnach auch in diesem Jahr fort. So sind die Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens häufiger in Kommunen angesiedelt als Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens (69 %, 33 im Vgl. zu 53 %, 115).⁵ Abbildung 1 ist zu entnehmen, welchen Verwaltungsformen die Partnerschaften je nach regionaler Verortung zuzuordnen sind.

3 Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

4 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 179, Tabelle 7/Vgl. ISS 2017, S. 67, Tabelle 3.

5 Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

Abbildung 1: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

6 Vgl. Tabelle 3 im Anhang

3 Steuerungsstrukturen und -prozesse

Das federführende Amt, die Koordinierungs- und Fachstelle sowie der Begleitausschuss bilden gemeinsam mit dem Jugendforum gemäß den Leitlinien des Bundesprogramms den strukturellen Rahmen einer Partnerschaft für Demokratie. Während das federführende Amt vor allem die administrative Abwicklung verantwortet und die inhaltliche Schnittstelle in die Verwaltung sichert, bilden die Koordinierungs- und Fachstelle und der Begleitausschuss die zentralen Strukturelemente zur Umsetzung der Partnerschaft. Der Begleitausschuss als Kernnetzwerk legt die inhaltlich-strategische Ausrichtung fest. Er ist auch für die Auswahl der Projekte zuständig, mit denen die Handlungsstrategie in die Praxis übersetzt wird. In ihm kommen Akteur/innen aus Zivilgesellschaft und Kommune zusammen und übernehmen die fachliche Steuerungsfunktion innerhalb der Partnerschaft.

Die Koordinierungs- und Fachstelle hingegen ist für die operative Umsetzung der Partnerschaft verantwortlich. Sie betreut die Projekte und ist zentrale fachliche sowie prozessverantwortliche Ansprechpartnerin. Sie repräsentiert die Partnerschaft vor Ort und soll als Teil der lokalen Infrastruktur zur Demokratieförderung verankert sein. Sie übernimmt zudem die Öffentlichkeitsarbeit und bereitet die Sitzungen des Begleitausschusses vor. Der Koordinierungs- und Fachstelle kommt eine zwischen den Steuerungsstrukturen, Einzelprojekten sowie zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteursgruppen vernetzende Position zu. In der Regel ist sie – gemäß den Leitlinien des Bundesprogramms – bei einem freien Träger anzusiedeln.

3.1 Koordinierungs- und Fachstellen

Nach wie vor ist die Mehrheit (91 %, 242) der Koordinierungs- und Fachstellen bei einem externen Träger angesiedelt. In 7 % (19) der Fälle haben Partnerschaften von der Sonderregelung Gebrauch gemacht, die es erlaubt, die Koordinierungs- und Fachstelle an kommunale Verwaltungsstrukturen anzubinden. Vier (2 %) Partnerschaften realisieren eine Sonderform.⁷ Nur eine (5 %) der 19 Partnerschaften ohne externe Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle plant, diese noch bei einem freien Träger anzusiedeln.⁸ Demnach ist die verwaltungsinterne Anbindung der Koordinierungs- und Fachstellen nicht nur eine vorübergehende Lösung.

Die Träger der Koordinierungs- und Fachstellen sind zwar nicht mehrheitlich, jedoch schwerpunktmäßig in der Kinder- und Jugendhilfe verankert.

Die Wahl des Trägers bzw. die Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle ist ob ihres breiten Aufgabenspektrums von weitreichender Bedeutung. Hier zeichnet sich insbesondere eine kinder- und jugendhilfespezifische Ausrichtung ab. 35 % (85) der Träger sind im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt der Träger ist zudem die Bildungsarbeit. So geben 27 % (65) der Befragten an, dass die Koordinierungs- und Fachstelle bei einem entsprechenden Träger angesiedelt ist. 19 % (46) verorten ihre Koordinierungs- und Fachstelle bei einem Träger der sozialen Arbeit.⁹ Bei den Trägern der externen Koordinierungs- und Fachstellen handelt es sich bei mehr als der Hälfte der Fälle um einen Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband (51 %, 123). Weitere 19 %

7 Hierbei weisen Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens in etwa die gleiche Verteilung auf. Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

8 Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

9 Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

(45) der externen Träger sind Vereine mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband.¹⁰ In Partnerschaften mit externen Koordinierungs- und Fachstellen ist das federführende Amt zumeist in Fachreferaten im Jugendamt angebunden (38 %, 91).¹¹ Ist die Koordinierungs- und Fachstelle innerhalb der Verwaltungsstrukturen verortet, so ist sie in 58 % aller Fälle (11) ebenfalls an Fachreferate im Jugendamt angebunden.¹²

Es lässt sich somit feststellen, dass die strukturelle Anbindung der Koordinierungs- und Fachstellen sowohl bei externer als auch bei interner Ansiedlung einen deutlichen Bezug zur Jugendhilfe aufweist, auch wenn sie dort nicht mehrheitlich angesiedelt sind. Bei der Betrachtung der Rechtsform des Trägers zeigt sich zudem, dass auch kleine Vereine ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband eingebunden und die Koordinierungs- und Fachstellen nicht primär in großen Verbänden angesiedelt sind.

In den Koordinierungs- und Fachstellen stehen durchschnittlich 1,7 Mitarbeiter/innen mit einem Stellenvolumen von 79,2 % eines Vollzeitäquivalents zur Verfügung.

Die Koordinierungs- und Fachstellen sind mit durchschnittlich 1,7 Mitarbeiter/innen und einem Stellenvolumen von 79,2 % eines Vollzeitäquivalents (VZÄ) ausgestattet.¹³ Dies entspricht in etwa den Werten des Vorjahres.¹⁴ Während sich die durchschnittliche Anzahl an Mitarbeiter/innen nach regionaler Verortung nur geringfügig unterscheidet (alte Bundesländer: 1,8, neue Bundesländer: 1,4), zeigt sich, dass Partnerschaften aus den neuen Bundesländern etwas mehr Stellenanteile zur Verfügung haben (84,3) als Partnerschaften aus den alten Bundesländern (75,9).¹⁵ Bei Unterscheidung nach interner und externer Ansiedlung zeigen sich deutliche Unterschiede. Bei Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle bei einem freien Träger ist diese mit durchschnittlich 1,6 Personen besetzt, die über ein Stellenvolumen von 77,5 % eines VZÄ verfügen. Im federführenden Amt stehen in Standorten, in denen eine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet wurde, zusätzlich durchschnittlich 1,5 Personen mit durchschnittlich 52,2 % eines VZÄ zur Verfügung.¹⁶

In den Partnerschaften, die ihre Koordinierungs- und Fachstelle beim federführenden Amt angesiedelt haben, arbeiten hier im Durchschnitt 2,3 Personen mit einem Stellenumfang von 104,5 % eines VZÄ (inkl. der Stellenanteile von mindestens 0,5 Vollzeitäquivalenten, die von der kommunalen Verwaltung – gemäß den Leitlinien – für das federführende Amt zur Verfügung gestellt werden müssen). Den vier Partnerschaften mit einer sonstigen Form der Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle stehen durchschnittlich 2,0 Personen mit einem Stellenanteil von 62,5 % eines VZÄ zur Verfügung.¹⁷

10 Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

11 Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

12 Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

13 Der Durchschnittswert bezieht sich ausschließlich auf die personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen. Mitarbeiter/innen im federführenden Amt wurden demnach nur dann in die Berechnungen einbezogen, wenn keine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet worden ist. Die Vergleichbarkeit zu den Zahlen im Vorjahr ist jedoch eingeschränkt. Im Vorjahr wurden die intern sowie die sonstig angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen separat zum Personal im federführenden Amt und in der Koordinierungs- und Fachstelle befragt und beide Werte wurden addiert, um das Personal in der internen bzw. sonstigen Koordinierungs- und Fachstellen zu ermitteln. In diesem Jahr wurden die internen bzw. sonstigen Koordinierungs- und Fachstellen lediglich zum Personal im federführenden Amt befragt, da dort die Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt ist. Somit können die Berechnungen des Vorjahres potentiell höher ausfallen als in diesem Jahr. In vier Fällen war zum Erhebungszeitpunkt die Koordinierungs- und Fachstelle nicht besetzt. Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

14 Vgl. ISS 2017, S. 69, Tabelle 9.

15 Vgl. Tabellen 11 und 12.

16 Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

17 Vgl. Tabellen 14 und 15 im Anhang.

Über die Ansiedlung bei einem internen oder externen Träger hinaus variiert die personelle Ausstattung mit der regionalen Verortung der Partnerschaften für Demokratie. Während in den alten Bundesländern durchschnittlich mehr Personen zur Verfügung stehen (1,8) als in den neuen Bundesländern (1,4), ist das Stellenvolumen in den neuen Bundesländern höher. Hier beträgt es im Durchschnitt 84,3 % eines VZÄ, während es in den alten Bundesländern 75,9 % eines VZÄ sind. Dies ist ein aus dem Vorjahr bekannter Befund,¹⁸ der auch auf die z. T. umfangreichere Ausstattung mit Drittmitteln aus Landesmitteln in den Partnerschaften sowie den Gehaltsunterschieden zwischen den West- und Osttarifen zurückzuführen ist.

Abbildung 2: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	n	Anzahl der Personen (Mittelwert)	Prozent eines VZÄ (Mittelwert)
Alte Bundesländer	154	1,8	75,9
Neue Bundesländer	92	1,4	84,3
Berlin	15	2,0	82,4
Gesamt	261	1,7	79,2

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=261). Bei vier Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

Koordinator/innen in Landkreisen schätzen ihr Stellenvolumen seltener als ausreichend ein als ihre Kolleg/innen in Kommunen.

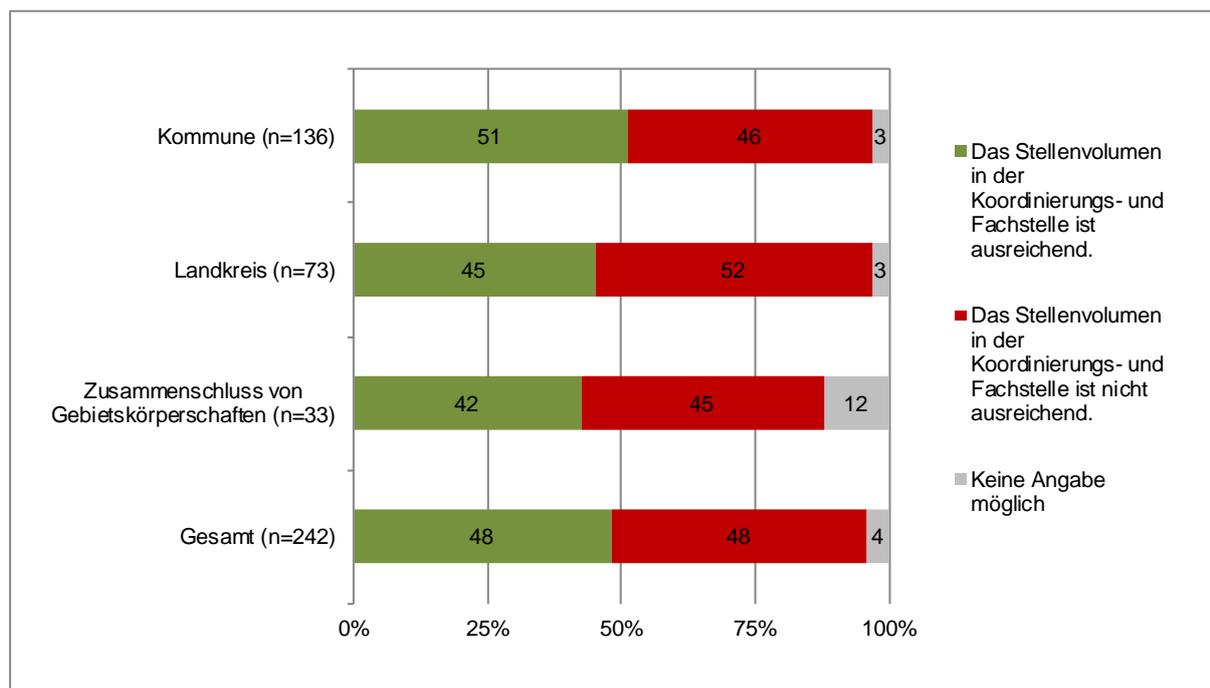
Insgesamt bewertet etwa die Hälfte (48 %, 117) der befragten Koordinator/innen das Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle als ausreichend. Die Einschätzung fällt je nach Verwaltungseinheit der Partnerschaft unterschiedlich aus. Während 51 % (70) der befragten Koordinator/innen in kommunalen Partnerschaften ihr Stellenvolumen als ausreichend erachten, sind dies in Landkreisen nur 45 % (33). In Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften fällt die Bewertung mit 42 % (14) hingegen am negativsten aus.¹⁹ Das Stellenvolumen im federführenden Amt erachten 42 % (112) der Koordinator/innen für ausreichend.²⁰

18 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 32, Abbildung 5.

19 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

20 Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

Abbildung 3: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern²¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=242).

Drei von zehn Koordinator/innen aus Förderstandorten der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren verweisen auf eine entscheidende Beeinträchtigung der Arbeit ihrer Partnerschaft aufgrund von Personalwechseln innerhalb der Koordinierungs- und Fachstelle.

Neben den zur Verfügung stehenden Stellenanteilen ist die personelle Kontinuität von Bedeutung für die erfolgreiche Umsetzung von Partnerschaften für Demokratie, da sie u. a. die Netzwerkqualität befördert.²² Aktuell werden jedoch lediglich 30 % (80) der Partnerschaften seit mindestens vier Jahren, d. h. bereits seit dem Vorgängerprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, durch ihre/n dienstälteste/n Koordinator/in betreut.²³ Darüber hinaus gibt ein Viertel (25 %, 67) der Koordinator/innen in der aktuellen Erhebung an, dass Personalwechsel in der Koordinierungs- und Fachstelle die Arbeit der Partnerschaft beeinträchtigt haben, wobei Partnerschaften aus dem ersten (27 %, 47) und zweiten Interessenbekundungsverfahren (33 %, 15) die Situation deutlich kritischer bewerten als Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren (15 %, 5).²⁴ Die Personalfluktuations ist demnach für erfahrene Koordinator/innen festzustellen und ein Umstand, der für die Arbeit der Partnerschaften wenig zuträglich ist.

21 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

22 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 44f.

23 Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

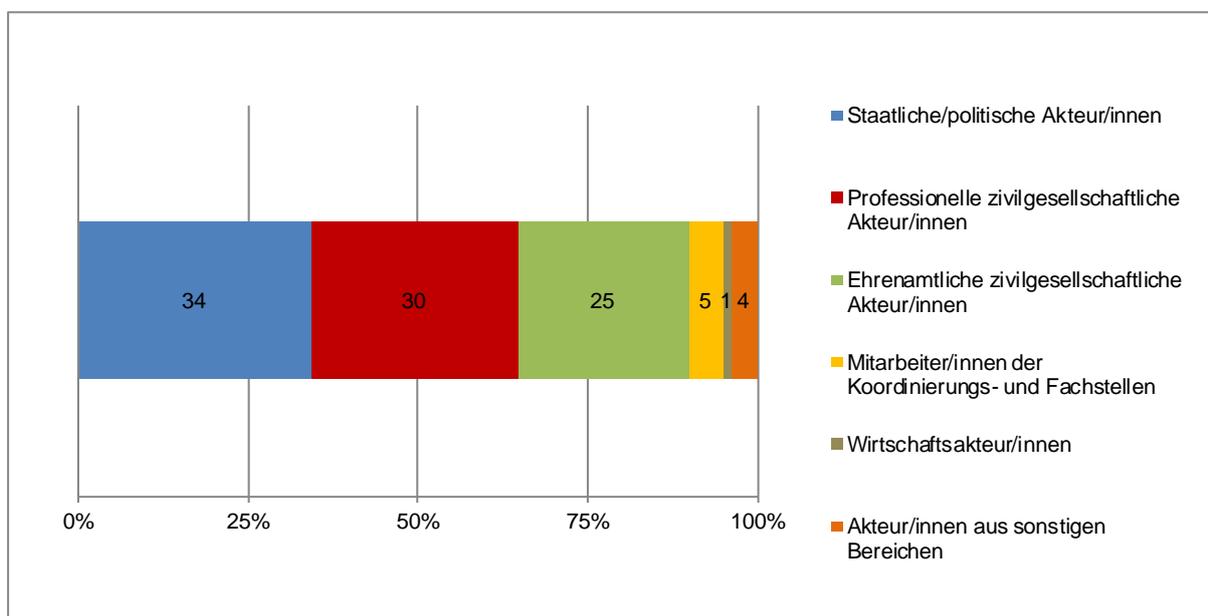
24 Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

3.2 Begleitausschüsse

In den Begleitausschüssen engagieren sich 4.939 Personen. Zivilgesellschaftliche Akteur/innen sind hier in der Mehrzahl.

Zum Zeitpunkt der Befragung haben alle Partnerschaften ihren Begleitausschuss konstituiert.²⁵ In den Begleitausschüssen engagieren sich insgesamt 4.939 Personen. Durchschnittlich ist ein Begleitausschuss mit 18,6 Mitgliedern besetzt, die Mitgliederzahl liegt zwischen 5 und 84 Personen. Die Programmleitlinien sehen vor, dass die Begleitausschüsse der Partnerschaften mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft zu besetzen sind. Diesen entsprechen die konstituierten Begleitausschüsse, indem zivilgesellschaftliche Akteur/innen 55 % (2.719) aller Mitglieder in den Begleitausschüssen ausmachen.²⁶

Abbildung 4: Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an allen Mitgliedern in den Begleitausschüssen²⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

In neun von zehn Begleitausschüssen sind ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen vertreten.

Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen stellen 25 % (1.217) aller Mitglieder in den Begleitausschüssen.²⁸ Sie sind in 93 % (247) aller Begleitausschüsse vertreten.²⁹ Im Jahr 2017 war dieser Wert mit 92 % nahezu identisch.³⁰ Der Anteil der professionellen zivilgesell-

25 Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

26 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

27 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

28 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

29 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

30 Vgl. ISS 2017, S. 76, Tabelle 20.

schaftlichen Akteur/innen beträgt 30 % (1.502), jener der staatlichen und politischen Akteur/innen 34 % (1.687).³¹ Diese Verteilung entspricht ebenfalls in etwa jener aus dem Jahr 2017.³²

Die weiterführende Betrachtung der verschiedenen Akteursgruppen zeigt, dass sich unter den ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen vor allem Vertreter/innen der Jugendforen finden. Sie stellen mit 365 von 1.217 Personen (30 %) innerhalb dieser Akteursgruppe den größten Personenkreis dar. Sie sind in 76 % (202) der Begleitausschüsse vertreten.³³

Weitere personenstarke Gruppen unter den ehrenamtlichen Akteur/innen sind Bürgerbündnisse und Initiativen sowie Bürger/innen im Allgemeinen, die jeweils auch in 51 % (134) bzw. 45 % (119) aller Begleitausschüsse vertreten sind.³⁴ Unter den professionellen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen finden sich hauptsächlich Vertreter/innen von Vereinen oder Organisationen mit ähnlichen Rechtsformen mit finanzierter Struktur (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe) und Vertreter/innen konfessioneller Strukturen, die in 87 % (230) bzw. 58 % (154) aller Begleitausschüsse vertreten sind.³⁵ Bei den staatlichen/politischen Akteur/innen handelt es sich hauptsächlich um Vertreter/innen aus der Verwaltung (95 %, 251). Auch Vertreter/innen von Schulen (49 %, 131), der Polizei (38 %, 102) und Parlamentsangehörige (38 %, 102) sowie Bürgermeister/innen (36 %, 95) sind präsent.³⁶

Die Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen in die Begleitausschüsse ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

Die Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen gestaltet sich ähnlich wie im Vorjahr. So sind jene Organisationen nach den Angaben der Koordinator/innen in 40 % (105) aller Ausschüsse vertreten (siehe folgende Abbildung). Im Jahr 2017 lag der Anteil bei 42 %.³⁷

31 Vgl. Tabelle 21 im Anhang. Die Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an der Gesamtanzahl der Mitglieder im Begleitausschuss unterscheidet sich kaum zwischen Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. Vgl. Tabellen 22 und 23 im Anhang.

32 Vgl. ISS 2017, S. 75-76, Tabellen 19 und 21.

33 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

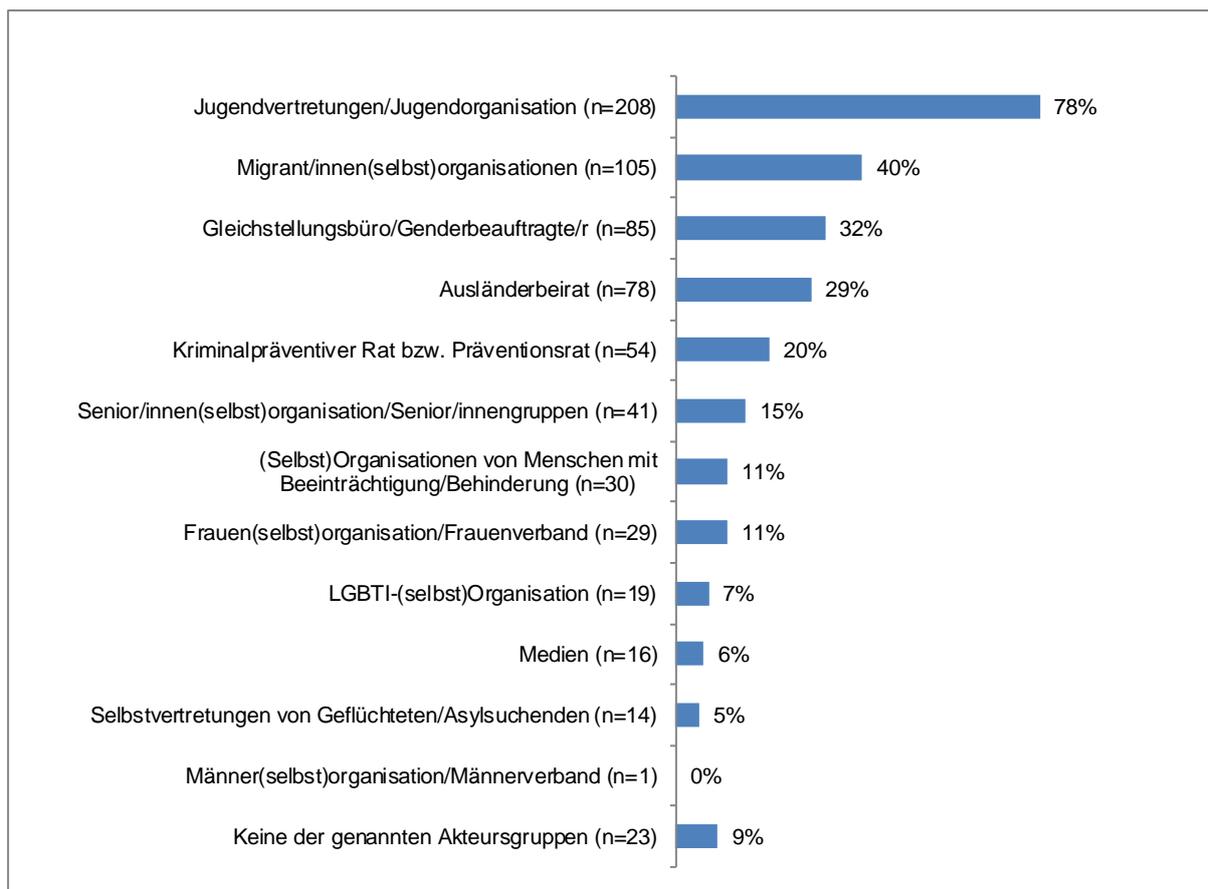
34 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

35 Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

36 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

37 Vgl. ISS 2017, S. 78, Tabelle 25. Im Gegensatz zum Vorjahr zeigen sich hier jedoch keine Unterschiede in Abhängigkeit der Interessenbekundungsverfahren der Partnerschaften. Auffällig ist jedoch, dass Jugendvertretungen bzw. Jugendorganisationen in Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenvertretungen (80 %, 173) häufiger auftreten als in Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren (73 %, 35). Des Weiteren geben Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren häufiger an, dass keine der genannten Akteursgruppen in ihrem Begleitausschuss vertreten sind. Vgl. Tabellen 31 und 32 im Anhang.

Abbildung 5: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen³⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

In 82 % (216) der Begleitausschüsse gelingt es, junge Menschen unter 27 Jahren als Mitglieder einzubinden.³⁹ Im Vergleich zum Vorjahr sind die Anteilswerte konstant geblieben.⁴⁰

Politische Parteien sind in der Hälfte aller Begleitausschüsse vertreten.

In etwa der Hälfte (49 %, 129) aller konstituierten Begleitausschüsse arbeiten Vertreter/innen von Parteien mit. Die Verteilung über die Parteien hinweg ist dabei im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich geblieben.⁴¹ Mitglieder der SPD sind in 39 % (103) der Ausschüsse und somit am häufigsten vertreten, gefolgt von Mitgliedern der CDU/CSU (37 %, 97), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (28 %, 74), DIE LINKE (20 %, 54), Freie Wähler (14 %, 37), FDP (12 %, 33) und AfD (2 %, 6).⁴²

Entwicklungspotential bzgl. der Vertretung verschiedener Akteursgruppen in den Begleitausschüssen sehen 71 % (188) der Koordinator/innen.⁴³ Dabei handelt es sich etwas häufiger um Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (72 %, 157) als um Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren (65 %,

38 Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

39 Vgl. Tabelle 33 im Anhang.

40 Vgl. ISS 2017, S. 80, Tabelle 27.

41 Vgl. ISS 2017, S. 81, Tabelle 28.

42 Vgl. Tabelle 34 im Anhang.

43 Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

31).⁴⁴ Nach Auffassung der Koordinator/innen sind es vor allem Migrant/innen(selbst)organisationen (51 %, 96), (Selbst-)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung (38 %, 72), Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten (35 %, 65), Wirtschaftsakteur/innen (35 %, 65) und Jugendvertretungen (28 %, 53), die in den Begleitausschüssen noch nicht oder nicht ausreichend vertreten sind.⁴⁵

Das Engagement der Begleitausschüsse zur Gewinnung neuer Mitglieder sowie im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist weiterhin ausbaufähig.

Insgesamt haben die Begleitausschüsse der Partnerschaften für das Jahr 2018 durchschnittlich 4,6 Sitzungen durchgeführt bzw. vorgesehen. Dieser Wert entspricht ungefähr dem des Vorjahres 2017 (4,6 Sitzungen).⁴⁶ Bei der proaktiven Erschließung (neuer) Akteur/innen zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie zeigen sich – wie bereits im Vorjahr – Entwicklungspotentiale im Engagement der Begleitausschüsse. Lediglich 31% der Begleitausschüsse (82) entwickeln aus Perspektive der Koordinator/innen diesbezüglich ein mindestens eher hohes Engagement. Dies gilt auch für den Beitrag des Begleitausschusses zur Öffentlichkeitsarbeit, den weniger als 50% eher engagiert betreiben. Die Begleitausschüsse sind nach den Angaben der befragten Koordinator/innen besonders in der Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte engagiert. 97 % (256) der befragten Koordinator/innen geben an, dass der Begleitausschuss in diesem Bereich (eher) hohes Engagement zeige. Auch bzgl. des Informationsaustauschs über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen und der Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort attestiert ein Großteil der befragten Koordinator/innen dem Begleitausschuss ihrer Partnerschaft (eher) hohes Engagement. In einigen Bereichen – wie z. B. dem Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen – weisen Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren ein etwas höheres Engagement auf als Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren.⁴⁷

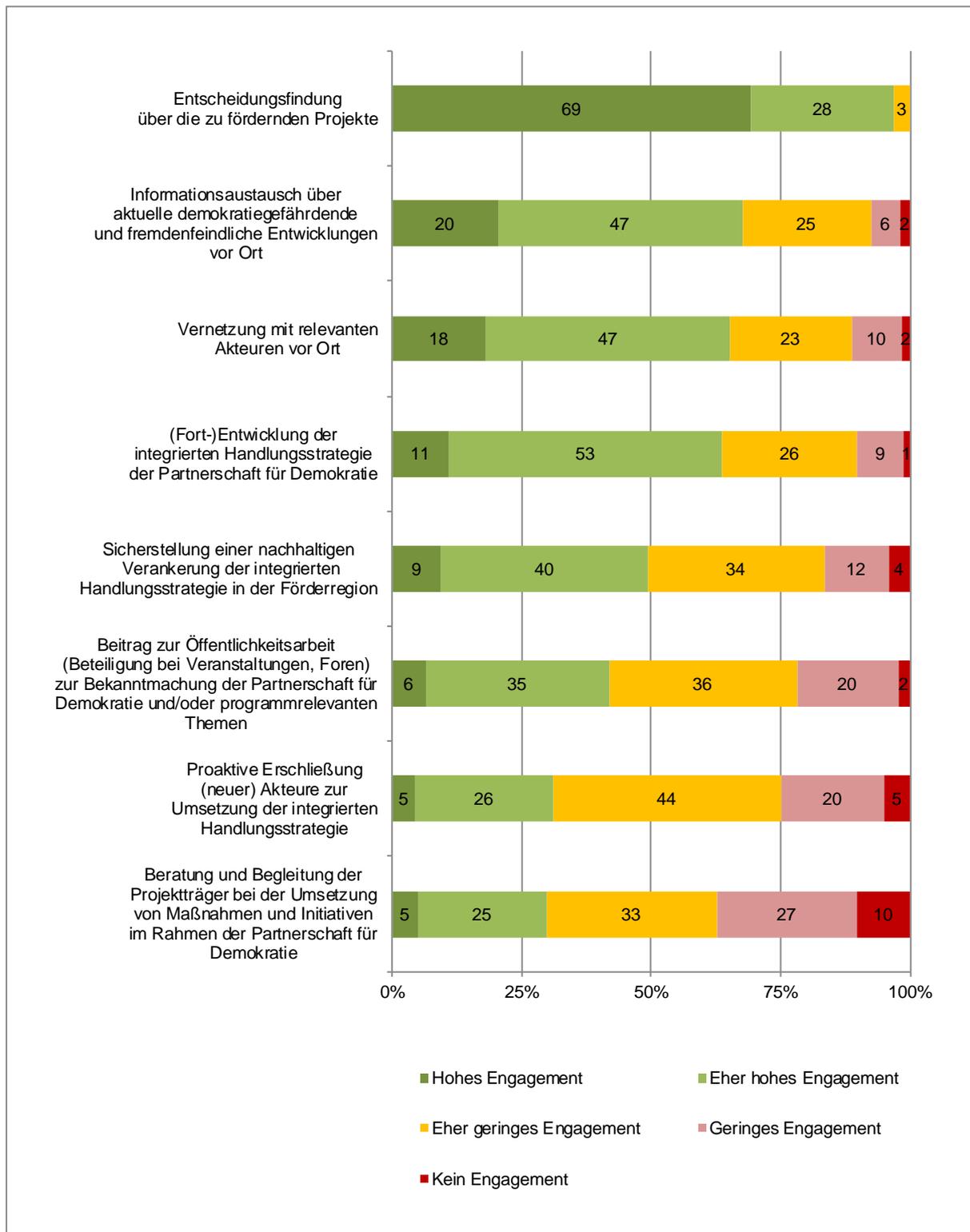
44 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

45 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

46 Vgl. Tabelle 38 im Anhang.

47 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

Abbildung 6: Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen⁴⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2018 (N=265).

48 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

4 Finanzielle Ausstattung

Die Leitlinien des Bundesprogramms legen die Dauer und die Höhe der Bundesförderung fest. Die Höchstfördersumme aus Bundesmitteln im Jahr 2018 beträgt 100.000 €. Dieser Betrag ergibt sich aus verschiedenen Komponenten. Die förderfähigen Personal- und Sachausgaben für die externe Koordinierungs- und Fachstelle betragen maximal 45.000 €. Die Mittel für den Aktions- und Initiativfonds sowie für den Jugendfonds wurden bereits im vergangenen Förderjahr von Maximalförderungssummen in Minimalförderungssummen umgewandelt. Die beiden Fonds bilden die zentralen Instrumente zur Überführung der Handlungskonzepte in die Praxis. Demnach betragen die Bundesmittel aus dem Aktions- und Initiativfonds mindestens 20.000 € und die Bundesmittel aus dem Jugendfonds mindestens 5.000 €⁴⁹ Die Ausgaben für Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching sind weiterhin mit maximal 10.000 € förderfähig.

Unter Inanspruchnahme der maximalen Förderungssumme aus Mitteln des Bundesprogramms von 100.000 € und einem kommunalen Eigenanteil bzw. Drittmitteln von 5.000 € im zweiten und dritten Förderjahr bzw. 10.000 € ab dem vierten Förderjahr ergäbe sich somit ein Gesamtbudget von 105.000 € bzw. 110.000 €. Tatsächlich verfügen 16 % (43) der Partnerschaften über ein Budget von exakt 105.000 € und 31 % (83) über ein Budget von exakt 110.000 €⁵⁰ Das Gesamtbudget der Partnerschaften liegt im Jahr 2018 zwischen 65.000 € und 330.000 € und beträgt im Durchschnitt 112.981 €⁵¹

Die Partnerschaften in den neuen Bundesländern verfügen mit durchschnittlich 120.273 € über ein höheres Budget als die Partnerschaften in den alten Bundesländern mit durchschnittlich 109.234 €⁵² Hierbei muss berücksichtigt werden, dass in den neuen Bundesländern mehr Landesprogramme als in den alten Bundesländern existieren, die eine zusätzliche Finanzierung der Partnerschaften für Demokratie ermöglichen.⁵³

Bezüglich der Verwaltungseinheit zeigen sich geringfügige Unterschiede in den Gesamtbudgets. Landkreise verfügen durchschnittlich über das höchste Gesamtbudget (115.882 €), gefolgt Kommunen (112.167 €) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (109.448 €).⁵⁴ Auch bezüglich der regionalen Verortung zeigen sich noch einmal Unterschiede. So beträgt das durchschnittliche Budget der Landkreise in den alten Bundesländern 107.368 € und in den neuen Bundesländern 123.071 €⁵⁵

49 Ab dem zweiten Förderjahr sind durch die Partnerschaften zusätzliche Mittel aus kommunaler Quelle bzw. Drittmittel selbst einzubringen. Durch diese erhöhen sich die Mindestförderungssummen des Aktions- und Initiativfonds (24.000 € im zweiten und dritten Förderjahr und 28.000 € im vierten Förderjahr) und des Jugendfonds (6.000 € im zweiten und dritten Förderjahr und 7.000 € im vierten Förderjahr).

50 Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

51 Vgl. Tabelle 41 im Anhang.

52 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

53 Dies sind beispielsweise die Landesprogramme „DenkBunt“ (Thüringen), „Weltoffenes Sachsen“ (Sachsen) und „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (Hessen).

54 Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

55 Auch bei den Kommunen zeigen sich Unterschiede bzgl. der Verortung in den alten Bundesländern (109.811 €) oder in den neuen Bundesländern (122.418 €). Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

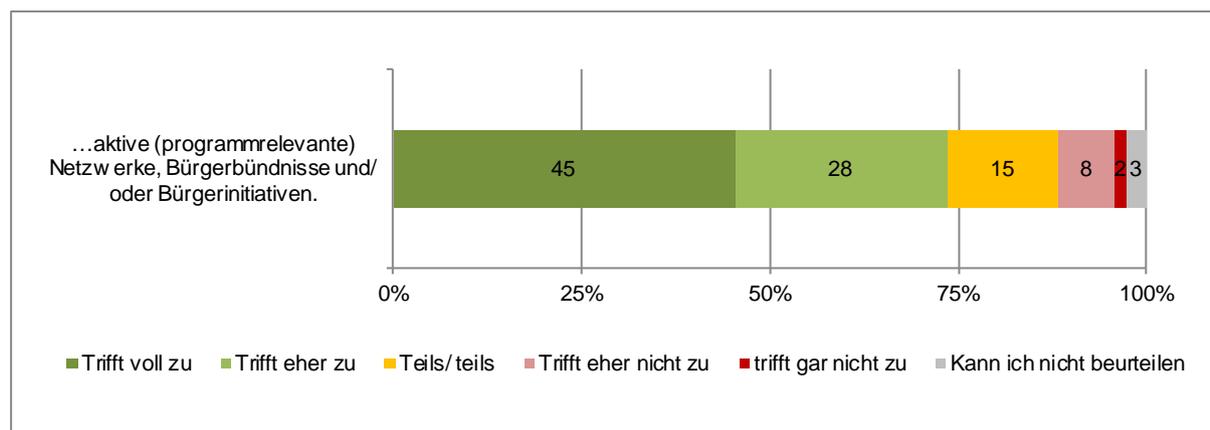
5 Ausgangslage vor Ort

Die strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung in der Förderregion der Partnerschaften für Demokratie sind wichtige Anknüpfungspunkte der Bündelung vorhandener Engagementpotentiale.

In der deutlichen Mehrheit der Partnerschaften für Demokratie existieren aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen

Insgesamt 73 % (195) der befragten Koordinator/innen geben an, dass es in ihren Fördergebieten aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen gibt. Bezüglich dieser Einschätzung zeigen sich geringfügige Unterschiede zwischen Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens und Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. So beurteilen Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens das Vorhandensein aktiver (programmrelevanter) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen etwas skeptischer als (69 %, 33) als Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (75 %, 162).⁵⁶

Abbildung 7: Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es ...“⁵⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Des Weiteren zeigt sich, dass Koordinator/innen von Partnerschaften aus Kommunen (81 % 121) deutlich häufiger positive Einschätzungen hinsichtlich des Vorhandenseins aktiver (programmrelevanter) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen zurückmelden als Partnerschaften aus Landkreisen (64 %, 53).⁵⁸ In den alten Bundesländern werden die diesbezüglichen Voraussetzungen etwas häufiger positiv bewertet (75 %, 119) als in den neuen Bundesländern (66 %, 62).⁵⁹

56 Vgl. Tabelle 46 und 47 im Anhang.

57 Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

58 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

59 Vgl. Tabelle 49 im Anhang.

Migrant/innen(selbst)organisationen sowie muslimische Gemeinden stehen in Förderregionen der alten Bundesländer häufiger als Kooperationspartner zur Verfügung als in Förderregionen der neuen Bundesländer.

In sämtlichen Förderregionen wurden Geflüchtete aufgenommen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind migrantische Selbstorganisationen und muslimische Gemeinden als mögliche Kooperationspartner/innen für die Partnerschaften von hoher Bedeutung. In jeweils etwa zwei Dritteln der Förderregionen gibt es laut den Angaben der befragten Koordinator/innen muslimische Gemeinden (67 %, 178) und Migrant/innen(selbst)organisationen (70 %, 185).⁶⁰ Die wahrgenommene Präsenz dieser Organisationen ist jedoch je nach regionaler Verortung unterschiedlich. Während in den alten Bundesländern 87 % (137) der befragten Koordinator/innen angeben, dass es in ihrer Förderregion muslimische Gemeinden gibt, beträgt dieser Anteil in den neuen Bundesländern nur ein Drittel. Dies ergibt sich schon durch den historisch bedingten niedrigeren Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern. Auch Migrant/innen(selbst)organisationen sind in den alten Bundesländern historisch und repräsentativ bedingt häufiger vorhanden als in den neuen Bundesländern.⁶¹ Es gilt gleichermaßen, dass sowohl Migrant/innen(selbst)organisationen als auch muslimische Gemeinden eher in Kommunen als in Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften vorhanden sind.⁶²

Die Mehrzahl der Koordinator/innen von Partnerschaften für Demokratie nimmt seit 2017 keinen Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und Vielfalt wahr.

Auf die Frage, ob seit dem Jahr 2017 ein Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und Vielfalt erkennbar sei, antworten ein Fünftel (20 %, 53) der befragten Koordinator/innen mit „Ja“. Dabei handelt es sich häufiger um Partnerschaften aus den neuen Bundesländern als um Partnerschaften aus den alten Bundesländern.⁶³

Nahezu alle Partnerschaften kooperieren mit anderen Partnerschaften aus der gleichen Region.

82 % (217) der Partnerschaften arbeiteten im Jahr 2018 mit dem/der Landeskoordinator/in der Demokratiezentren bzw. der Beratungsnetzwerke zusammen oder haben dies verabredet.

Der Austausch mit anderen Partnerschaften gelingt in vielen Fällen. 92 % (243) der Partnerschaften kooperieren mit anderen Partnerschaften aus der gleichen Region bzw. haben dies verabredet. Mit anderen Partnerschaften über die eigene Region hinaus wird in 79 % (210) der Förderregionen zusammengearbeitet oder ist dies vorgesehen.⁶⁴

60 Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

61 Vgl. Tabelle 51 im Anhang.

62 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 181, Tabelle 11/Vgl. ISS 2017, S. 102, Tabelle 61. Vgl. Tabelle 52.

63 Vgl. Tabellen 53 und 54 im Anhang.

64 Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

6 Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie

Die Partnerschaften für Demokratie agieren unter heterogenen Rahmenbedingungen. Die Programmleitlinien geben den Partnerschaften daher allgemeine Programmziele vor, eröffnen ihnen aber genügend Flexibilität, um ihre Handlungsstrategien unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten zu entwickeln. So ergibt sich eine Diversität sowohl der Arbeitsschwerpunkte als auch der angesprochenen Zielgruppen, die sich unter anderem in der Themenvielfalt der Projekte widerspiegelt.

6.1 Arbeitsschwerpunkte

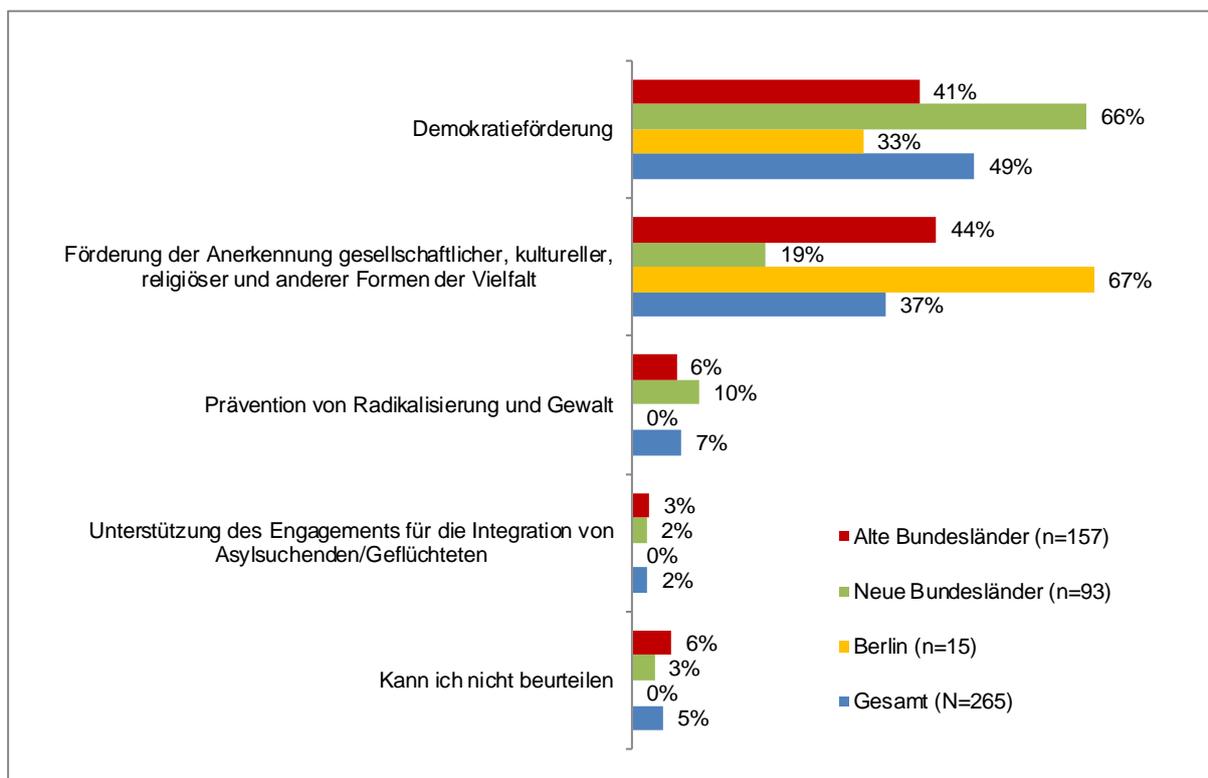
Die Partnerschaften identifizieren auf der Grundlage der lokalen Bedingungen und Strukturen in ihrer Förderregion zentrale Handlungsbedarfe, die sie darin unterstützen, Zielsetzungen und Strategien zu entwickeln. Wie schon in den Vorjahren⁶⁵ benennen die meisten befragten Koordinator/innen Demokratieförderung als prioritären Handlungsbedarf in ihrer Förderregion. 49 % (131) aller befragten Koordinator/innen identifizieren dieses Handlungsfeld als das für ihre Partnerschaft relevanteste. Die „Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt“ sehen 37 % (97) der Partnerschaften als prioritären Handlungsbedarf an, die „Prävention von Radikalisierung von Gewalt“ 7 % (19).

Im Vergleich der Partnerschaften aus den alten und den neuen Bundesländern zeigen sich deutliche Unterschiede in den identifizierten prioritären Handlungsbedarfen. Demokratieförderung wird von 66 % (61) der befragten Koordinator/innen aus den neuen Bundesländern, aber nur von 41 % (65) der befragten Koordinator/innen aus den alten Bundesländern benannt. Unter den Partnerschaften aus den alten Bundesländern und aus Berlin ist im Gegensatz zur Gesamtschau die Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt der am häufigsten genannte Bereich, in dem Handlungsbedarf besteht. Dieser Bereich ist in den neuen Bundesländern hingegen weniger präsent. Hinsichtlich der unterschiedlichen Förderperioden zeigen sich lediglich geringfügige Unterschiede.⁶⁶

65 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 206, Tabelle 78/Vgl. ISS 2017, S. 105, Tabelle 68.

66 Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

Abbildung 8: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie⁶⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Aus den identifizierten Handlungsbedarfen ergeben sich konkrete Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften. Im Rahmen der Monitoring-Befragung wurden die befragten Koordinator/innen gebeten, aus einer Liste von möglichen Themenfeldern diejenigen zu benennen, die im Rahmen der integrierten Handlungsstrategie im Jahr 2018 bearbeitet werden.⁶⁸ Von den 131 befragten Koordinator/innen, die Demokratieförderung als Handlungsbedarf in der Förderregion ihrer Partnerschaft identifizieren, geben 122 (93 %) Demokratieförderung auch als Arbeitsschwerpunkt der Partnerschaft an. Etwa die Hälfte (53 %, 51) der Partnerschaften, in denen die Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt prioritärer Handlungsbedarf ist, widmen sich den aktuellen Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit. Vier der sechs befragten Koordinator/innen, die die Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten als Handlungsbedarf nennen, geben auch die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete als Arbeitsschwerpunkt an.⁶⁹ Im Folgenden wird die Bedeutung der Arbeitsschwerpunkte für die Partnerschaften in der Gesamtschau beleuchtet sowie ein Vergleich zwischen Partnerschaften in den alten und den neuen Bundesländern sowie zwischen Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens gezogen.

Demokratieförderung rückt auf den ersten Platz der von den Koordinator/innen benannten Arbeitsschwerpunkte.

67 Vgl. Tabelle 56 im Anhang.

68 Vgl. Tabelle 58 im Anhang. Mehrfachnennungen waren möglich.

69 Vgl. Tabelle 59 im Anhang,

Auch bei den von den Koordinator/innen benannten Arbeitsschwerpunkten ist ein deutlicher Fokus auf Demokratieförderung zu erkennen. Für 89 % (236) der Partnerschaften ist dies ein Schwerpunkt. Erst danach folgen weitere Arbeitsschwerpunkte wie „Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen (59 %, 157) oder „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ (58 %, 153). Hinsichtlich der Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Aktuelle Formen des Antisemitismus“ ist ein leichter Zuwachs zu verzeichnen (31 %, 82)⁷⁰. Die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich an Relevanz verloren. Benannt 2017 noch 70 % (184) diesen Arbeitsschwerpunkt, sind es aktuell nur noch 54 % (143) der Partnerschaften, die zu diesem Schwerpunkt arbeiten.⁷¹ Wie bereits im vergangenen Jahr rückt die Demokratieförderung als breites Themenfeld somit weiter in den Mittelpunkt. Darüber hinaus gelingt es den Partnerschaften jedoch, aktuelle Themen zu bearbeiten bzw. flexibel auf neue Themen zu reagieren. Die Vielfältigkeit der Arbeitsschwerpunkte zeigt sich auch in der Anzahl der Themen, die die Partnerschaften bearbeiten. Im Durchschnitt widmen sie sich 4,6 Themen, die meisten Partnerschaften bearbeiten 4 Arbeitsschwerpunkte.⁷² Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren bearbeiten geringfügig weniger Arbeitsschwerpunkte als Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren, eine inhaltliche Fokussierung wird demnach im Laufe der Förderung wahrscheinlicher.⁷³

Partnerschaften für Demokratie aus den alten Bundesländern setzen häufiger Schwerpunkte auf die Bearbeitung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Partnerschaften aus den neuen Bundesländern.

Die verschiedenen thematischen Bereiche werden von den befragten Koordinator/innen der Partnerschaften in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich häufig genannt. In den Partnerschaften der alten Bundesländer sind die Themen „Aktuelle Formen des Antisemitismus“, „Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“, „Antiziganismus“ sowie „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ häufiger vertreten als in den Partnerschaften der neuen Bundesländer. Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit werden von Koordinator/innen von 42 % (66) der Partnerschaften aus den alten Bundesländern und von lediglich 25 % (23) der Partnerschaften aus den neuen Bundesländern bearbeitet. Ein Viertel (39) der Partnerschaften aus den alten Bundesländern, aber nur 5 % (5) der Partnerschaften aus den neuen Bundesländern geben islamistische Orientierungen und Handlungen als Schwerpunkt an. Während 78 % (73) der Partnerschaften aus den neuen Bundesländern im Bereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ aktiv sind, geben selbiges lediglich 50 % (79) aus den alten Bundesländern an. Dieser Unterschied ist jedoch vorwiegend auf die Verwaltungseinheit zurückzuführen, da Partnerschaften aus den neuen Bundesländern, wie bereits erläutert, deutlich häufiger in Landkreisen angesiedelt sind als Partnerschaften aus den alten Bundesländern. Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen stellen sowohl für Partnerschaften in den alten als auch den neuen Bundesländern einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt dar.⁷⁴

70 Vgl. ISS 2017, S. 108, Tabelle 71.

71 Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

72 Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

73 Vgl. Tabelle 61 im Anhang.

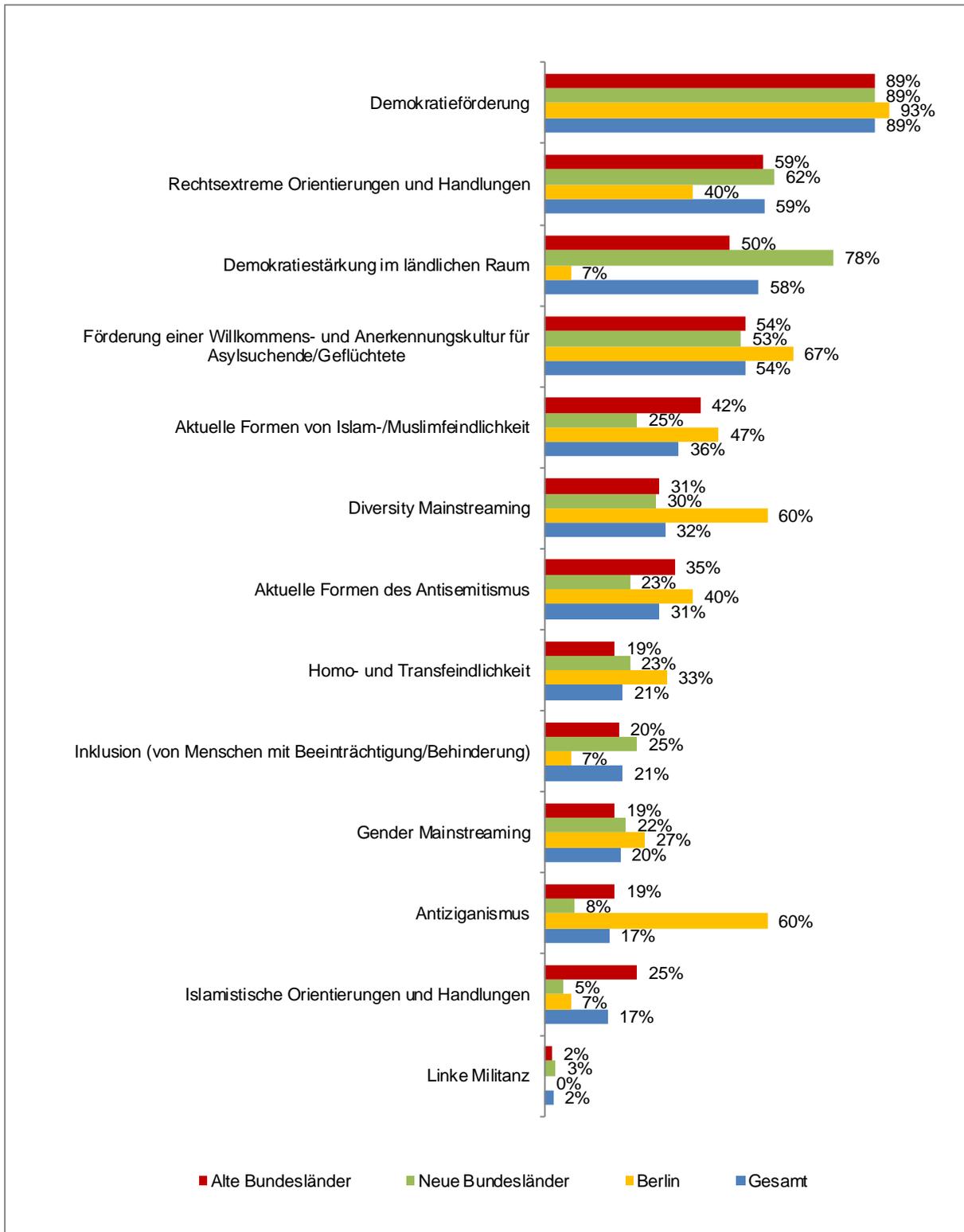
74 Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

Im Vergleich zu den Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren benennen die Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens außerdem häufiger die Demokratiestärkung im ländlichen Raum sowie Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung) als Arbeitsschwerpunkte.⁷⁵

Es bleibt festzuhalten, dass sich in den Arbeitsschwerpunkten der Partnerschaften für Demokratie über die bisherigen Monitoring-Befragungen hinweg ein thematisch stabiler Kern zeigt, an dessen Spitze die Demokratieförderung steht. Darüber hinaus zeigt sich, dass Partnerschaften aus den alten Bundesländern häufiger Themenfelder der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Islam- und Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus bearbeiten als Partnerschaften aus den neuen Bundesländern.

75 Vgl. Tabelle 63 im Anhang.

Abbildung 9: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung⁷⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

⁷⁶ Vgl. Tabelle 62 im Anhang

6.2 Zielgruppen

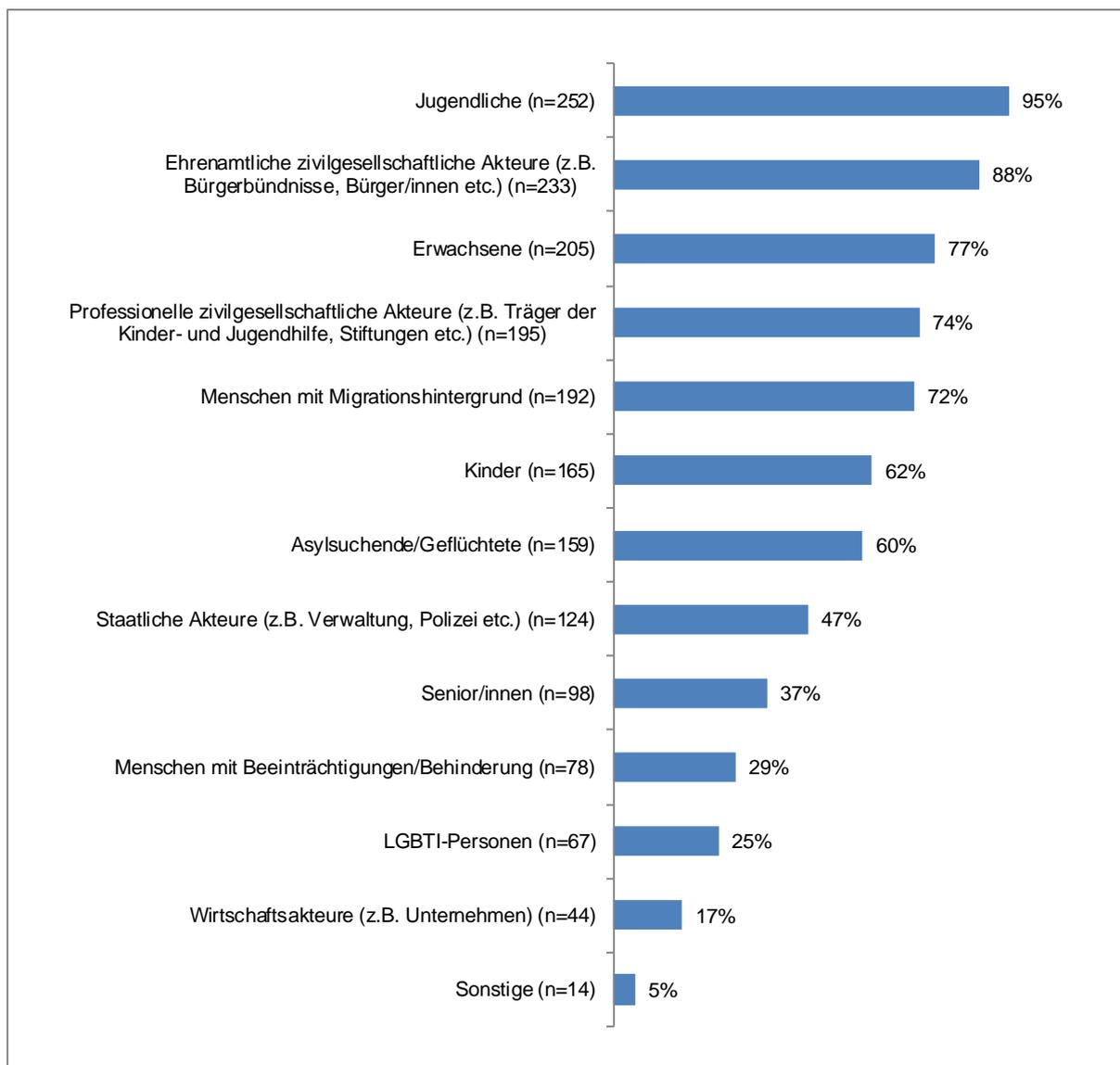
Die Leitlinie für den Förderbereich A des Bundesprogramms sieht u. a. Kinder und Jugendliche, pädagogische Fachkräfte sowie lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur/innen als zu adressierende Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie vor, legt jedoch nicht für alle Fördergebiete die Zielgruppen gleichermaßen fest. Damit erhalten die Akteur/innen vor Ort die Option, die anzusprechenden Gruppen entsprechend der lokalen Bedarfe festzulegen.

Die Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie adressiert Jugendliche, sie sind jedoch nicht die ausschließliche Zielgruppe.

In nahezu allen (95 %, 252) Partnerschaften für Demokratie sollen Jugendliche erreicht werden. Sie stellen die am häufigsten genannte Zielgruppe dar. Aber auch Erwachsene (77 %, 205), Kinder (62 %, 165) und Senior/innen (37 %, 98) werden adressiert. Unter den Zielgruppen der Partnerschaften sind also alle Altersgruppen vertreten, es zeigt sich jedoch ein deutlicher Jugendfokus.

Menschen mit Migrationshintergrund werden von 72 % (192) der Partnerschaften als Zielgruppen benannt, Asylsuchende/Geflüchtete von 60 % (159). Im Einklang mit den Ergebnissen des Vorjahres werden ehrenamtliche Akteur/innen (z. B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.) von einer deutlichen Mehrheit der Partnerschaften (88 %, 233) als Zielgruppe benannt und auch professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.) werden von 74 % (195) der Partnerschaften adressiert. Entwicklungspotentiale ergeben sich somit insbesondere hinsichtlich der Adressierung von LGBTI-Personen (25 %, 67) sowie Wirtschaftsakteur/innen (17 %, 44).

Abbildung 10: Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie⁷⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Kinder, Senior/innen und Wirtschaftsakteur/innen sind in den neuen Bundesländern häufiger als in den alten Bundesländern angesprochene Zielgruppen. Asylsuchende/Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund werden eher in den alten Bundesländern sowie in Kommunen adressiert.⁷⁸

Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren erreichen mit fortschreitender Programmlaufzeit ihre Zielgruppen besser.

Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen werden von 90 % (210) der Partnerschaften (eher) gut erreicht, im Vergleich zur Erhebung des Jahres 2017 ergibt sich ein Zuwachs von neun Prozentpunkten. Demgegenüber schätzen die Koordinator/innen die Erreichung

⁷⁷ Vgl. Tabelle 64 im Anhang.

⁷⁸ Wie bereits erläutert, sind Partnerschaften in den alten Bundesländern weniger oft in Landkreisen angesiedelt als Partnerschaften in den neuen Bundesländern. Vgl. 65 und 66 im Anhang.

der anderen von ihnen benannten Zielgruppen ähnlich ein wie im Vorjahr.⁷⁹ Während es (eher) gut gelingt, professionelle und ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Erwachsene und Jugendliche zu erreichen, fällt diese Einschätzung bei Wirtschaftsakteur/innen, Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen sowie LGBTI-Personen und Senior/innen weniger positiv aus. Die Koordinator/innen aus Partnerschaften, die erst seit dem dritten und vierten Interessensbekundungsverfahren gefördert werden, geben seltener an, dass ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Kinder und Jugendliche gut oder eher gut erreicht werden.

Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessensbekundungsverfahren erreichen mit fortschreitender Programmlaufzeit ihre Zielgruppen besser: So werden professionelle und ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Wirtschaftsakteur/innen, Asylsuchende und Geflüchtete sowie Menschen mit Migrationshintergrund besser erreicht als im Vorjahr. Schlechter erreicht werden jedoch Senior/innen.⁸⁰

6.3 Projekte

Die integrierte Handlungsstrategie der Partnerschaften für Demokratie wird in Form mehrerer Einzelprojekte/Initiativen realisiert. Hierzu liegen der wissenschaftlichen Begleitung Daten für das Jahr 2017 vor.

Die Partnerschaften für Demokratie setzen Projekte entsprechend den jeweiligen Bedarfen vor Ort um, dabei treten vielfältige Akteur/innen als Antragstellende auf.

Die 5.413 insgesamt bewilligten Projekte weisen eine große Themenvielfalt auf, konzentrieren sich aber auf einige deutliche Schwerpunktthemen. Der Demokratieförderung werden dabei von den befragten Koordinator/innen die meisten Projekte zugeordnet (1.555, 29 %). In etwa neun von zehn (89 %, 237) Partnerschaften wurde im Vorjahr mindestens ein solches Projekt umgesetzt. 18 % (955) aller Projekte wurden dem Themenfeld „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ zugeordnet. Wie bereits im vergangenen Jahr lässt sich somit ein Bedeutungsverlust des Themenbereichs „Flucht und Asyl“ feststellen. Weitere 18 % (951) widmen sich nach Angabe der befragten Koordinator/innen der „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“. In der Hälfte aller Partnerschaften (52 %, 137) wurde mindestens ein Projekt mit diesem Schwerpunkt durchgeführt. Wenngleich der Anteil der Projekte mit dem Schwerpunkt „rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“ nur 9 % (464) beträgt, wurde in 53 % (141) der Partnerschaften mindestens ein entsprechendes Projekt umgesetzt.⁸¹ 93 % (5.022) aller Projekte wurden aus Mitteln des Bundesprogramms finanziert.⁸²

83 % (218) der befragten Koordinator/innen geben an, dass sich die geförderten Projekte an die breite Öffentlichkeit bzw. Bürger/innen richteten. Auch Kinder und Jugendliche in Schulen und zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene wurden in jeweils 82 % (214) der Förderregionen adressiert. Junge Menschen bleiben somit – wie im Vorjahr – eine wichtige Zielgruppe der Partnerschaften. 81 % (212) aller Koordinator/innen nennen Kinder und Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen und 79 % (208) Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund als Zielgruppe. 65 % (170) geben an, dass speziell Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus, 58 % (151), dass ehrenamtlich engagierte Kinder und Jugendliche

79 Vgl. ISS 2017, S. 116-117, Tabellen 79 und 80.

80 Vgl. 67 und 68 im Anhang.

81 Vgl. Tabelle 69 im Anhang.

82 Vgl. Tabelle 70 im Anhang.

adressiert wurden. Etwa ein Drittel (34 %, 89) der befragten Koordinator/innen benennt, dass sich die Projekte explizit an radikalierungsgefährdete Kinder und Jugendliche richteten.⁸³

Als Letztempfänger/innen der Fördermittel aus dem Bundesprogramm können nicht-staatliche Organisationen als Träger für Einzelmaßnahmen – d. h. konkrete Projekte – auftreten. Sie beantragen die Förderung von Einzelmaßnahmen nicht bei der Regiestelle des Bundesprogramms, sondern bei der Partnerschaft für Demokratie in der Förderregion. Diese kann ihnen aus den Fondsmitteln der Partnerschaft Gelder zur Umsetzung zur Verfügung stellen. Verschiedene Gruppen und Institutionen traten als Antragsteller/innen von Projekten auf. Am häufigsten nennen die befragten Koordinator/innen freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe (68 %, 179) und Schulvereine/Fördervereine von Schulen als Antragsteller (58 %, 153). Auch sonstige Vereine (56 %, 148), Bürgerbündnisse (44 %, 116) und Jugendverbände (43 %, 113) treten im Jahr 2017 häufig als Antragstellende auf.⁸⁴

Die Partnerschaften für Demokratie verfolgen im Wesentlichen zwei unterschiedliche Förderlogiken.

Die Förderstandorte unterscheiden sich hinsichtlich der von ihnen verfolgten Förderlogik für Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds. Dabei zeigt sich, dass nahezu keine Partnerschaften (1 %, 3) im Förderjahr 2017 ausschließlich Projekte mit einer hohen finanziellen Ausstattung (sogenannte Leuchtturmprojekte) gefördert haben. 21 % (56) der Partnerschaften für Demokratie fördern sowohl eine begrenzte Anzahl von „Leuchtturmprojekten“ als auch Projekte und Initiativen mit einer geringen finanziellen Ausstattung. Demgegenüber geben 18 % (46) der befragten Koordinator/innen an, dass ihre Partnerschaft vorrangig viele Projekte und Initiativen mit einer geringen finanziellen Ausstattung fördert. Die meisten Partnerschaften (40 %, 105) geben jedoch an, keine bewusste Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik getroffen zu haben.⁸⁵ Darüber hinaus zeigt sich, dass Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren häufiger viele Projekte mit einer geringen finanziellen Ausstattung fördern als Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren. Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren haben häufiger als Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (noch) keine Entscheidung hinsichtlich einer Förderlogik getroffen.⁸⁶ Auch Landkreise verfolgen etwas seltener eine Förderlogik als zum Beispiel Kommunen. Zwischen den alten und neuen Bundesländern zeigen sich lediglich geringfügige Unterschiede, eine Ausnahme bilden Partnerschaften aus Berlin, die deutlich häufiger einer expliziten Förderlogik folgen als Partnerschaften aus anderen Bundesländern.⁸⁷

Die reduzierte Mittelausgabe im Jahr 2017 begründet sich in zeitlichen Restriktionen.

Insgesamt gaben 52 (20 %) Partnerschaften an, dass sie im Jahr 2017 nicht mehr als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit verausgaben konnten.⁸⁸ In Partnerschaften aus Landkreisen und dem vierten Interessenbekundungsverfahren war dies etwas häufiger der Fall als in Kommunen, Zusammenschlüssen von Gebiets-

83 Vgl. Tabelle 71 im Anhang.

84 Vgl. Tabelle 72 im Anhang.

85 Vgl. Tabelle 73 im Anhang.

86 Vgl. Tabelle 74 im Anhang.

87 Vgl. Tabellen 75 und 76 im Anhang.

88 Vgl. Tabelle 77 im Anhang.

körperschaften sowie Förderstandorten aus dem ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahren.⁸⁹ Als Begründung dafür wird am häufigsten (35 %, 18) angegeben, dass die inhaltliche Arbeit der Partnerschaft für Demokratie erst im laufenden Jahr 2017 aufgenommen wurde, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass es sich hierbei nicht um ein strukturelles Problem handelt.⁹⁰

In mehr als jeder dritten Partnerschaft wurden von den geförderten Projekten/Initiativen Unzufriedenheiten bzgl. des Beantragungsverfahrens an die Verantwortlichen herangetragen.

39 % (102) der Partnerschaften melden zurück, dass Unzufriedenheit hinsichtlich des Beantragungsverfahrens für Projekte und Initiativen an sie herangetragen wurden.⁹¹ Als Begründung für die bestehenden Unzufriedenheiten benennen 88 % (90) dieser Partnerschaften einen zu hohen (bürokratischen) Aufwand.

89 Vgl. Tabellen 78 und 79 im Anhang.

90 Vgl. Tabelle 80 im Anhang.

91 Vgl. Tabelle 81 im Anhang.

7 Demokratiekonferenzen

Demokratiekonferenzen stellen für die Partnerschaften ein Forum dar, um zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Bürger/innen sowie Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einem inhaltlichen Diskurs zusammenzubringen. Gemeinsam sollen in einem partizipativen Prozess der Stand der Umsetzung der Partnerschaft sowie die weitere Arbeit reflektiert und zukünftige Maßnahmen besprochen werden. Die Programmleitlinien sehen vor, dass die Partnerschaften mindestens eine Demokratiekonferenz pro Jahr durchführen. Außerdem wird die Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung angeregt.

Die Partnerschaften für Demokratie planen für das Jahr 2018 im Durchschnitt 1,4 Demokratiekonferenzen.

Der Vorgabe, mindestens eine Demokratiekonferenz auszurichten, entsprachen in diesem Jahr bereits 101 (38 %) Partnerschaften.⁹² Durchschnittlich planen die Partnerschaften für das Jahr 2017 1,4 Veranstaltungen dieser Art bzw. haben diese teilweise schon umgesetzt.⁹³

Partnerschaften, die in diesem Jahr bereits eine Konferenz durchgeführt haben, berichten von einer breiten Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteur/innen/Träger/Einrichtungen, wie in der nachfolgenden Abbildung zu sehen ist. Hier ist wie auch bei der Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse im Vergleich zu den Befragungen in den Jahren 2015⁹⁴ und 2016⁹⁵ ein positiver Trend erkennbar. Fortschritte gibt es auch bei der Beteiligung Jugendlicher an den Demokratiekonferenzen.

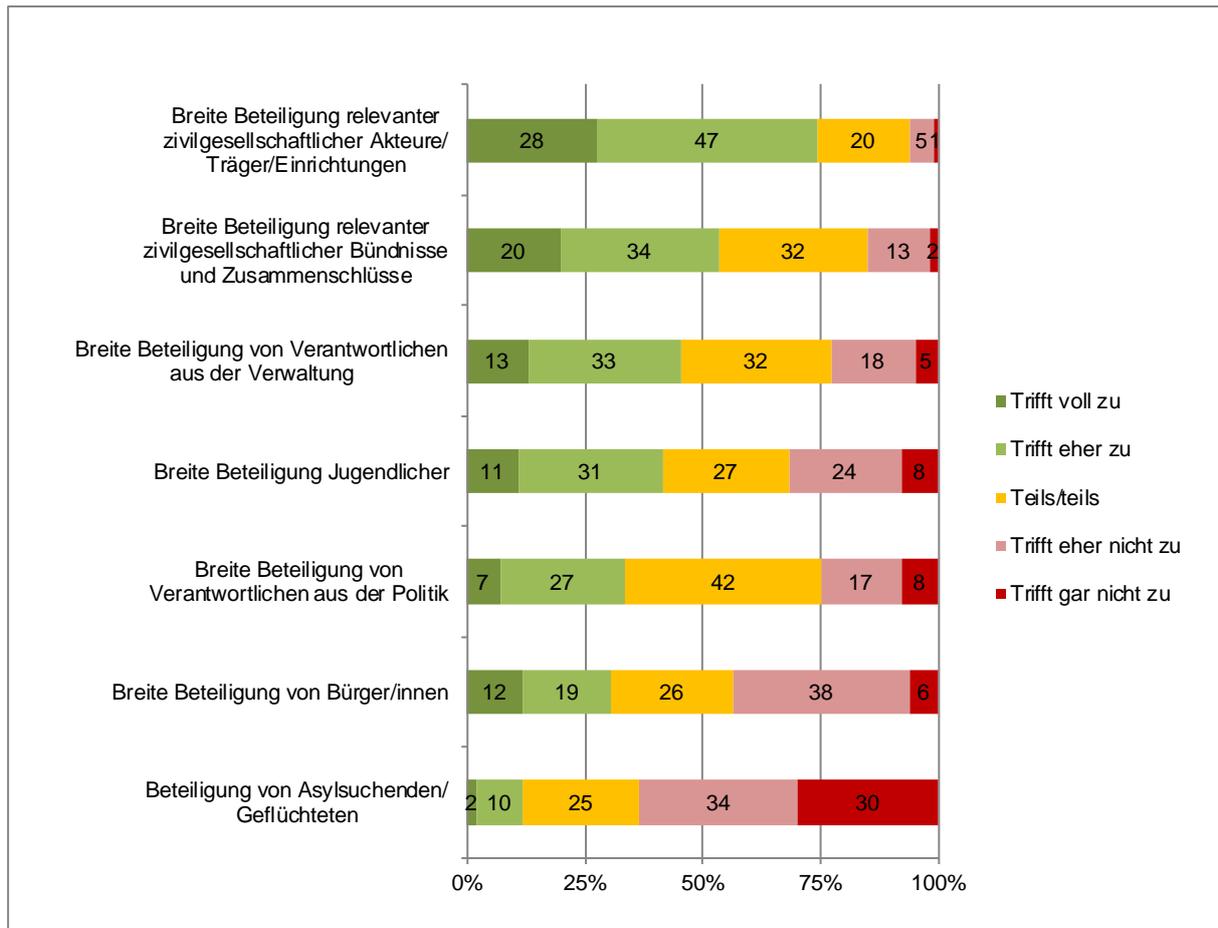
92 Davon 81 Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens und 20 Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens. Vgl. Tabelle 82 im Anhang.

93 Eine Partnerschaft gibt an, in diesem Jahr keine Demokratiekonferenz zu planen. Dabei handelt es sich um eine Partnerschaft, die zum Sommer 2018 aus dem Förderarrangement des Bundesprogramms ausgeschieden ist. Vgl. Tabelle 83 im Anhang.

94 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 142, Tabelle 32.

95 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 201, Tabelle 72.

Abbildung 11: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen⁹⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

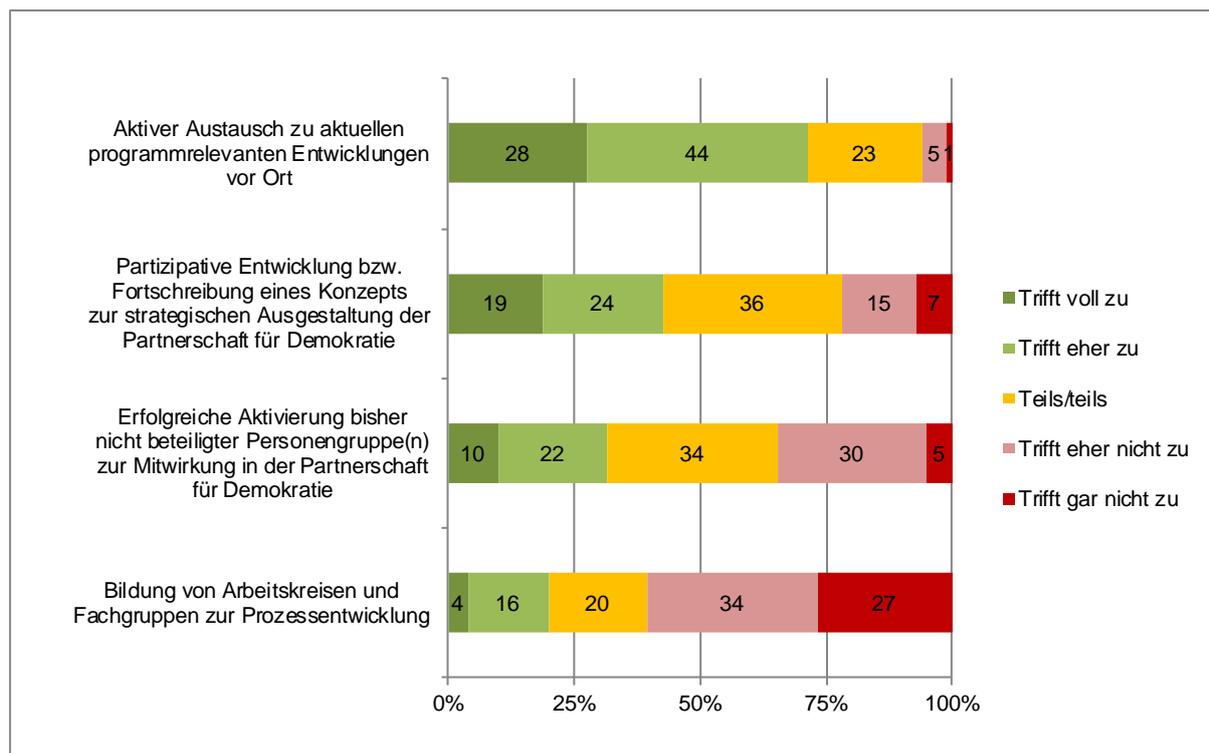
Bei den durchgeführten Demokratiekonferenzen zeigen sich Entwicklungspotentiale bzgl. der erfolgreichen Aktivierung bisher nicht beteiligter Personen.

Im Rahmen der Demokratiekonferenzen findet ein aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort statt (s. Abbildung 12). In 43 % der Fälle (43) wurden Konzepte zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie im Rahmen der Demokratiekonferenz erarbeitet bzw. fortgeschrieben. Entwicklungspotentiale zeigen sich wie schon in den Vorjahren bei der erfolgreichen Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppen sowie der Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung.⁹⁷

96 Vgl. Tabelle 84 im Anhang.

97 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 142, Tabelle 33. Vgl. ISS/Camino 2016, S. 201, Tabelle 73. Vgl. ISS 2017, S. 126, Tabelle 93. Vgl. Tabelle 85 im Anhang.

Abbildung 12: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen⁹⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Der Bekanntheitsgrad der Partnerschaften für Demokratie steigt mit ihrer Bestehensdauer.

Die Demokratiekonferenzen können unter anderem auch zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Partnerschaften in der Öffentlichkeit beitragen. Auf einer Skala von 1 (niedrig) bis 10 (hoch) schätzen die Koordinator/innen diesen mit durchschnittlich 5,7 ein. Sie verorten sich demnach im mittleren Feld der beschriebenen Skala. Wenig überraschend sind leichte Unterschiede zwischen den Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und den Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens erkennbar. So bewerten Koordinator/innen von Partnerschaften des ersten Interessenbekundungsverfahrens die Bekanntheit der Partnerschaft durchschnittlich mit 5,9, jene des zweiten Interessenbekundungsverfahrens mit 5,7, jene des dritten Interessenbekundungsverfahrens mit 5,5 und die Koordinator/innen von Partnerschaften des vierten Interessenbekundungsverfahrens mit 5,0.⁹⁹

98 Vgl. Tabelle 85 im Anhang.

99 Vgl. Tabelle 86 im Anhang.

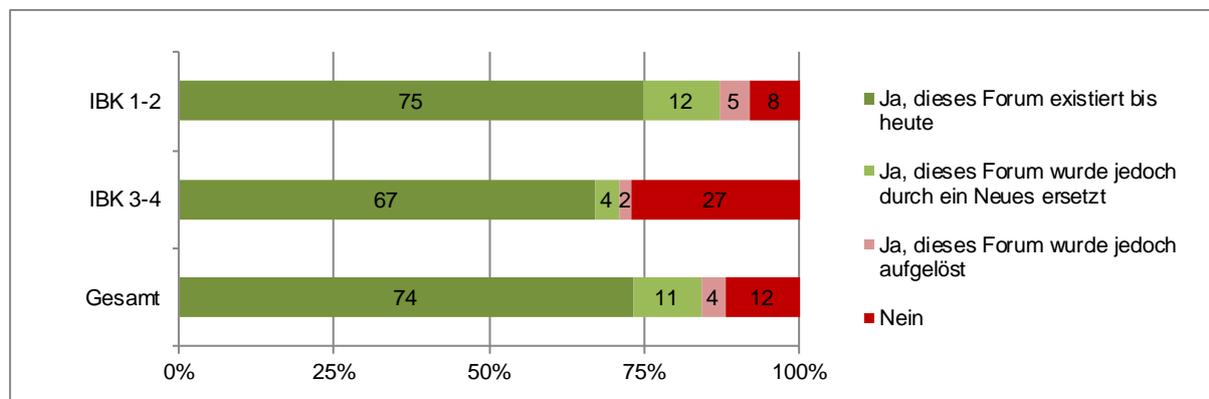
8 Jugendpartizipation

Im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie wird die Partizipation junger Menschen u. a. durch die Initiierung von Jugendforen und finanzielle Förderung von Projekten über einen Jugendfonds realisiert. Dabei handelt es sich um eine Beteiligungsform, die Jugendlichen eine weitgehend selbstorganisierte und aktive Teilhabe in kommunalen Kontexten ermöglicht. In Abhängigkeit der Rahmenbedingungen vor Ort entscheidet jede Partnerschaft individuell über die für sie geeignete Etablierungsform und Ausgestaltung ihres Jugendforums. So können bereits bestehende Strukturen (z. B. Jugendparlamente oder Jugendbeiräte) genutzt und erweitert oder gänzlich neue Beteiligungsformate entwickelt und aufgebaut werden. Finanzielle Mittel erhalten die Jugendforen aus dem Jugendfonds, der durch einen zu bestimmenden Träger verantwortet wird. Vorgesehen ist des Weiteren eine fachliche Begleitung und Unterstützung der Mitglieder des Jugendforums, beispielsweise durch die Koordinierungs- und Fachstelle oder einen weiteren freien Träger.

Die überwiegende Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie setzt im Jahr 2018 ein Jugendforum um.

In den Förderstandorten der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren existierten zum Zeitpunkt der Befragung 189 Jugendforen (87 %). In den Partnerschaften, die ihren Förderbescheid im Zuge späterer Verfahren erhielten, konnten weitere 34 eingerichtet werden, so dass nunmehr 223 der 265 Partnerschaften (84 %) ein entsprechendes Format der Jugendpartizipation etabliert haben.¹⁰⁰ In 28 Fällen (11 %) wurde dieses im Laufe des Förderungszeitraums bereits durch ein Neues ersetzt.

Abbildung 13: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode¹⁰¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Werte für die Kategorien „Ja, dieses Forum existiert bis heute“ und „Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt“ addieren sich auf 85 %, im Text ist jedoch die Zahl 84 % genannt. Die Abweichung ergibt sich durch Rundungen (der Wert für „Ja, dieses Forum existiert bis heute“ beträgt ohne Rundung 73,58, der für „Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt“ 10,57), also das Rundungsergebnis vor oder nach der Addition.

Kommunalen Förderstandorten gelingt die Implementierung von Jugendforen besser als Partnerschaften aus Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.

¹⁰⁰ Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren haben somit zu 87 % ein Jugendforum eingerichtet, Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens zu 71 %.

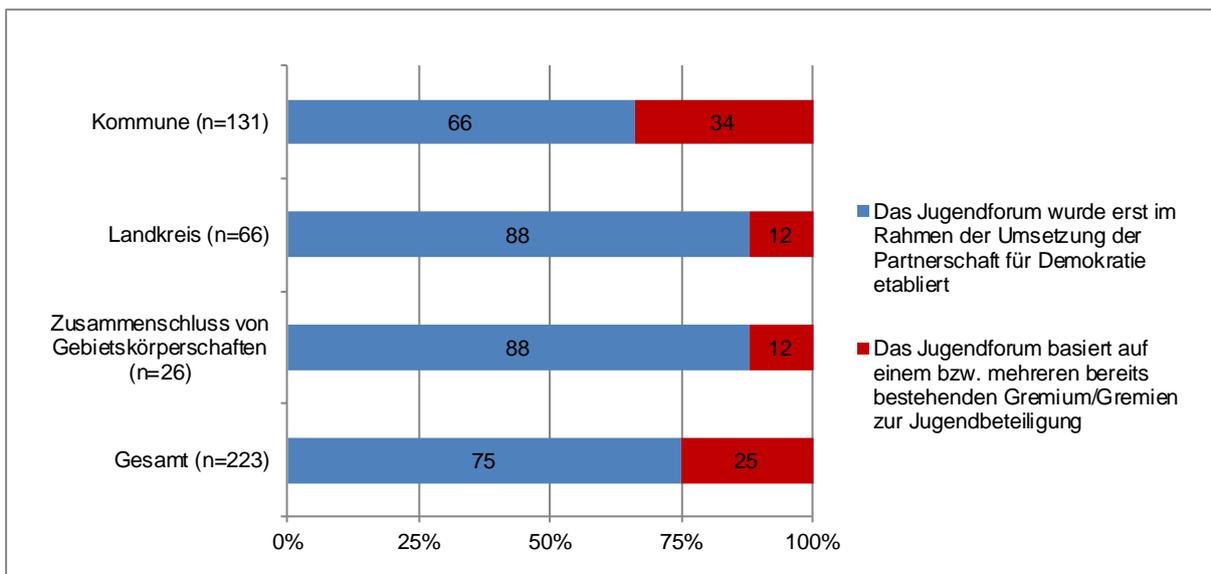
¹⁰¹ Vgl. Tabelle 87 und 88 im Anhang.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass es den Partnerschaften aus den alten Bundesländern (90 %, 142) bisher in einem etwas größeren Ausmaß gelingt, Jugendforen zu etablieren als den Partnerschaften aus den neuen Bundesländern (77 %, 72). Etwas weniger gut gelingt die Implementierung aktuell in Berlin (60 %, 9).¹⁰² Damit einhergehend weisen Kommunen am häufigsten ein Jugendforum auf (89 %, 131), gefolgt von Landkreisen (79 %, 66) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (77 %, 26).¹⁰³ Vorrangig zuständig für die Unterstützung der Jugendforen sind in den meisten Förderregionen die Koordinierungs- und Fachstellen (48 %, 108).¹⁰⁴

Von „Demokratie leben!“ gehen deutliche Impulse zur Ausweitung der Jugendpartizipation an den Förderstandorten aus.

Wie schon in den Vorjahren setzt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ deutliche Impulse zur Ausweitung der Jugendpartizipation an den Förderregionen.¹⁰⁵ 75 % (168) aller Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum geben an, dass das Jugendforum erst im Kontext des Bundesprogramms realisiert wurde. Lediglich in 25 % (55) der Partnerschaften basiert dieses auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung.¹⁰⁶

Abbildung 14: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit¹⁰⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2018 (n=223).

Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede zwischen den jeweiligen Verwaltungseinheiten der Partnerschaften: In Kommunen basieren die Jugendforen mit 34 % (44) am häufigsten auf bereits bestehenden Strukturen. In Landkreisen (12 %, 8) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (12 %, 3) ist dieser Anteil geringer, die realisierte Jugendpartizipation ist

102 Vgl. Tabelle 89 im Anhang.

103 Vgl. Tabelle 90 im Anhang.

104 Vgl. Tabelle 91 im Anhang.

105 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 219, Tabelle 99/ Vgl. ISS 2017, S. 130, Tabelle 99.

106 Vgl. Tabelle 92 im Anhang.

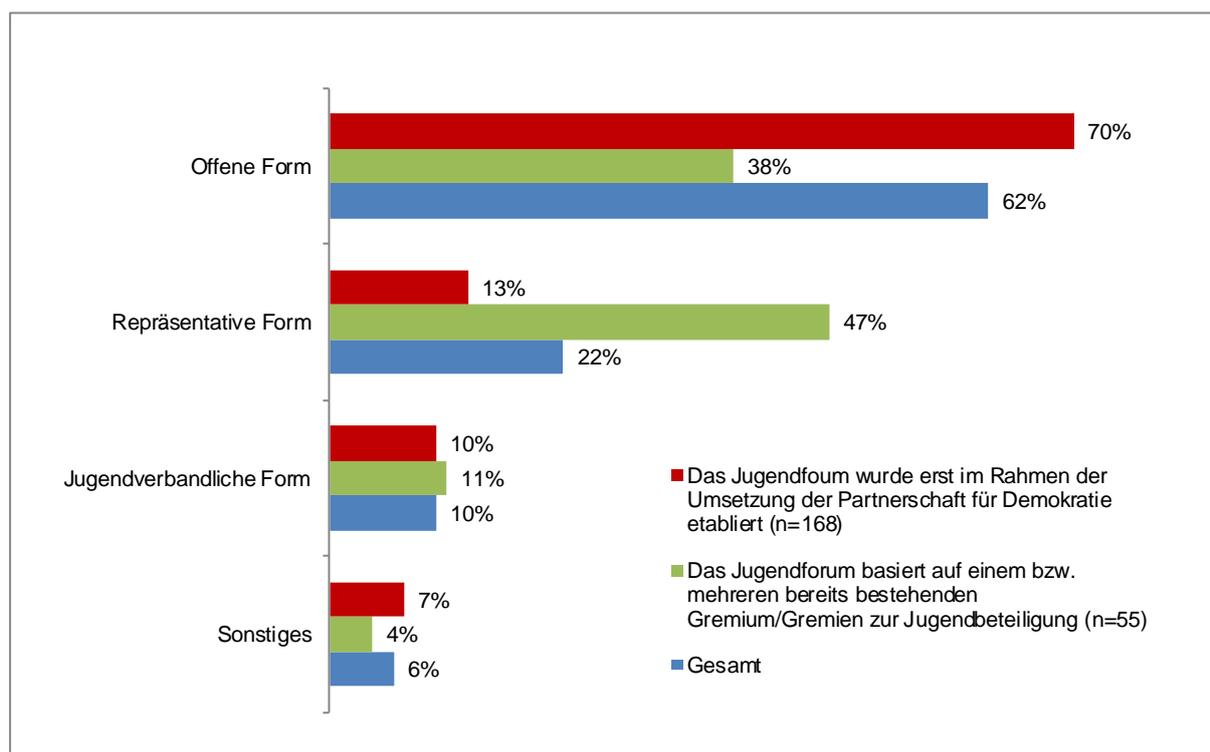
107 Vgl. Tabelle 92 im Anhang.

hier demnach unmittelbar auf das Programm „Demokratie leben!“ zurückzuführen. Gleiches gilt für Förderregionen, in denen die Rahmenbedingungen zur Teilhabe eher schlecht bewertet wurden: So wurden an den Standorten, an denen die Koordinator/innen dem Statement „In unserer Förderregion gibt es demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche“ „eher nicht“ bzw. „gar nicht“ zustimmten, 93 % (51) der Jugendforen neu aufgebaut.¹⁰⁸

In neu etablierten Jugendforen sowie in Landkreisen wird vorrangig eine offene Form der Jugendbeteiligung realisiert.

Die am häufigsten gewählten Organisationsformen für Jugendforen sind die offene (62 %, 139) sowie die repräsentative Form (22 %, 48). Die jugendverbandliche (10 %, 23) sowie sonstige Organisationsformen (6 %, 13) werden hingegen seltener, die stellvertretende Form aktuell überhaupt nicht realisiert. In Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (69 %, 18) und Landkreisen (68 %, 45) findet sich die offene Variante tendenziell etwas häufiger als in Kommunen (58 %, 76).¹⁰⁹ Darüber hinaus ist die Organisationsform oftmals abhängig vom Etablierungskontext: Während bei Jugendforen, die auf bestehenden Strukturen aufbauen, am häufigsten eine repräsentative Form (47 %, 26) vorzufinden ist, bevorzugen die Jugendforen, die erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert wurden, am häufigsten eine offene Form (70 %, 118).

Abbildung 15: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext¹¹⁰



108 Vgl. Tabelle 93. Die entsprechenden Fragen zur Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung wurden im Jahr 2018 nicht gestellt. Verwendet wurden daher die Angaben aus dem Jahr 2017. Datenbasis für die Auswertung sind demnach die Angaben der Koordinator/innen, die im Jahr 2017 Angaben zu den strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung und im Jahr 2018 Angaben zum Etablierungskontext des Jugendforums gemacht haben.

109 Vgl. Tabelle 94 im Anhang.

110 Vgl. Tabelle 95 im Anhang.

Die Mitglieder der Jugendforen haben konkrete Entscheidungsbefugnisse und sind in den Begleitausschüssen ihrer jeweiligen Partnerschaft vertreten.

Insgesamt engagieren sich in den Jugendforen aktuell 3.244 junge Menschen unter 27 Jahren, im Durchschnitt 14,5 Personen. In den kleinsten Jugendforen sind nur zwei junge Menschen aktiv, im größten hingegen 270. Die durchschnittliche Größe unterscheidet sich je nach Organisationsform. In Jugendforen mit weniger verbindlichen offenen Formen engagieren sich durchschnittlich 11,7 junge Menschen, während es in repräsentativen Jugendforen 22,1 sind.¹¹¹ Zudem zeigt sich, dass Jugendforen, die auf bereits bestehenden Strukturen basieren, im Durchschnitt mit mehr jungen Menschen besetzt sind als solche, die erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert wurden.¹¹²

In nahezu allen Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum (94 %, 209) treffen die jungen Engagierten eigenständige Entscheidungen über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds.¹¹³ Die Programmleitlinien sehen zudem vor, dass die Jugendforen auch im Begleitausschuss der Partnerschaft personell vertreten sein sollen. Zum Zeitpunkt der Befragung verfügten 223 Partnerschaften sowohl über einen konstituierten Begleitausschuss als auch über ein Jugendforum.¹¹⁴ In 189 dieser 223 Begleitausschüsse (85 %) sind Vertreter/innen der Jugendforen gemäß den Leitlinien beteiligt.¹¹⁵ Sind Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss aktiv, haben sie in 93 % (176) der Fälle auch ein Stimmrecht.¹¹⁶

Das Vorhandensein von Jugendforen geht erwartungsgemäß mit einer höheren Einbindung von Jugendlichen in die verschiedenen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie einher.

111 Vgl. Tabelle 96 im Anhang.

112 Vgl. Tabelle 97 im Anhang.

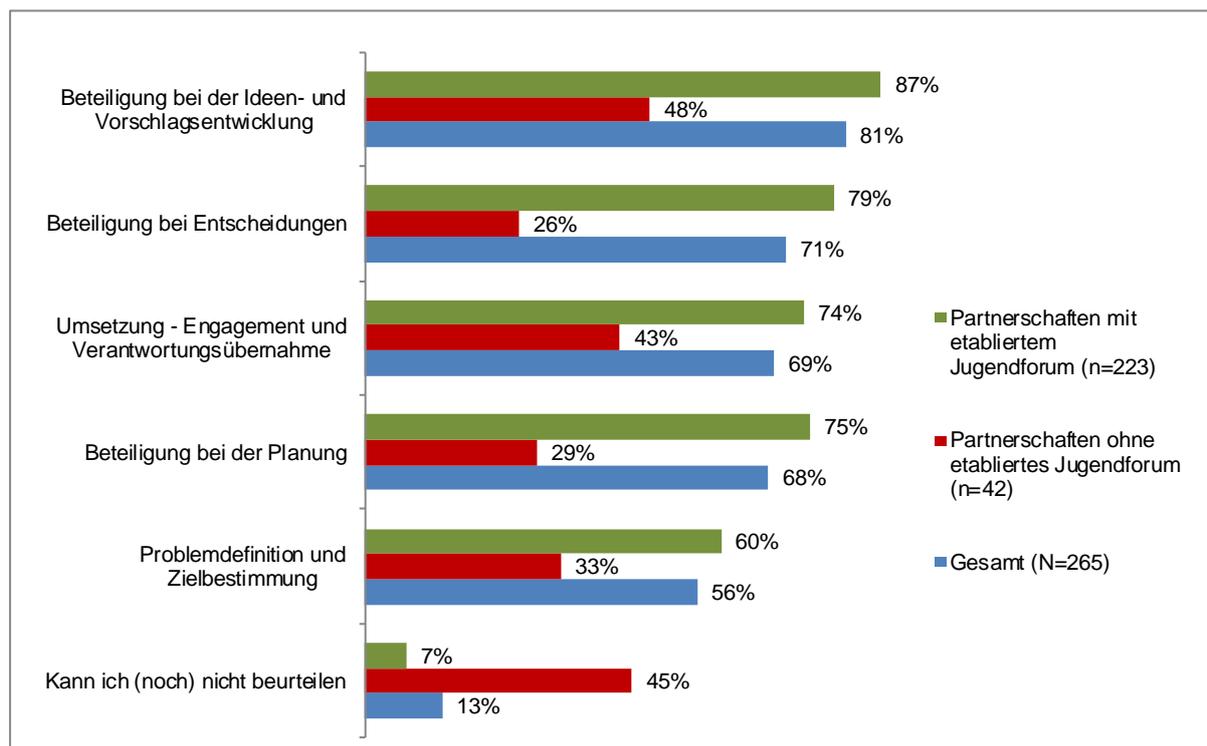
113 Vgl. Tabelle 98 im Anhang.

114 Alle Partnerschaften verfügten zum Befragungszeitpunkt über einen konstituierten Begleitausschuss.

115 Vgl. Tabelle 99 im Anhang.

116 Vgl. Tabelle 100 im Anhang.

Abbildung 16: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum¹¹⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

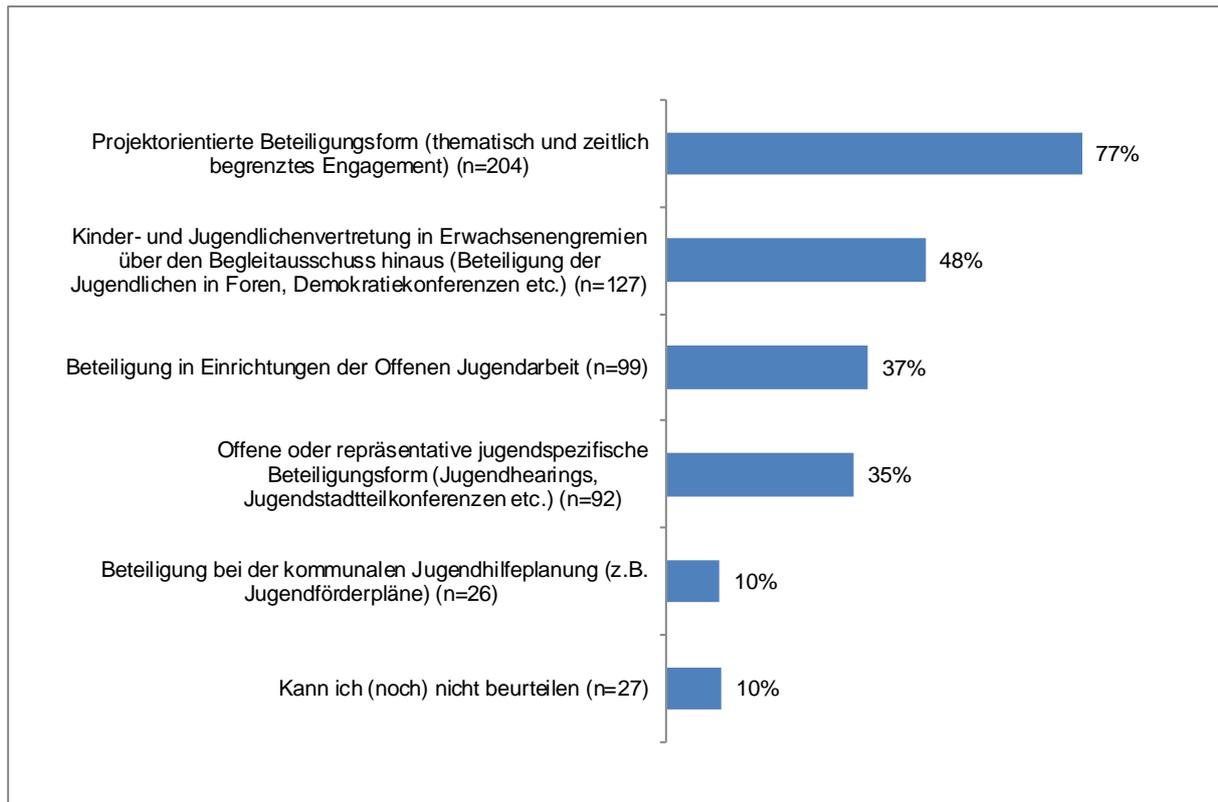
81 % (215) der Partnerschaften geben an, dass Jugendliche bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung beteiligt sind (mit etabliertem Jugendforum: 87 %, 195). Bei Entscheidungen sind Jugendliche in 71 % (187) der Partnerschaften involviert (mit etabliertem Jugendforum: 79 %, 176). 69 % (182) aller Partnerschaften geben ferner an, dass Jugendliche bei der Umsetzung von Maßnahmen eingebunden werden und Verantwortung übernehmen (mit etabliertem Jugendforum: 74 %, 164). In 179 Fällen (68 %) werden Jugendliche in der Planungsphase mit einbezogen (mit etabliertem Jugendforum: 75 %, 167). In etwa der Hälfte der Partnerschaften (56 %, 148) werden Jugendliche in die Problemdefinition und Zielbestimmung eingebunden (mit etabliertem Jugendforum: 60 %, 134).

Bei der Umsetzung von Jugendbeteiligung in den Partnerschaften für Demokratie werden projektorientierte Formate weiterhin favorisiert.

Bei den Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung zeigt sich wie in den Vorjahren eine deutliche Konzentration auf projektorientierte Beteiligungsformate. 77 % (204) aller Partnerschaften geben an, dass Jugendbeteiligung auf diese Weise umgesetzt wird. In 48 % der Fälle (127) sind Kinder und Jugendliche in Erwachsenengremien über den Begleitausschuss hinaus eingebunden. In 10 % (26) der Partnerschaften sind Jugendliche bei der kommunalen Hilfeplanung beteiligt.

117 Vgl. Tabelle 101 im Anhang.

Abbildung 17: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung¹¹⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

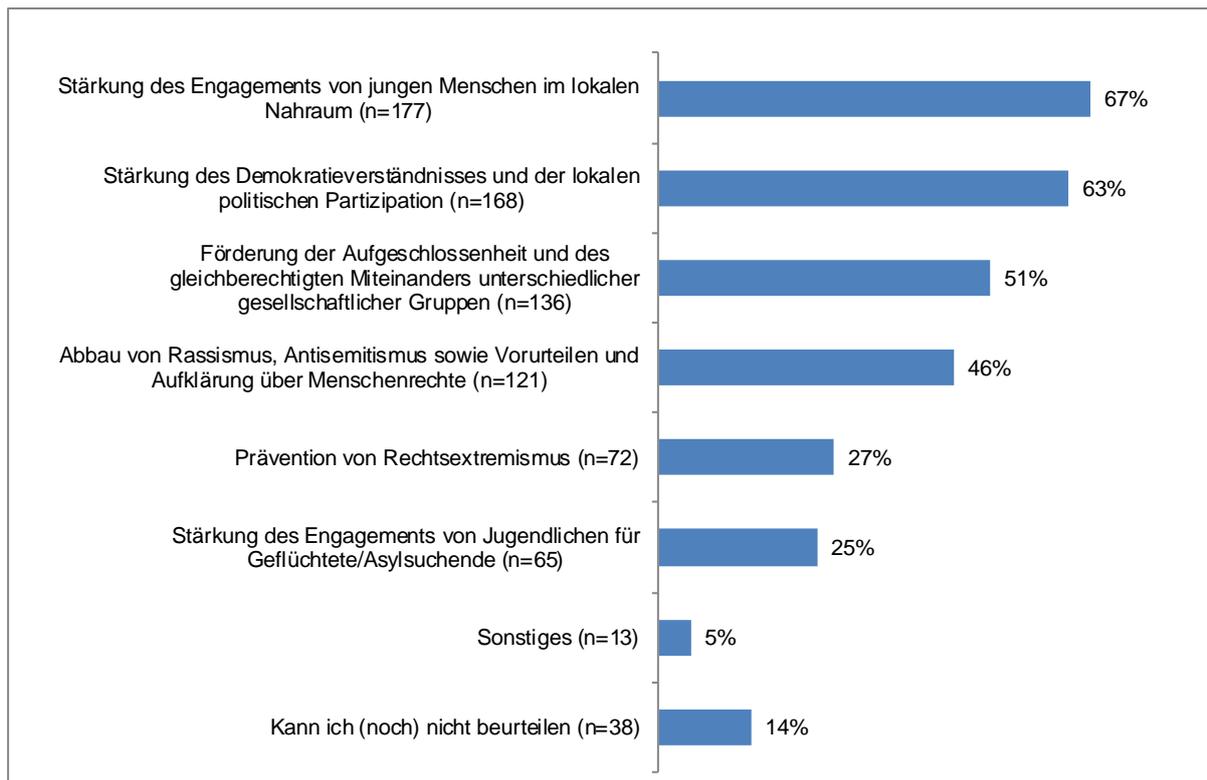
Die thematischen Schwerpunkte der realisierten Projekte liegen auf der Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum sowie des Demokratieverständnisses.

Insgesamt wurden von den Partnerschaften im Jahr 2017 892 Projekte aus dem Jugendfonds umgesetzt.¹¹⁹ Die aus dem Jugendfonds realisierten Projekte setzen einen deutlichen Schwerpunkt auf die „Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum“ (67 %, 177). Ein weiteres Hauptaugenmerk liegt auf der „Stärkung des Demokratieverständnisses“, also auf der klassischen Demokratieförderung (63 %, 168).

118 Vgl. Tabelle 102 im Anhang.

119 Vgl. Tabelle 103 im Anhang.

Abbildung 18: Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte¹²⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Partnerschaften für Demokratie aus Berlin und Kommunen sind zufriedener mit der Umsetzung der Jugendforen als Partnerschaften aus anderen Bundesländern sowie Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.

Die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie beurteilen ihre Zufriedenheit mit dem Stand der Umsetzung des Jugendforums in Abhängigkeit verschiedener Faktoren sehr unterschiedlich. Die Koordinator/innen wurden gebeten, ihre Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) auszudrücken. Insgesamt liegt die Zufriedenheit durchschnittlich bei 6,0. Werden ausschließlich Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum betrachtet, fällt die Zufriedenheit mit 6,4 geringfügig höher aus. Bezüglich der regionalen Verortung der Partnerschaften zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Auffällig ist jedoch, dass die Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum aus Berlin mit 7,9 die höchste Zufriedenheit aufweisen. Auch zeigt sich, dass Koordinator/innen von Partnerschaften aus Kommunen mit etabliertem Jugendforum mit durchschnittlich 6,7 etwas zufriedener mit der Umsetzung der Jugendforen sind als Koordinator/innen von Partnerschaften mit etablierten Jugendforen in Landkreisen (6,0) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (6,0).¹²¹

120 Vgl. Tabelle 104 im Anhang.

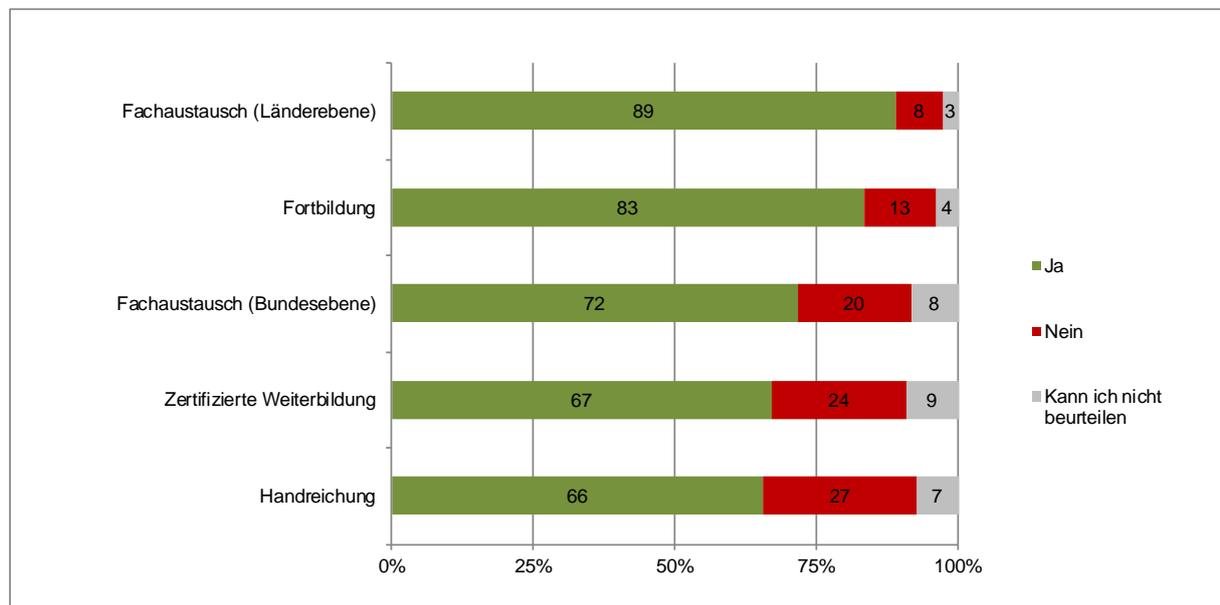
121 Vgl. Tabelle 105 im Anhang.

9 Unterstützungsbedarfe, Weiterbildung und Coaching

Die Partnerschaften für Demokratie sind mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, die neben ihrer inhaltlichen Arbeit auch formale Prozesse wie die Beantragung von finanziellen Mitteln und Abrechnungsverfahren umfassen. Als Hilfe für die Koordinator/innen bietet das Bundesprogramm verschiedene Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote an.

Die befragten Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie äußern auch in diesem Jahr vielfältige Unterstützungsbedarfe, die sich sowohl auf unterschiedliche Formate als auch konkrete Themenbereiche beziehen. Nachgefragt werden vor allem Fachaustausche auf Länderebene. 89 % (236) bekunden Interesse an einer solchen Form des Austausches, 83 % (221) wünschen Fortbildungen, 72 % (190) Fachaustausche auf Bundesebene und 67 % (178) zertifizierte Weiterbildungen. Handreichungen werden von 66 % (174) der befragten Koordinator/innen nachgefragt.

Abbildung 19: Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen¹²²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

In diesem Jahr wurden die Koordinierungs- und Fachstellen darüber hinaus gefragt, welche inhaltlichen Themenstellungen sie sich für einen Fachaustausch auf Bundesebene wünschen. Am häufigsten nachgefragt wird ein allgemeiner Austausch (20 %, 38), gefolgt von Austauschen zu Jugendpartizipation (14 %, 26) sowie zu dem Umgang mit Rechtspopulismus (13 %, 25). Weitere 13 % (24) möchten sich zu Projekten und Projektideen in den Partnerschaften für Demokratie austauschen.¹²³

In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Unterstützungsbedarfe mit zunehmender Erfahrungsdauer der/des dienstältesten Koordinators/in leicht zurückgehen.¹²⁴ Darüber hinaus zeigt sich, dass Handreichungen häufiger von Koordinator/innen aus dem dritten und vierten

¹²² Vgl. Tabelle 106 im Anhang.

¹²³ Vgl. Tabelle 110 im Anhang.

¹²⁴ Vgl. Tabelle 107 im Anhang.

Interessenbekundungsverfahren nachgefragt werden (77 %, 37) als von Koordinierungs- und Fachstellen aus dem ersten oder zweiten Interessenbekundungsverfahren (63 %, 137).¹²⁵

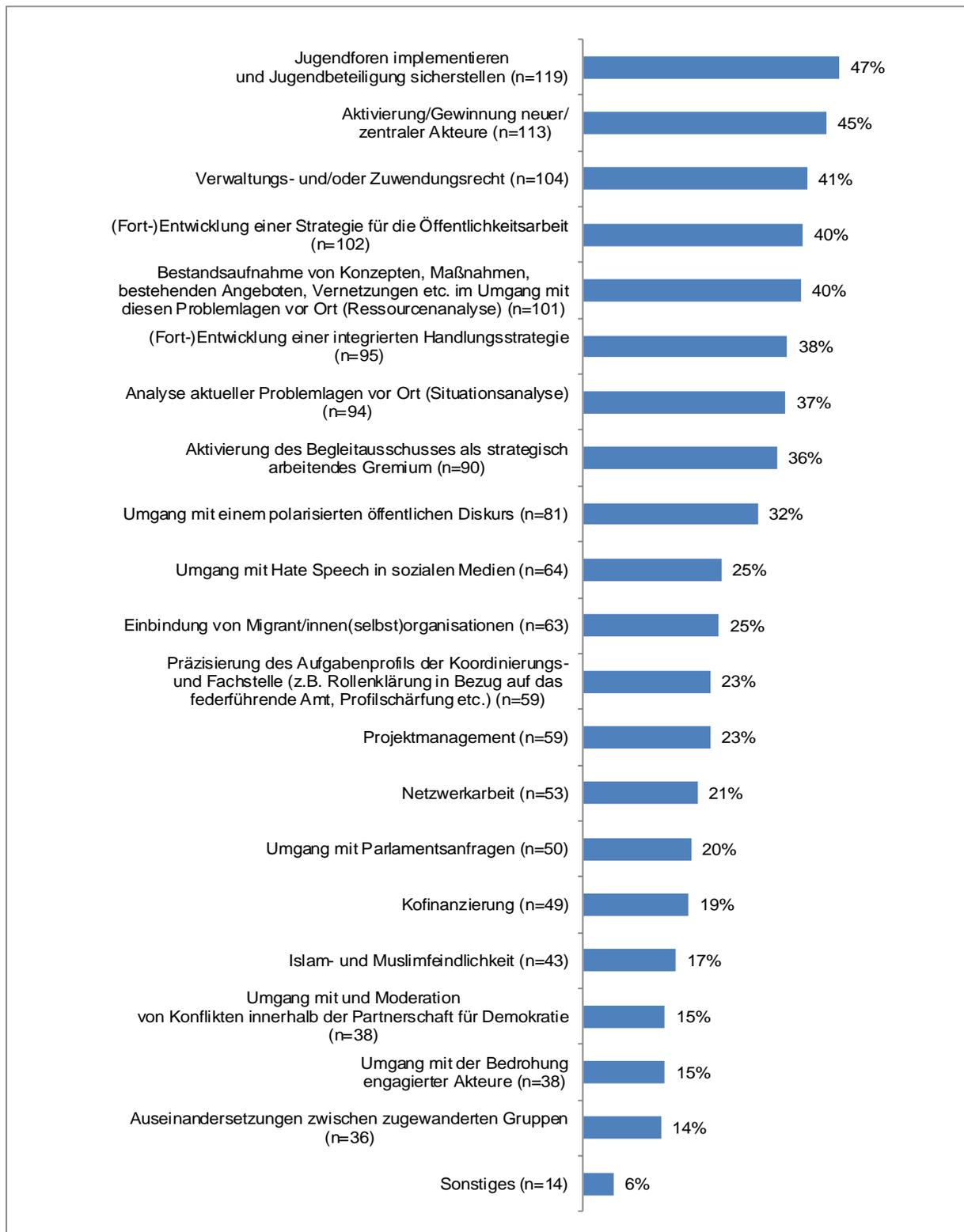
Bzgl. der Themenbereiche, in denen weitere Unterstützung gewünscht ist, nennen die Koordinator/innen vor allem strategische bzw. handlungsbezogene Felder wie die „Implementierung von Jugendforen“ (47 %, 119) und die „Aktivierung und Gewinnung neuer/zentraler Akteuer/innen“ (45 %, 113) oder die „(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie“ (40 %, 102). Unterstützungsbedarf bekunden die Koordinator/innen jedoch auch in Bezug auf das Verwaltungs- und Zuwendungsrecht (41 %, 104). Auffällig ist zudem, dass sich der Bedarf hinsichtlich der Unterstützung bei Parlamentsanfragen im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt hat. So geben in diesem Jahr 20 % (50) der Koordinierungs- und Fachstellen an, dass sie sich an dieser Stelle Unterstützung seitens der Programmakteur/innen wünschen (2017: 11%).¹²⁶ In Berlin fällt der Unterstützungsbedarf mit 47 % (7) im Vergleich zu den anderen Bundesländern hier besonders hoch aus.¹²⁷

125 Vgl. Tabelle 108 im Anhang.

126 Vgl. Tabelle 109 im Anhang.

127 Vgl. Tabelle 111 im Anhang.

Abbildung 20: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern¹²⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen 2018 (n=252). Mehrfachnennungen sind möglich.

128 Vgl. Tabelle 109 im Anhang.

Koordinator/innen von Partnerschaften für Demokratie des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens äußern andere Unterstützungsbedarfe als Koordinator/innen schon länger bestehender Partnerschaften.

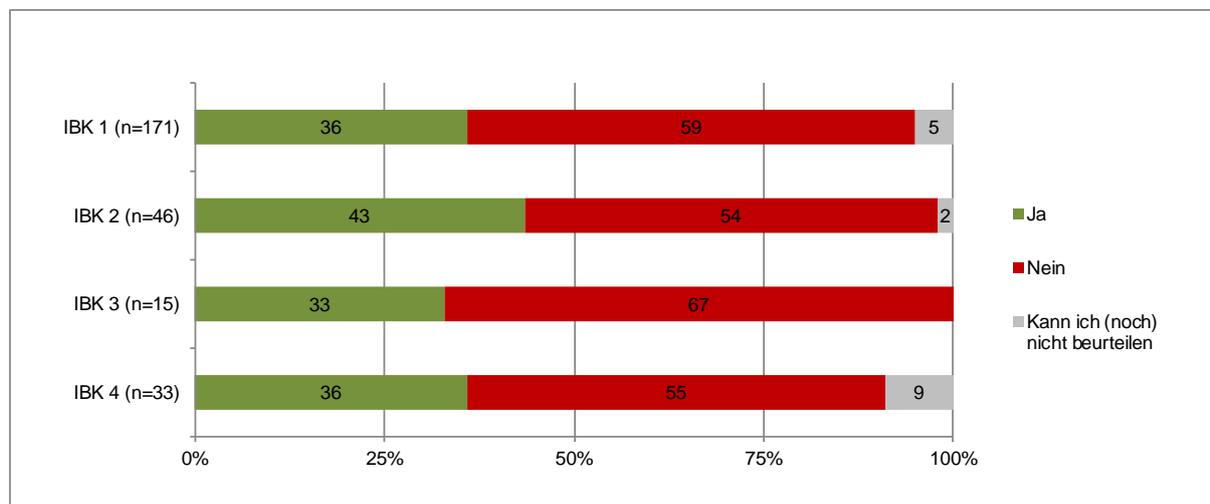
Die nachgefragten Themen variieren mit der Bestehensdauer. So äußern Partnerschaften des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens häufiger als jene der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren Bedarf an Unterstützung bzgl. der Implementierung von Jugendforen sowie der Sicherstellung von Jugendpartizipation, der (Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit, der Bestandaufnahme von Konzepten Maßnahmen, bestehenden Angeboten, Vernetzungen etc., der Analyse aktueller Problemlagen sowie der Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium. Koordinator/innen aus bereits länger bestehenden Partnerschaften fragen demgegenüber häufiger Unterstützung im Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs und Parlamentsanfragen nach.¹²⁹

Knapp die Hälfte der Partnerschaften für Demokratie wird im Jahr 2017 durch einen Coach begleitet.

Sämtliche Partnerschaften haben im Rahmen des Bundesprogramms die Möglichkeit, sich durch einen Coach begleiten zu lassen. 99 (37 %) Partnerschaften geben an, im Jahr 2018 ein solches Coaching in Anspruch genommen zu haben.¹³⁰

Partnerschaften des zweiten Interessenbekundungsverfahrens werden mit 43 % (20) am häufigsten durch einen Coach begleitet, Partnerschaften des dritten Interessenbekundungsverfahrens mit 33 % (5) hingegen am seltensten.

Abbildung 21: Begleitung durch einen Coach differenziert nach Förderperiode¹³¹



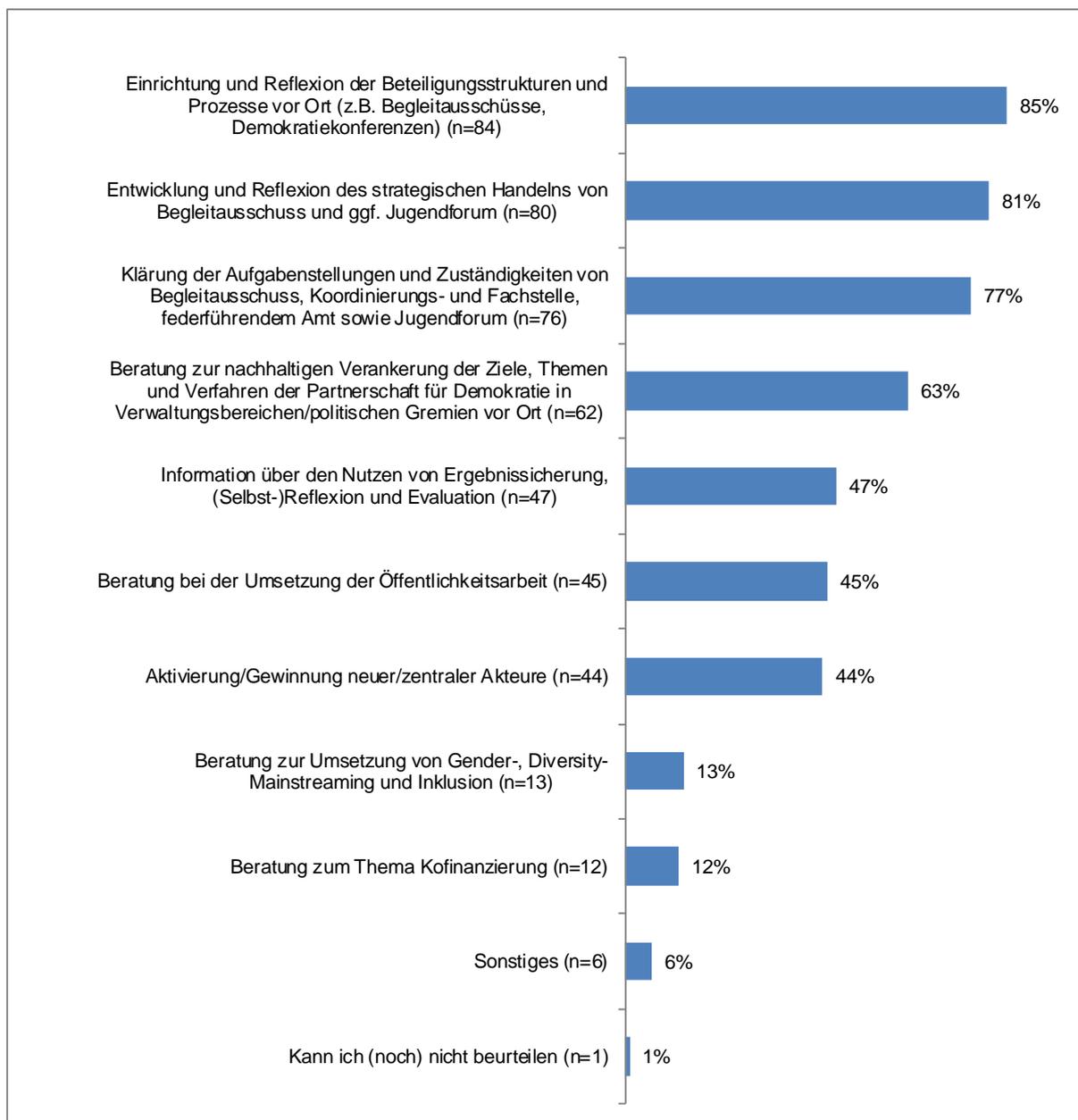
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Antworten finden sich auch diejenigen, die bereits in der Frage, ob Coaching bekannt ist und/oder wahrgenommen wurde, die Kategorie „nicht bekannt“ oder „bekannt, aber nicht wahrgenommen“ gewählt haben. Eine Vergleichbarkeit zu den Vorjahresbefunden ist daher beschränkt, da im Vorjahr alle Partnerschaften die Frage nach der Inanspruchnahme von Coaching gestellt bekommen haben.

129 Vgl. Tabelle 112 im Anhang.

130 Vgl. Tabelle 113 im Anhang.

131 Vgl. Tabelle 114 im Anhang.

Abbildung 22: Bereiche der Unterstützung durch einen Coach¹³²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die durch einen Coach begleitet werden (n=99). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Die Koordinator/innen formulieren einen stetigen Bedarf an Reflexion.

Die Abbildung 22 lässt erkennen, dass der Wunsch nach Reflexion bei Partnerschaften, die durch einen Coach begleitet werden, sehr präsent ist (85 %, 84). Dieser Befund bietet eine Erklärung für die Tatsache, dass auch viele Förderstandorte der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren das Coaching in Anspruch nehmen. Demnach dient es nicht nur zur Unterstützung in der Initiierungs- und Aufbauphase, sondern vor allem auch als ständige Be-

132 Vgl. Tabelle 115 im Anhang.

gleitung und Reflexionshilfe. Auch wenn die inhaltlichen Themenfelder, zu denen Unterstützung benötigt wird, divers ausfallen, so manifestiert sich dennoch ein wiederkehrender Bedarf an Unterstützung durch einen Coach.

Die Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie entspricht in etwa dem Wert des Vorjahres. Die befragten Koordinator/innen wurden gebeten, die Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) anzugeben. Im Durchschnitt ergibt sich ein Wert von 6,9, was nahezu exakt dem Wert der vorjährigen Befragung¹³³ entspricht. Unter Betrachtung der Interessenbekundungsverfahren, der regionalen Verortung sowie der Verwaltungseinheiten zeigen sich lediglich geringfügige Unterschiede.¹³⁴

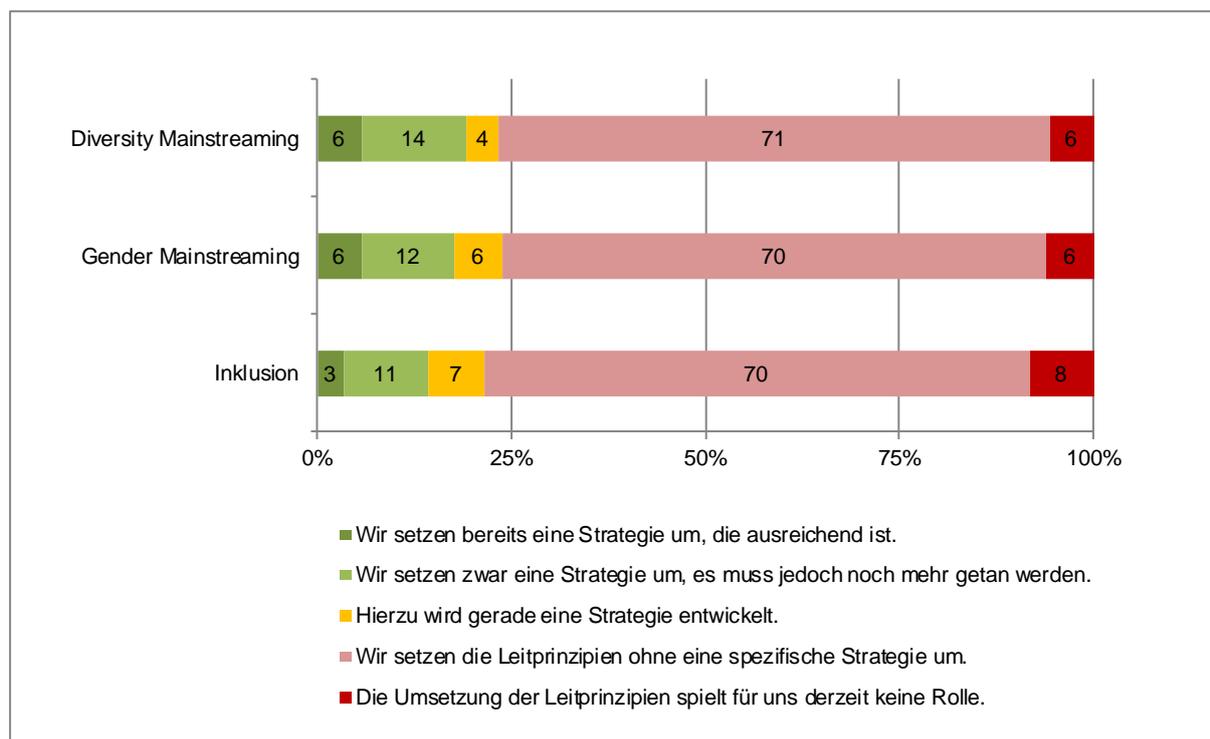
133 Vgl. ISS 2017, S. 143, Tabelle 124.

134 Vgl. Tabelle 116, Tabelle 117 und Tabelle 118 im Anhang.

10 Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion

Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion (GDI) sind in den Förderleitlinien des Bundesprogramms als leitende Prinzipien festgeschrieben. Sie sollen im gesamten Entwicklungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozess der Partnerschaften Berücksichtigung finden. Es zeigt sich, dass die strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien auch in diesem Jahr in einem Großteil der Partnerschaften noch nicht vollumfassend gelingt.

Abbildung 23: Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien¹³⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Die strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien und die Umsetzung auf Handlungsebene weisen weiterhin Entwicklungspotentiale auf.

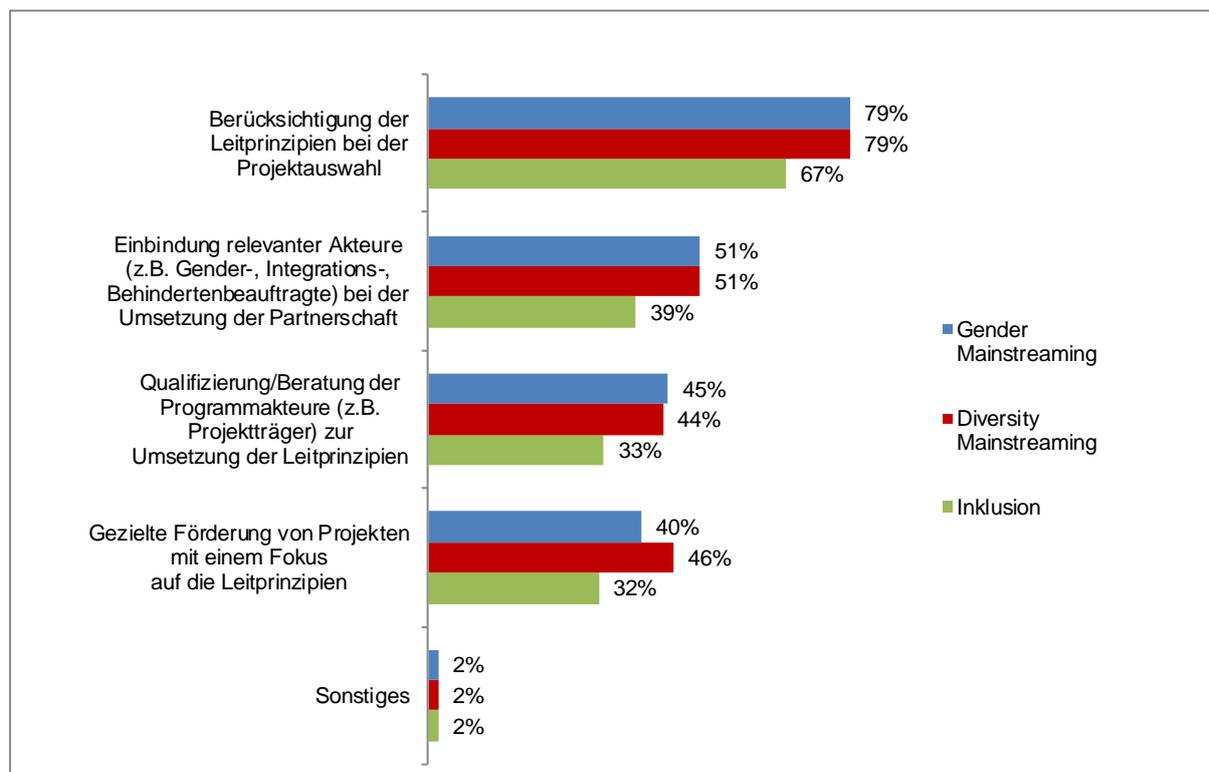
Für sämtliche Teilbereiche der GDI-Leitprinzipien geben jeweils mehr als 75 % der befragten Koordinator/innen an, dass die Leitlinien ohne eine spezifische Strategie umgesetzt werden bzw. dass die Umsetzung der Leitlinien derzeit keine Rolle spielt. Lediglich jeweils 6 % (15) der befragten Koordinator/innen erachten ihre Strategie in den Bereichen „Gender Mainstreaming“ und „Diversity Mainstreaming“ als ausreichend. Im Bereich „Inklusion“ (3 %, 9) fallen diese Einschätzungen nochmals etwas zurückhaltender aus. Insgesamt fällt die Bewertung der Koordinator/innen über alle Bereiche hinweg im Vergleich zur vorjährigen Befragung etwas kritischer aus.¹³⁶

135 Vgl. Tabelle 119.

136 Vgl. ISS 2017, S. 143, Tabelle 125.

Auch auf der Handlungsebene lassen sich weiterhin Entwicklungspotentiale erkennen. So werden zwar die Leitprinzipien mehrheitlich bei der Projektauswahl berücksichtigt, eine gezielte Förderung von Projekten mit einem entsprechenden inhaltlichen Fokus findet jedoch deutlich seltener statt.

Abbildung 24: Umsetzung der GDI-Leitprinzipien¹³⁷



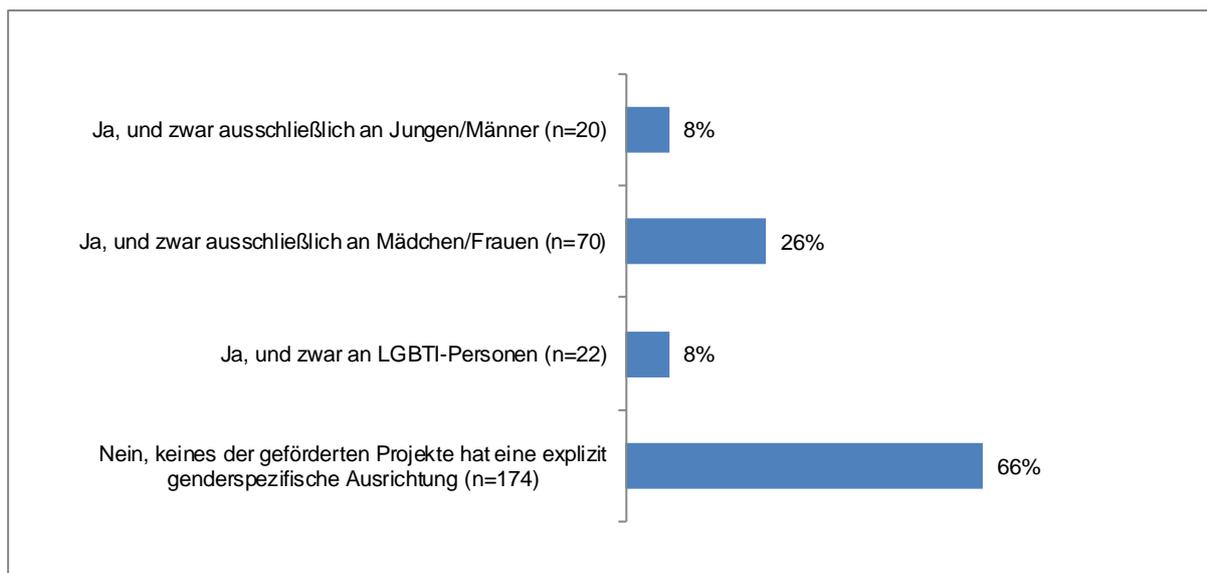
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Die geförderten Projekte adressieren nur im geringen Ausmaß genderspezifische Zielgruppen.

In 66 % der Partnerschaften hat keines der geförderten Projekte eine explizit genderspezifische Ausrichtung. 26 % (70) der befragten Koordinator/innen geben hingegen an, dass Projekte/Initiativen im Jahr 2017 eine explizite Ausrichtung auf Mädchen oder Frauen aufwiesen. 8 % (22) benennen, dass LGBTI-Personen adressiert wurden, in 8 % (20) der Partnerschaften wurden Projekte umgesetzt, die sich ausschließlich an Jungen oder Männer richteten.

137 Vgl. Tabelle 120 im Anhang.

Abbildung 25: Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2017¹³⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“.

Die Koordinator/innen wurden gebeten, auf einer Skala von 1 (entwicklungsbedürftig) bis 10 (umfassend realisiert) einzuschätzen, wie die Umsetzung von GDI in ihrer Partnerschaft gelingt. Die nachfolgende Abbildung zeigt die durchschnittlichen Werte differenziert nach Förderperiode.

Abbildung 26: Beurteilung der Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion

	IBK 1-2	IBK 3-4	Gesamt
Gender Mainstreaming	5,8	5,7	5,8
Diversity Mainstreaming	5,8	5,8	5,8
Inklusion	4,8	5,4	4,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Mittelwerte wurden von 1 („entwicklungsbedürftig“) bis 10 („umfassend realisiert“) berechnet. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Die Einschätzungen der befragten Koordinator/innen bewegen sich im Mittelfeld der Skala. Die Umsetzung des Gender Mainstreaming wird durchschnittlich mit 5,8, die des „Diversity Mainstreaming“ ebenfalls mit 5,8 und die Umsetzung der „Inklusion“ mit 4,9 bewertet. Im Vergleich zum Vorjahr – in welchem Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren durchschnittlich etwas zufriedener waren – zeigt sich in diesem Jahr eine Angleichung der beiden Gruppen. Im Vergleich mit dem Vorjahr fällt die Einschätzung der befragten Koordinator/innen zudem etwas positiver aus.

138 Vgl. Tabelle 121 im Anhang.

11 Klima der Bedrohung in den Förderregionen

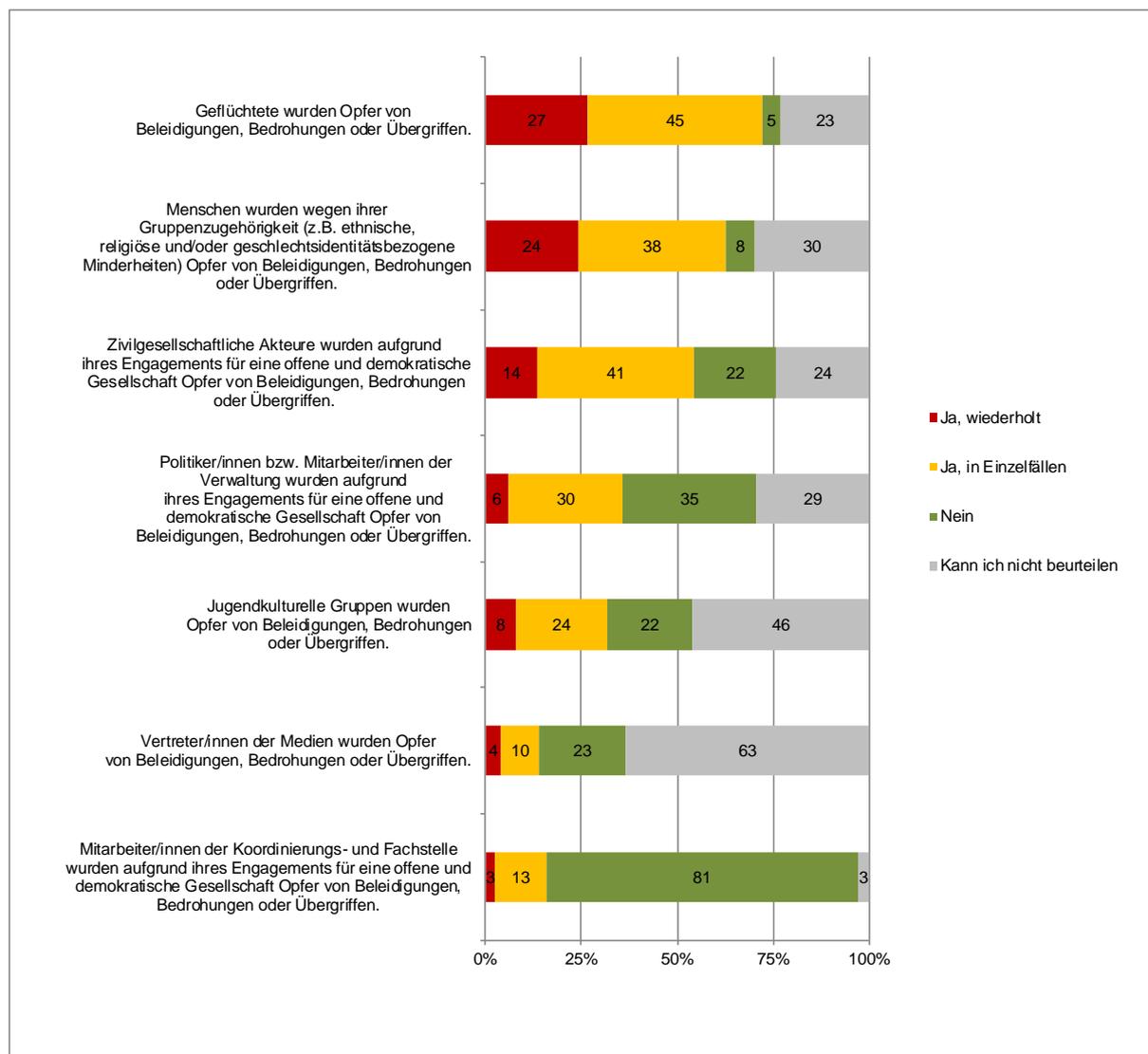
Der Befund der vergangenen Förderjahre 2016 und 2017, dass sowohl Geflüchtete als auch zivilgesellschaftlich für Demokratie und Vielfalt engagierte Akteur/innen in mehr als der Hälfte der Partnerschaften für Demokratie Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind, war für das ISS-Frankfurt a.M. Anlass, im Rahmen des diesjährigen Monitorings erneut einen Schwerpunkt auf die aktuellen Bedrohungslagen in den Fördergebieten zu legen.

Wie bereits im Vorjahr wurden die Koordinator/innen im Rahmen der quantitativen Vollerhebung sowohl gebeten, Einschätzungen zur Quantität der Vorkommnisse und zu den Opfergruppen zu machen als auch Einschätzungen zur Verfasstheit des lokalen Klimas im Hinblick auf die Bedrohungslagen zu treffen. Hierzu wurden Angaben sowohl zu demokratiestärkenden als auch demokratiefeindlichen Akteur/innen und zu ihren öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten erhoben, die schließlich mit Aussagen zu Reaktionen auf demokratiefeindliche Vorfälle ergänzt wurden.

Die Rückmeldungen der Koordinator/innen zeigen deutlich auf, dass in nahezu allen Partnerschaften für Demokratie Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe stattfinden. Von allen Partnerschaften, in denen sich die Koordinator/innen in der Lage sahen, Aussagen zu treffen (227), meldeten lediglich sechs zurück, dass zwischen Juli 2017 und Juni 2018 keine Vorfälle stattgefunden haben.¹³⁹

139 Vgl. Tabelle 122 im Anhang. Abweichungen zwischen den in diesem Kapitel angegebenen addierten Prozentzahlen zu einzelnen Daten und den in den Tabellen angegebenen einzelnen Prozentzahlen ergeben sich aus der Rundung vor bzw. nach der Addition.

Abbildung 27: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018¹⁴⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Ein deutlicher Rückgang der Anteile von Förderregionen, aus denen Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gemeldet werden, ist auch in diesem Jahr nicht zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist insgesamt kein deutlicher Rückgang der Anteile von Förderregionen, aus denen Anfeindungen gemeldet werden, zu konstatieren. Geflüchtete werden in den meisten Nennungen als Opfergruppe benannt. 72 % (191) der Koordinator/innen gaben an, dass Geflüchtete wiederholt (27 %) oder in Einzelfällen (45 %) beleidigt, bedroht oder angegriffen worden sind. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Förderregionen, aus denen derartige Anfeindungen und/oder Übergriffe zurückgemeldet wurden, insgesamt konstant geblieben.¹⁴¹

140 Vgl. Tabelle 123 im Anhang.

141 Vgl. ISS 2017, S. 147, Tabelle 131.

63 % (166) der Koordinator/innen berichten, dass Menschen aufgrund ihrer ethnischen, religiösen oder geschlechtsidentitätsspezifischen Gruppenzugehörigkeit wiederholt (24 %) bzw. in Einzelfällen (38 %) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind. Aus 75 % der Förderregionen, in denen solche Vorfälle vorkamen (125), meldeten die Koordinator/innen zurück, dass diese islam- und/oder muslimfeindlich motiviert waren.¹⁴²

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Förderregionen, aus denen von Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Akteur/innen berichtet wird, mit 54 % (144) leicht rückläufig.¹⁴³ Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in insgesamt 36 % (95) der Förderregionen Opfer von Anfeindungen.

Ein geringfügiger Anstieg ist hingegen bei den Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen zu konstatieren. Während im vergangenen Jahr 38 (14 %) der Koordinator/innen entsprechende Vorfälle zurückmeldeten¹⁴⁴, sind es in diesem Jahr 42 (16 %). Ob jugendkulturelle Gruppen oder Medienvertreter/innen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden, können Koordinator/innen seltener sicher einschätzen. Aus 32 % der Fördergebiete (84) melden die Koordinator/innen dennoch Anfeindungen gegenüber jugendkulturellen Gruppen und aus 14 % (37) gegenüber Medienvertreter/innen zurück.

Koordinator/innen aus Fördergebieten in Berlin und in den neuen Bundesländern melden häufiger Vorfälle zurück als Koordinator/innen der Fördergebiete in den alten Bundesländern.

Mit Blick auf die regionale Verteilung der zurückgemeldeten Vorfälle fällt auf, dass die Koordinator/innen aus Berlin und den neuen Bundesländern deutlich häufiger Anfeindungen und Übergriffe angeben als ihre Kolleg/innen aus den alten Bundesländern. In Berlin ist der Anteil der Förderregionen mit gemeldeten Tathandlungen in nahezu allen Kategorien am höchsten.¹⁴⁵ So geben alle Koordinator/innen aus Berlin an, dass Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden und in 93 % (14) der Fördergebiete Vorfälle gegen Geflüchtete stattgefunden haben. Auch Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen (80 %) und Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung (67 %) werden am häufigsten aus Berlin zurückgemeldet. Auffällig ist hierbei, dass aus Berlin häufiger wiederholte Vorfälle zurückgemeldet werden als aus den neuen und alten Bundesländern. Während z. B. der Anteil der Förderregionen mit wiederholten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gegenüber Geflüchteten in den neuen Bundesländern bei 45 % und in den alten Bundesländern bei 10 % liegt, berichten die Koordinator/innen aus Berlin zu 87 % von wiederholten Anfeindungen. Abweichend hoch im Vergleich zu den Angaben der Koordinator/innen aus den alten und den neuen Bundesländern sind ebenso die Zahlen zu den wiederholten Anfeindungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit und gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen.

Für Förderregionen aus den neuen Bundesländern melden die Koordinator/innen im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich häufiger Anfeindungen, insbesondere gegenüber Asylsuchenden/Geflüchteten (neue Bundesländer: 84 %, 78; alte Bundesländer: 63 %, 99) zurück. Die Differenz hinsichtlich der Einschätzungen der Koordinator/innen aus den neuen

142 Vgl. Tabelle 124 im Anhang.

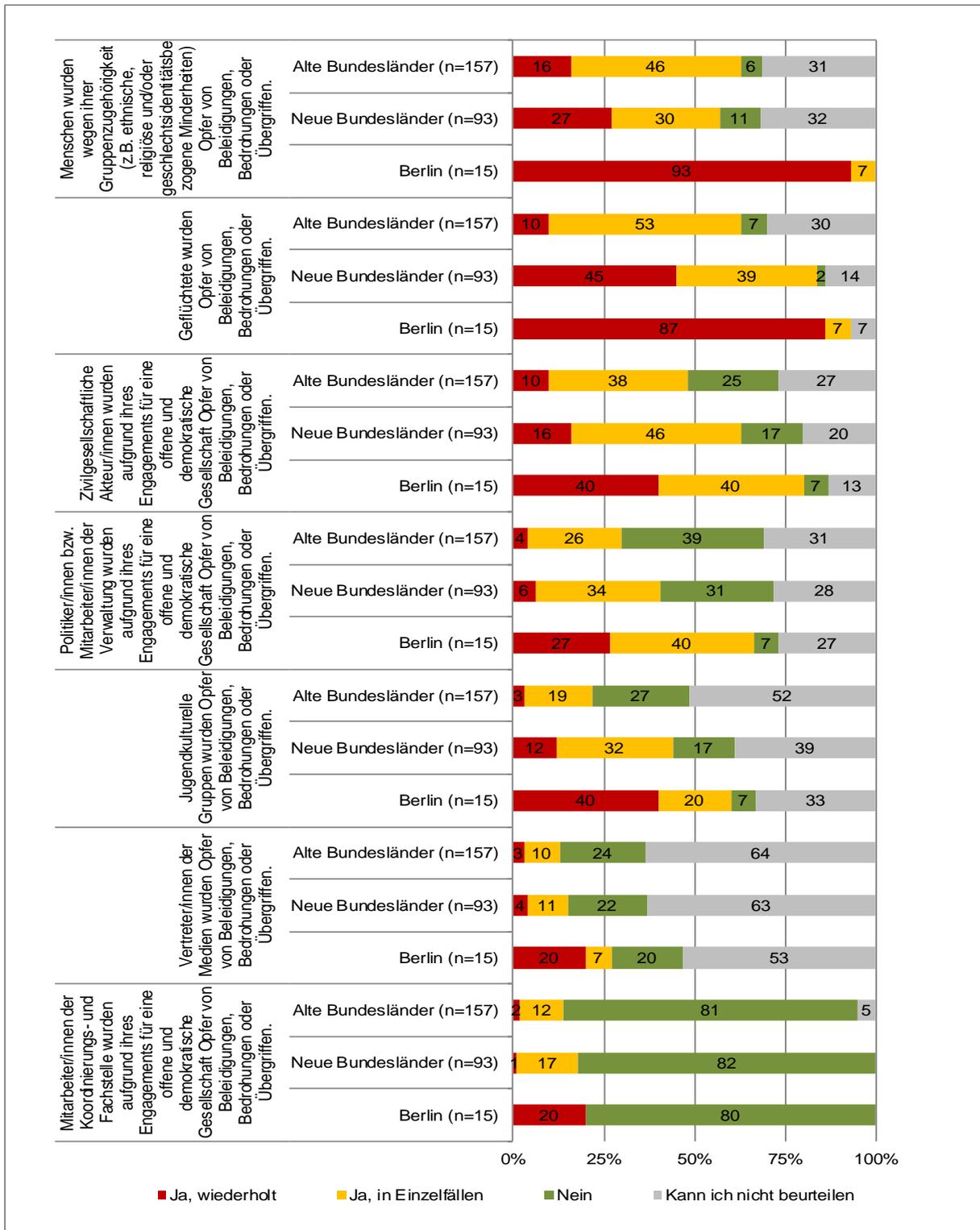
143 Vgl. ISS 2017, S. 147, Tabelle 131.

144 Vgl. ISS 2017, S. 147, Tabelle 131.

145 Berlin verfügt seit 2016 über ein Register zur Dokumentation von rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ-feindlich, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen in allen Bezirken, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Koordinator/innen sich laufend informieren können (Link zur Projektvorstellung: <http://www.berliner-register.de/projektvorstellung-register>).

und den alten Bundesländern liegt somit bei 20 Prozentpunkten. Auch im Hinblick auf Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen zeigen sich nennenswerte regionale Unterschiede (neue Bundesländer: 62 %, 58; alte Bundesländer: 47 %, 74).

Abbildung 28: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018 differenziert nach regionaler Verortung¹⁴⁶



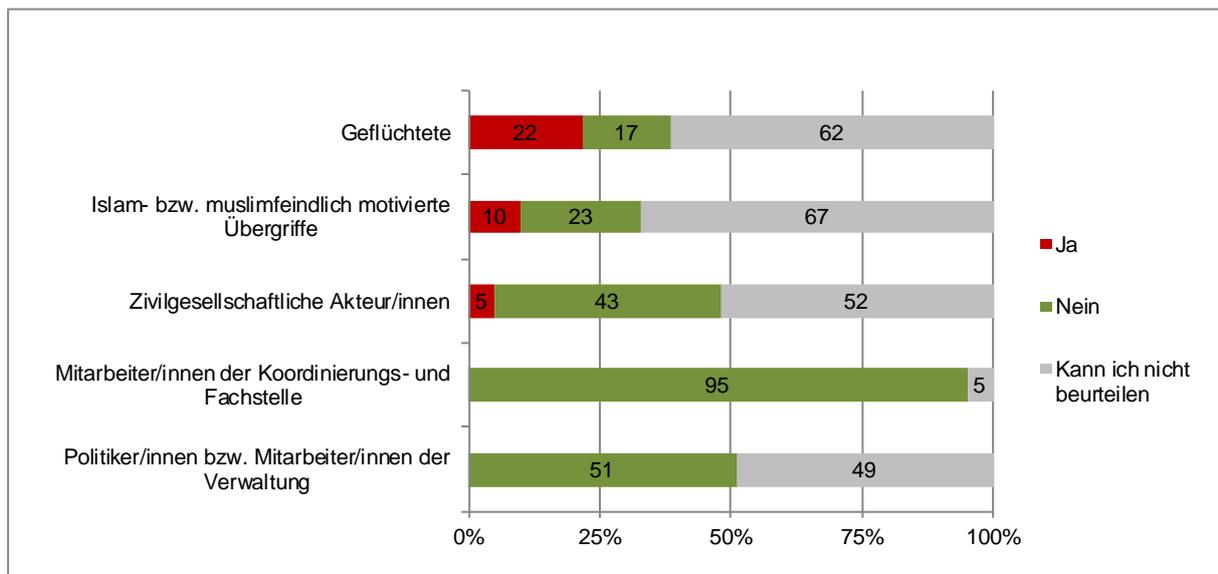
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

146 Vgl. Tabellen 125, 126 und 127 im Anhang.

Körperverletzungen, Bedrohungen, Einschüchterungen und/oder Nötigungen gegenüber Geflüchteten werden häufig berichtet.

22 % der Koordinator/innen (57) berichten von Körperverletzungsdelikten gegenüber Geflüchteten, 10 % (27) von entsprechenden Vorfällen gegenüber Muslim/innen. Aus 13 Partnerschaften melden Akteur/innen gewaltsame Übergriffe gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen zurück.

Abbildung 29: Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018¹⁴⁷

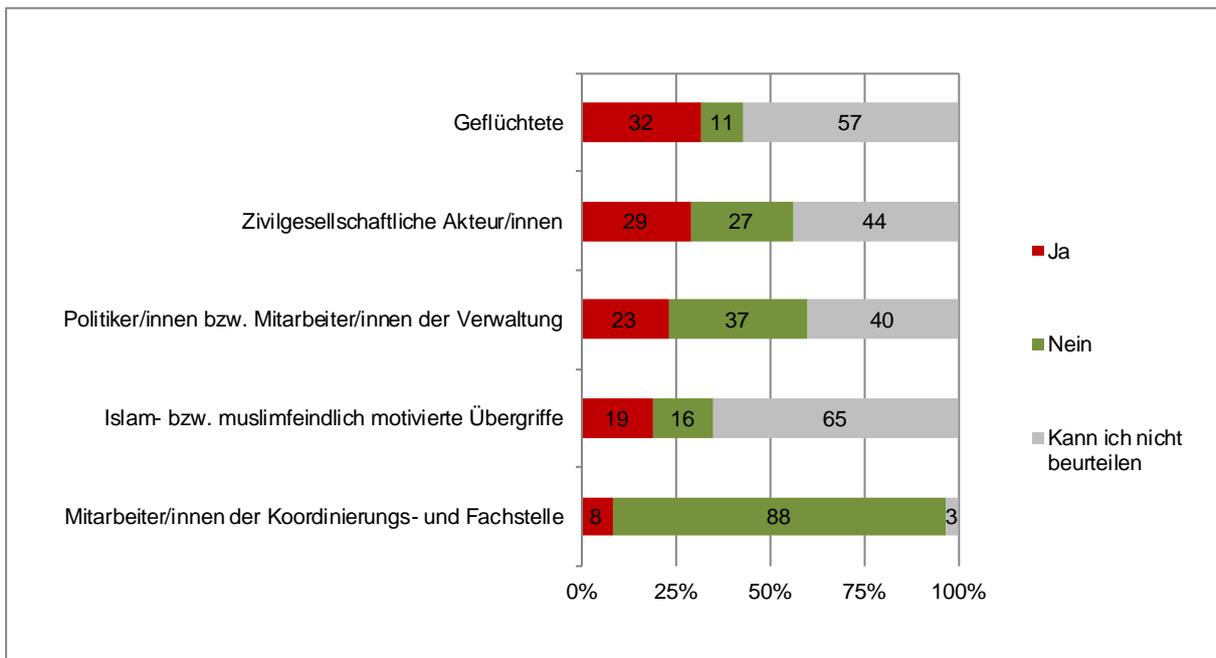


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Körperverletzungen. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Körperverletzungen gegenüber dieser Personengruppe gab.

Bedrohungen, Einschüchterungen und oder Nötigungen kamen in 86 Fördergebieten (32 %) gegen Geflüchtete und in 77 gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen (29 %) vor. Aus 62 (23 %) Regionen berichten die Koordinator/innen ferner, dass auch Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung betroffen waren.

147 Vgl. Tabelle 128 im Anhang.

Abbildung 30: Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018¹⁴⁸

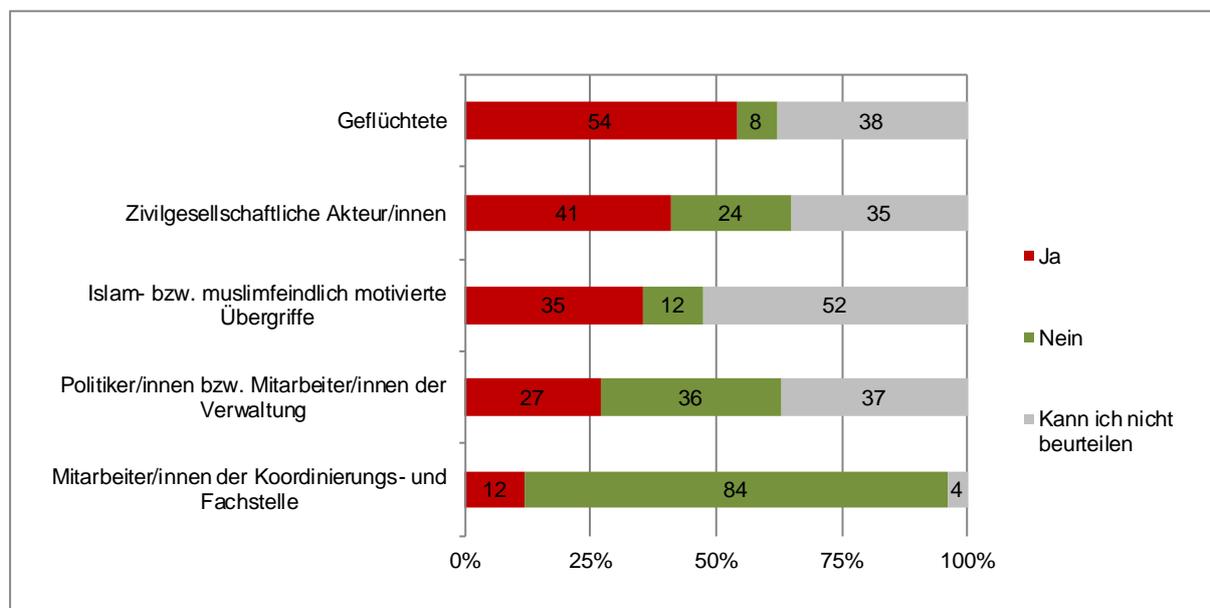


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegenüber dieser Personengruppe gab.

Straftaten gegen die Ehre, also Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdungen, werden aus 144 Fördergebieten (54 %) gegenüber Geflüchteten zurückgemeldet. Diese Formen von Anfeindungen werden in 35 % (93) der Partnerschaften auch für islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe und in 41 % (109) für zivilgesellschaftliche Akteur/innen registriert.

148 Vgl. Tabelle 129 im Anhang.

Abbildung 31: Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018¹⁴⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Straftaten gegen die Ehre. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Straftaten gegen die Ehre gegenüber dieser Personengruppe gab.

Anschläge auf Einrichtungen und Sachbeschädigungen werden aus weniger Förderregionen gemeldet als persönliche Anfeindungen.

Übereinstimmend mit den Befunden zu Betroffenengruppen waren Wohnunterkünfte für Asylsuchende in 15 % (39) der Förderregionen Anschlagssziele. An sechs Standorten meldeten Koordinator/innen zurück, dass diese Anschläge wiederholt vorkamen. Darüber hinaus werden von den Koordinator/innen auch Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (17 %, 46), Gedenkstätten, bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen (17 %, 46) sowie soziale und kulturelle Einrichtungen (14 %, 36) zurückgemeldet. Diese Anschläge werden proportional häufiger aus Berlin und aus den neuen Bundesländern gemeldet.¹⁵⁰

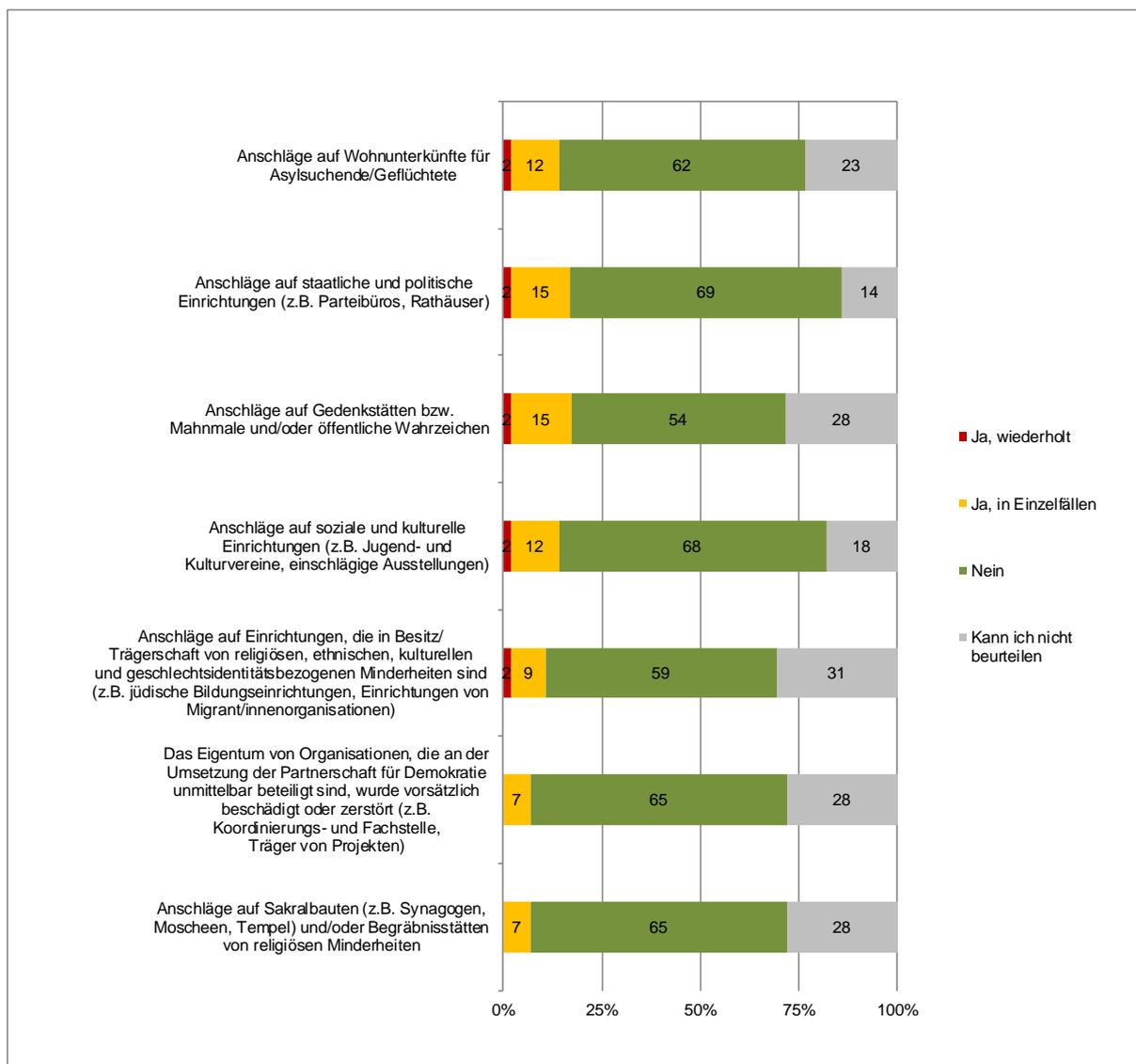
27 Koordinator/innen (10 %) gaben an, dass Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, verübt wurden. In 19 Förderregionen handelte es sich hierbei um Einrichtungen in muslimischer Trägerschaft bzw. in muslimischem Besitz.¹⁵¹

149 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

150 Vgl. Tabellen 132, 133 und 134 im Anhang.

151 Vgl. Tabelle 135 im Anhang.

Abbildung 32: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018¹⁵²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

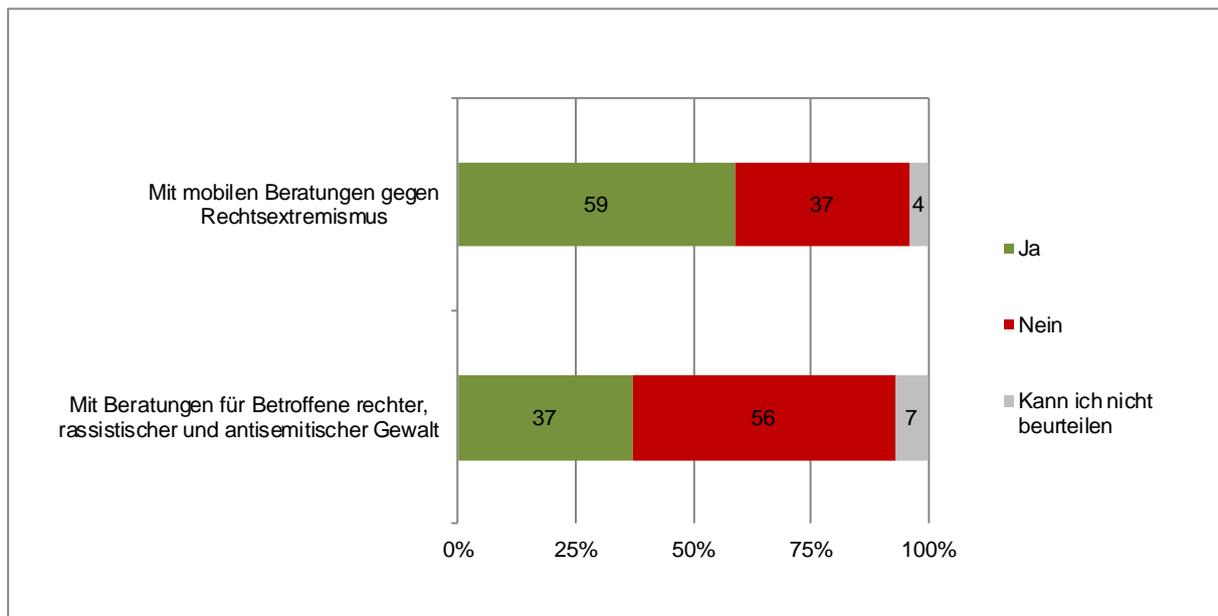
Eine Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung bzw. den Opferberatungsstellen erfolgt in etwas mehr als der Hälfte der Fördergebiete, in denen menschenfeindliche Handlungen bzw. Übergriffe vorkamen.

Da nunmehr alle Bundesländer sowohl über Mobile Beratungen als auch Opferberatungsstellen verfügen, können Partnerschaften, in denen Menschen von Anfeindungen und Übergriffen betroffen sind, auf spezialisierte Beratungsdienste zurückgreifen. In 59 % (131) der Fördergebiete kooperierten die Akteur/innen mit der Mobilen Beratung, in 37 % (82) mit der Opferberatungsstelle.¹⁵³

152 Vgl. Tabelle 131 im Anhang.

153 Hier gilt es zu beachten, dass zwischen den einzelnen Bundesländern (zum Teil deutliche) Unterschiede hinsichtlich der Etablierungszeitpunkte sowie der finanziellen und personellen Ausstattung der Opferberatungsstellen bestehen.

Abbildung 33: Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018¹⁵⁴



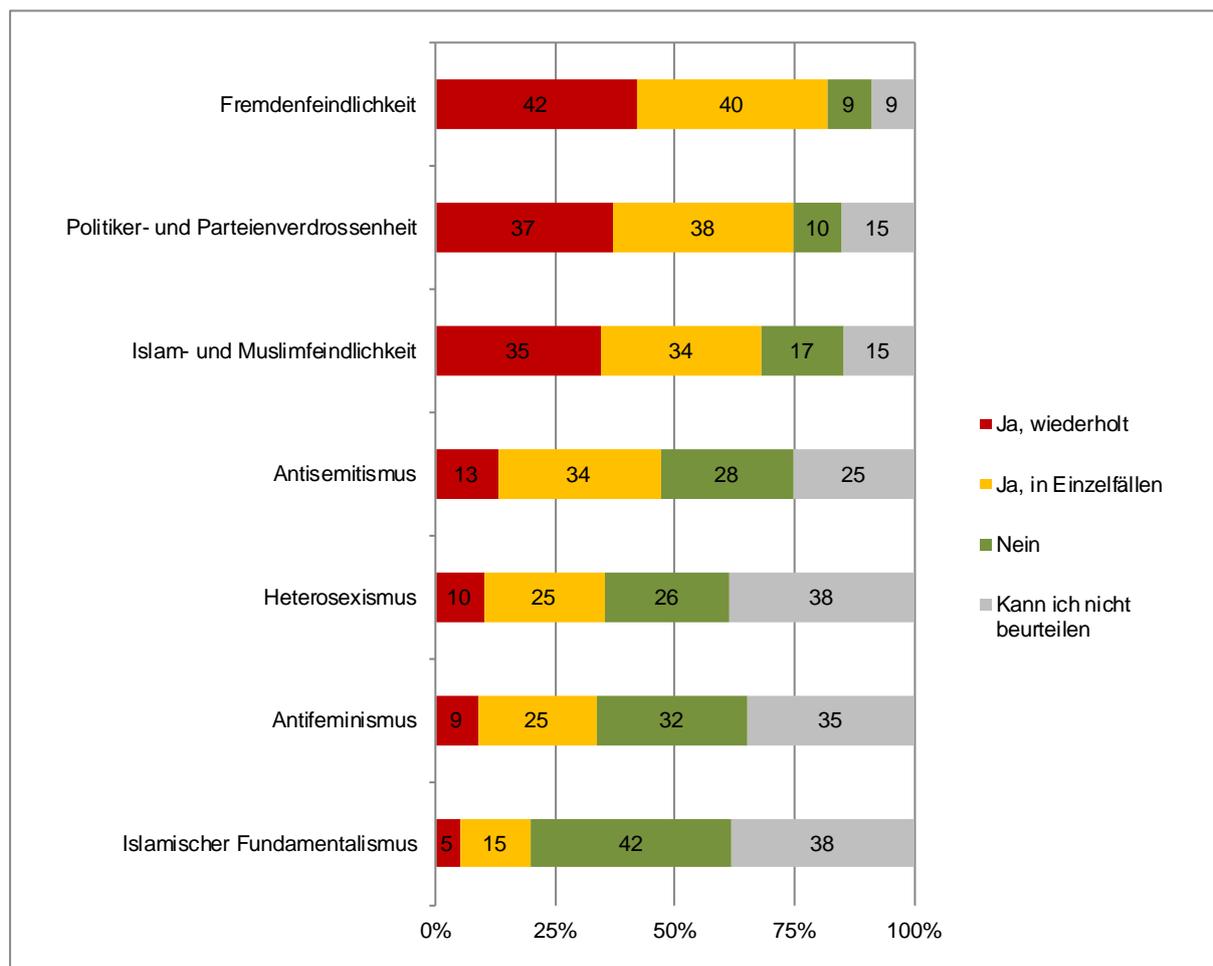
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten (n=221).

Fremdenfeindliche, islam- bzw. muslimfeindliche sowie politiker- und parteiverdrossene Diskurse prägen das lokale demokratiefeindliche Klima vor Ort.

Den Angaben der Koordinator/innen zufolge werden in 82 % der Förderregionen (217) vor allem fremdenfeindliche sowie islam- bzw. muslimfeindliche Diskurse (68 %, 181) öffentlich geführt und auch Politiker- bzw. Parteienverdrossenheit (75 %, 199) offensiv formuliert. Öffentlich geäußerte, antisemitische Positionen nehmen knapp die Hälfte der Koordinator/innen (47 %, 125) in ihren Förderregionen wahr.

154 Vgl. Tabelle 136 im Anhang.

Abbildung 34: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018¹⁵⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Fremdenfeindliche Diskurse wurden insbesondere aus Berlin zurückgemeldet (10 Koordinator/innen gaben „Ja, wiederholt“ an), in den neuen Bundesländern kommen solche offensiv, öffentlich vertretenen Positionen ebenfalls in anteilig mehr Förderregionen wiederholt vor (49 %, 46) als in den alten Bundesländern (35 %, 55). Auch Antisemitismus, Antifeminismus und Heterosexismus wurden als öffentlich vertretene Positionen aus einem größeren Anteil der Förderregionen Berlins gemeldet, die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern fielen demgegenüber gering aus. Im Gegensatz hierzu werden in einem größeren Anteil der alten Bundesländer islamisch fundamentalistische Haltungen öffentlich vertreten.¹⁵⁶

Um über die einzelnen Vorkommnisse hinaus auch abbilden zu können, wie die lokalen Gemeinwesen in den Fördergebieten von Seiten demokratischer sowie demokratiefeindlicher Akteur/innen geprägt sind, wurden ebenfalls Einschätzungen zu Akteursgruppen und ihrem Auftreten im öffentlichen Raum erhoben.

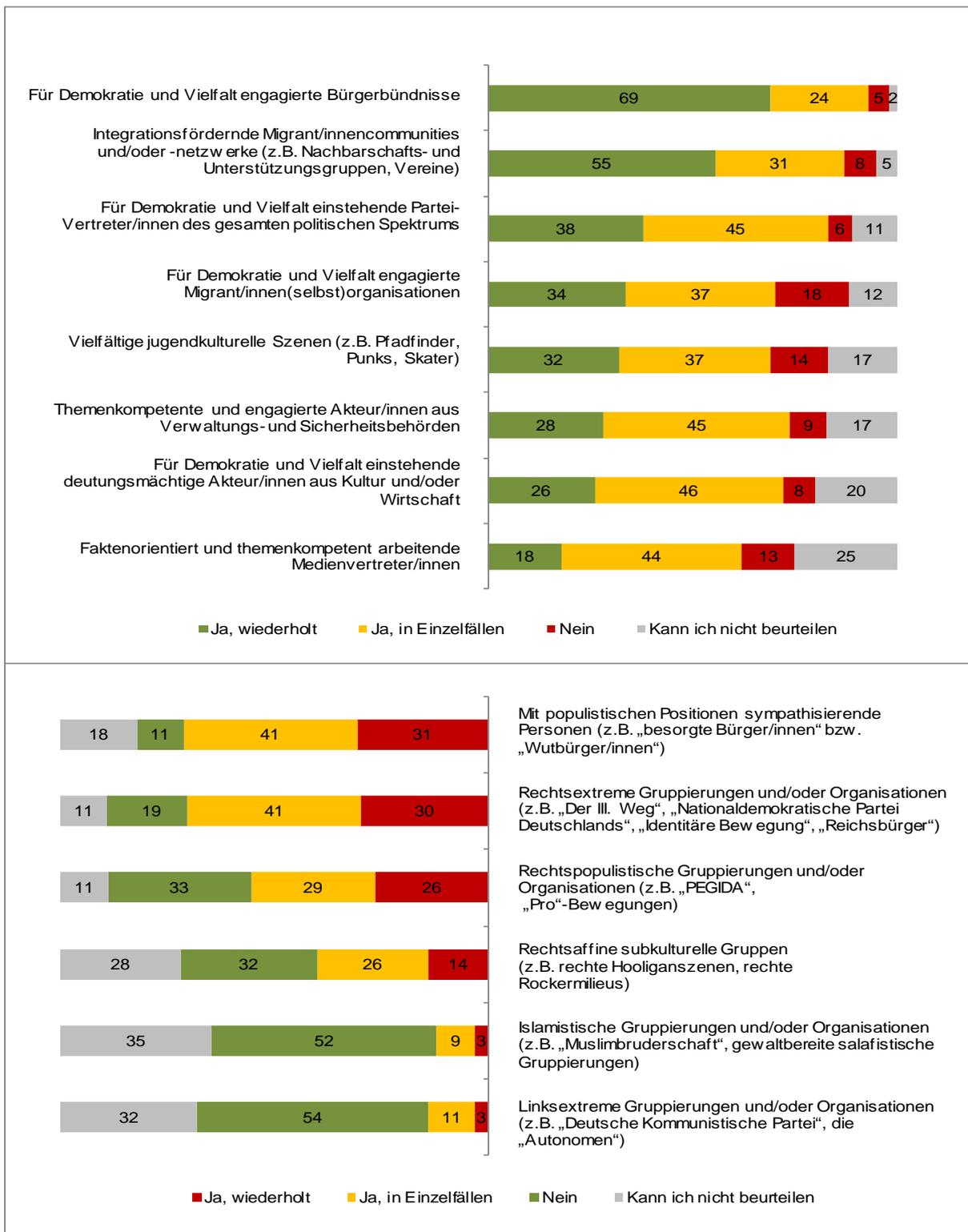
155 Vgl. Tabelle 137 im Anhang.

156 Vgl. Tabellen 138, 139 und 140 im Anhang.

In 71 % der Förderregionen sind rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen aktiv, sie sind die am häufigsten wiederholt auftretenden Akteur/innen vor Ort.

Nach Angaben der Koordinator/innen sind in 71 % der Förderregionen (187) rechtsextreme Organisationen und/oder Gruppierungen vertreten und auch öffentlich wahrnehmbar aktiv. Aus 30 % (79) der Partnerschaften wird von wiederholten Aktionen dieser Gruppierungen berichtet. Während Verantwortliche nahezu ebenso häufig (72 %, 190) zurückmelden, dass es aktive, mit populistischen Positionen sympathisierende Bürger/innen gibt, treten rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen in etwas mehr als der Hälfte der Standorte (56 %, 148) öffentlich wahrnehmbar handelnd auf. Wiederholtes, öffentliches Tätigwerden von islamistischen Gruppierungen und/oder Organisationen nehmen neun Koordinator/innen in ihren Partnerschaften wahr, in insgesamt 13 % (34) der Standorte sind diese Gruppierungen aktiv. Aktionen linksextremer Gruppierungen und rechtsaffiner Subkulturen werden von 14 % (37) der Förderregionen gemeldet.

Abbildung 35: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018¹⁵⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

157 Vgl. Tabellen 141 und 142 im Anhang.

Des Weiteren zeigt sich, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen sowie rechtsaffine subkulturelle Gruppen aus Landkreisen häufiger zurückgemeldet werden als aus Kommunen.¹⁵⁸ Ebenso werden rechtsextreme und rechtspopulistische Organisationen in den neuen Bundesländern häufiger als regelmäßig aktiv beschrieben als in den alten Bundesländern.¹⁵⁹

Die Koordinator/innen melden jedoch auch das Vorhandensein einer Vielzahl unterschiedlicher demokratisch tätiger Akteur/innen zurück. In nahezu allen (93 %, 247) Standorten gibt es aktive und in 69 % der Fördergebiete (184) wiederholt aktive Bürgerbündnisse. Für Demokratie und Vielfalt einsetzende Politiker/innen des gesamten politischen Spektrums werden aus 84 % (222) der Standorte benannt, in 38 % (102) der Fördergebiete werden sie auch wiederholt tätig. Themenkompetent und engagiert agierende Akteur/innen aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden nehmen 74 % der Koordinator/innen wahr. Zusammen mit weiteren Akteur/innen aus Kultur und/oder Wirtschaft sowie engagierten Migrant/innen(selbst)organisationen zeigt sich das Spektrum demokratisch engagierter Personen und Organisationen gut aufgestellt. Aktivitäten von faktenorientiert und themenkompetent arbeitenden Medienvertreter/innen sind für die Koordinator/innen wahrnehmbar, nämlich in 62 % (163) der Standorte.¹⁶⁰

Gezielte und insbesondere wiederholte Maßnahmen der Gegenrede auf die zahlreichen Vorfälle von Hate Speech im Netz werden nur aus wenigen Partnerschaften für Demokratie zurückgemeldet.

Auf der Handlungsebene zeigen die Antworten der Koordinator/innen, dass demokratiefeindliche Akteur/innen sowohl im Netz (75 %, 198) als auch räumlich dominant (71 %, 188) agieren. In etwa knapp der Hälfte der Partnerschaften (46 %, 122) finden Demonstrationen und Kundgebungen demokratiefeindlicher Akteur/innen statt, 41 Koordinator/innen berichten von wiederholten Veranstaltungen dieser Art. Wortergreifungen und Störungen auf Veranstaltungen melden 35 % der Koordinator/innen (94) zurück, allerdings sind dies weit häufiger singuläre als wiederholte Vorfälle. Eine gezielte Behinderung der Arbeit der Partnerschaft findet in 25 Standorten statt, 21 dieser Standorte werden seit den ersten zwei Interessenbekundungsverfahren gefördert.¹⁶¹ Bei der regionalen Verteilung dieser 21 Standorte zeigen sich keine Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern.¹⁶²

158 Vgl. Tabellen 143, 144 und 145 im Anhang.

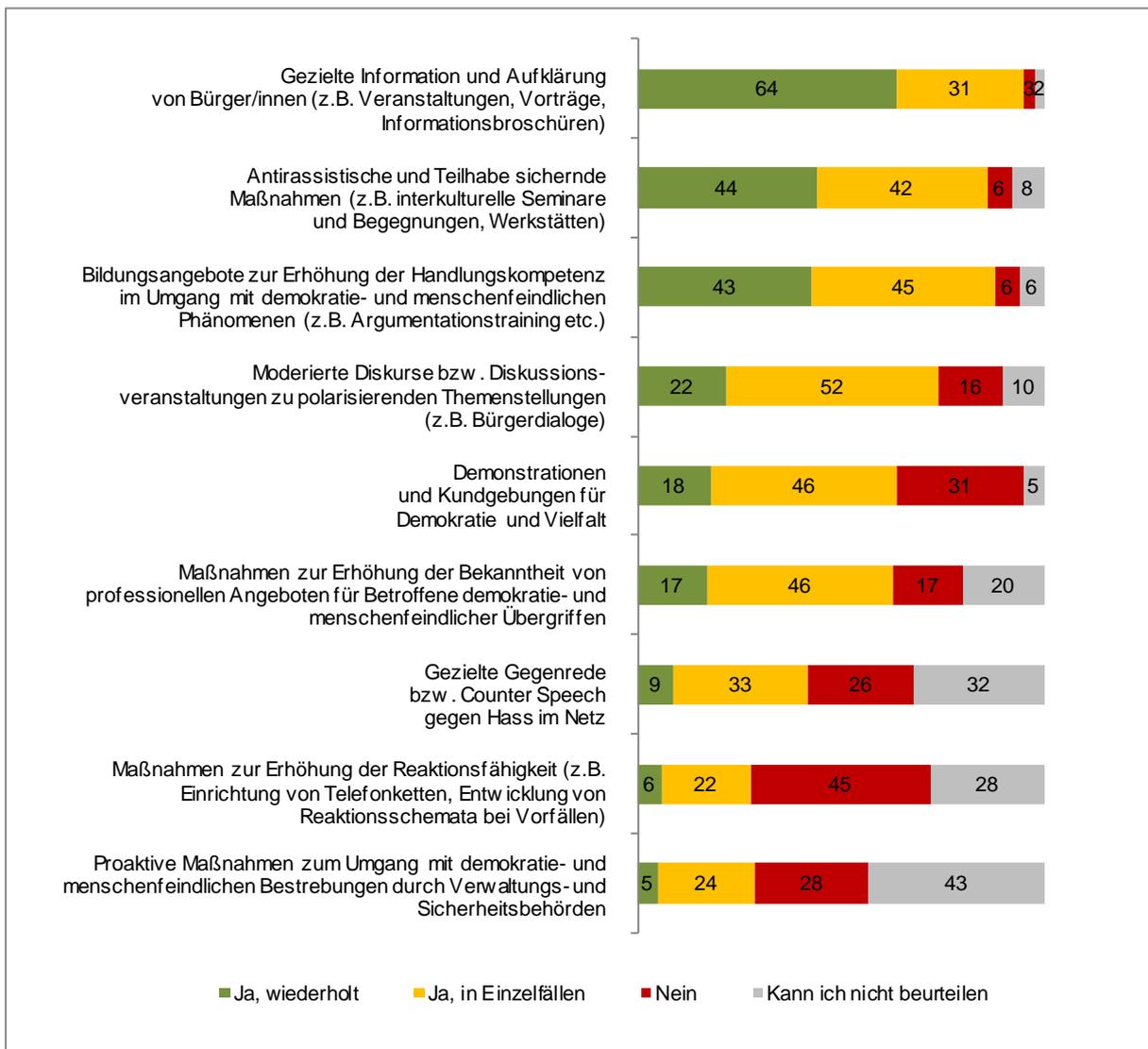
159 Vgl. Tabellen 146, 147 und 148 im Anhang. Die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie zwischen den Verwaltungseinheiten sind teilweise überlappend, da Partnerschaften in den neuen Bundesländern beispielsweise häufiger in Landkreisen angesiedelt sind als Partnerschaften in den alten Bundesländern. Dennoch zeigen sich auch unter Kontrolle der Verwaltungseinheit Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. So sind z. B. rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen in Landkreisen in den neuen Bundesländern aktiver als in Landkreisen in den alten Bundesländern. Vgl. Tabellen 149 und 150 im Anhang.

160 Vgl. Tabelle 142 im Anhang.

161 Vgl. Tabellen 151 und 152 im Anhang.

162 Vgl. Tabelle 153 im Anhang

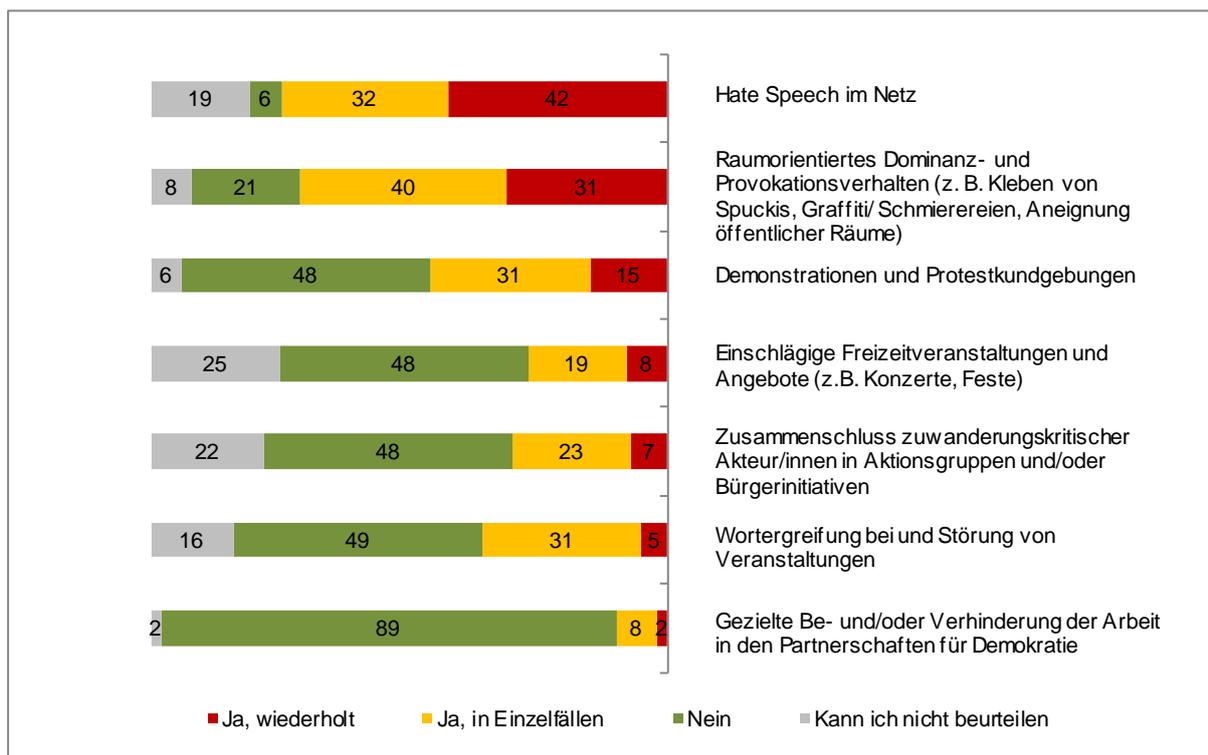
Abbildung 36: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018¹⁶³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

163 Vgl. Tabelle 154 im Anhang.

Abbildung 37: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018¹⁶⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Demokratische Akteur/innen klären demgegenüber wiederholt Bürger/innen auf (95 %, 252), führen antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen durch (86 %, 228) und unterbreiten Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit menschenfeindlichen Akteur/innen (88 %, 234). Demonstrationen und Kundgebungen sowie moderierte Diskurse zu polarisierenden Themenstellungen finden stattdessen eher als Einzelaktionen statt, werden aber von 64 % bzw. 74 % der Partnerschaften umgesetzt. In lediglich 42 % (111) der Partnerschaften finden Formen gezielter Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz statt, dabei handelt es sich zumeist (33 %, 88) um einzelne Interventionen, sodass nicht von einer systematischen Befassung mit Hate Speech im Netz ausgegangen werden kann. In 48 Standorten werden Demonstrationen und in 58 Fördergebieten Diskussionsveranstaltungen wiederholt durchgeführt. Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltung und Sicherheitsbehörden melden 29 % der Koordinator/innen, sie werden demnach in 78 Standorten umgesetzt. Wiederholte Aktionen werden regelmäßig häufiger aus Kommunen berichtet.¹⁶⁵

¹⁶⁴ Vgl. Tabelle 151 im Anhang.

¹⁶⁵ Vgl. Tabellen 155, 156 und 157 im Anhang.

Zivilgesellschaftliche Akteur/innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement fest.

Die Rückmeldungen der Koordinator/innen hinsichtlich der Rückwirkung demokratie- und menschenfeindlicher Vorkommnisse in ihren Förderregionen verweisen darauf, dass in den Partnerschaften auf vielfältige Weise reagiert wird. Zunächst wird deutlich, dass sich zivilgesellschaftliche Akteur/innen in der überwiegenden Mehrzahl der Standorte (90 %, 238) eher bzw. gar nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement festhalten. Lediglich in fünf Standorten verneinen Koordinator/innen eine solche Haltung durch die Zivilgesellschaft. Auf Vorfälle wird in 68 % der Standorte öffentlich z. B. durch zeitnahe Verurteilungen, Gegendemonstrationen oder zivilgesellschaftliche Gegenwehr reagiert (181). 77 % der Koordinator/innen schätzen ferner ein, dass relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über akute Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher informiert sind und diese ernst nehmen (203).

Dass auf kompetente Weise durch Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf Vorfälle reagiert wird, melden 75 % der Koordinator/innen (198) zurück, ebenso geben 58 % der Mitarbeiter/innen an, dass in ihren Fördergebieten Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft bei Vorfällen zusammenarbeiten (155).

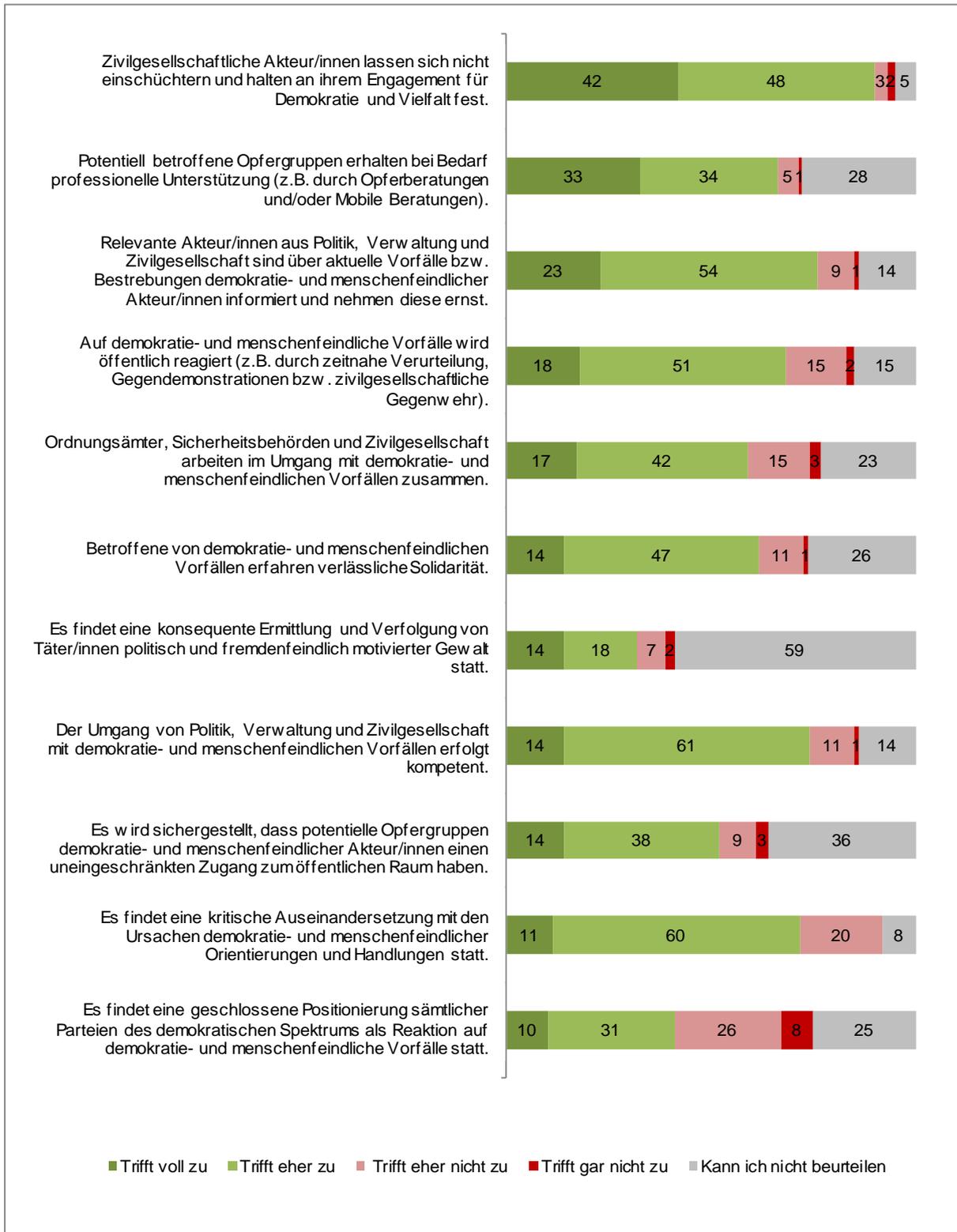
(Potentielle) Opfer erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (67 %, 177) und erfahren aus Sicht der Koordinator/innen Solidarität (62 %, 163).¹⁶⁶

Aus nahezu jeder fünften Partnerschaft für Demokratie melden Koordinator/innen unzureichende öffentliche Reaktionen auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle zurück.

Trotz dieser überwiegend positiven Rückmeldungen geben 34 % (91) der Koordinator/innen an, dass eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf Vorfälle in ihren Fördergebieten eher nicht bzw. gar nicht erfolgt. 21 % (55) schätzen ferner ein, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen eher nicht bzw. gar nicht stattfindet. 18 % (48) melden darüber hinaus zurück, dass eine zivilgesellschaftliche und staatliche Kooperation mit den Ordnungsämtern und Sicherheitsbehörden im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen eher nicht bzw. nicht erfolge, 17 % (45) geben an, dass auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle eher oder gar nicht öffentlich reagiert würde.

166 Vgl. Tabelle 158 im Anhang.

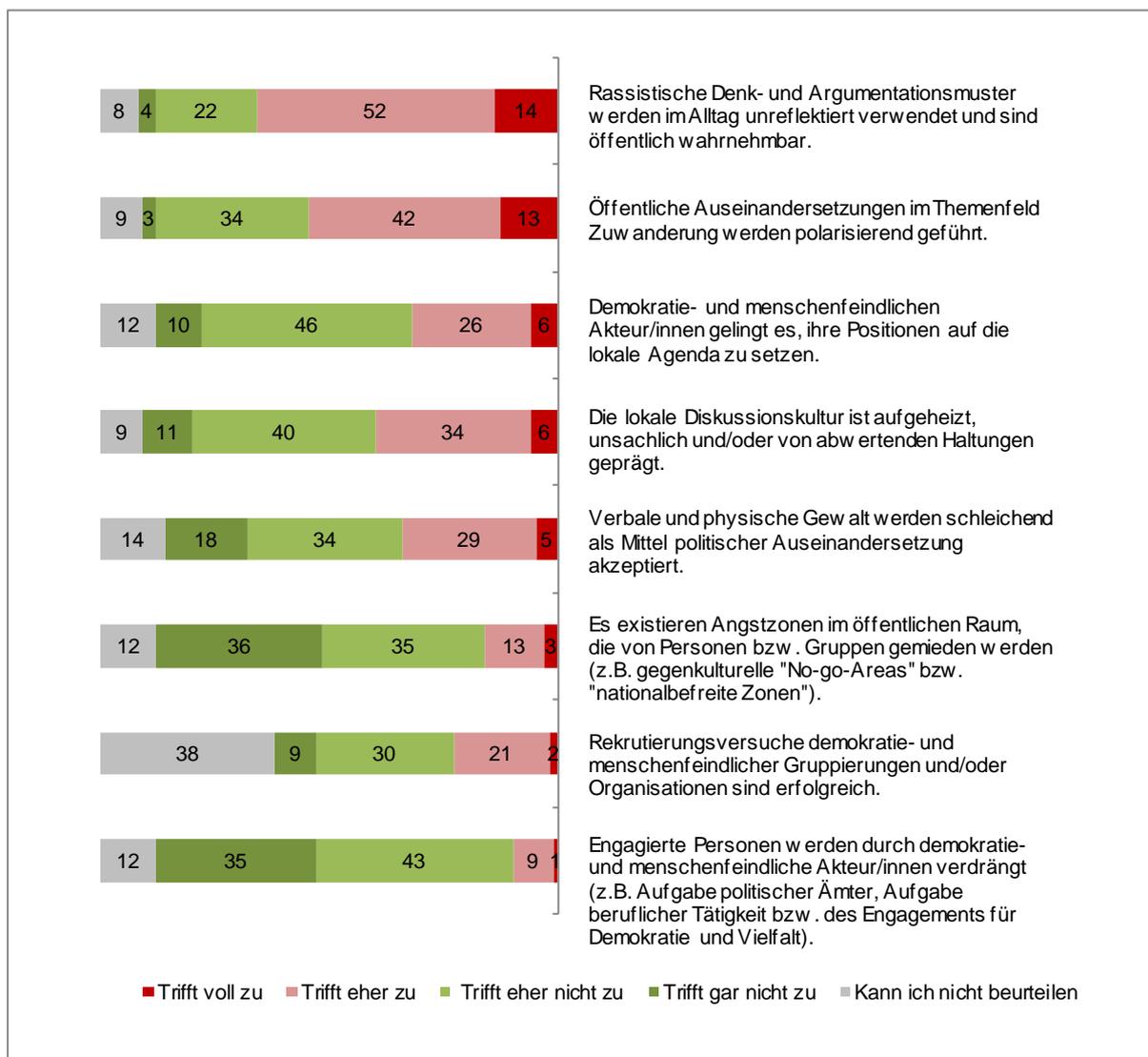
Abbildung 38: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018¹⁶⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

¹⁶⁷ Vgl. Tabellen 158 im Anhang.

Abbildung 39: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018¹⁶⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Es existieren Förderregionen, in denen rechtsextreme Akteur/innen spürbar das lokale Klima beeinflussen.

Der Aussage, dass Verdrängungseffekte durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen eintreten, stimmt eine Minderheit von 25 Koordinator/innen eher bzw. voll zu (10 %). In mehr als jedem fünften Standort (23 %, 60) werden Rekrutierungsversuche demokratiefeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen als eher bzw. voll zutreffend erfolgreich bewertet. Partnerschaften aus den neuen Bundesländern und in Berlin berichten dies anteilig häufiger als Partnerschaften aus den alten Bundesländern.¹⁶⁹ In 43 Partnerschaften (16 %) existieren Angstzonen. Damit wird deutlich, dass es unter den Partnerschaften auch Förderregionen gibt, in denen rechtsextreme Akteur/innen spürbar Einfluss auf das örtliche Klima nehmen. Zusätzlich hierzu berichten Koordinator/innen aus 86 Standorten (32 %),

¹⁶⁸ Vgl. Tabelle 159 im Anhang.

¹⁶⁹ Vgl. Tabellen 160, 161 und 162 im Anhang.

dass es demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelänge, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.

Eine polarisierend geführte öffentliche Auseinandersetzung um das Thema Zuwanderung melden Koordinator/innen aus etwas mehr als der Hälfte der Partnerschaften (55 %, 145) zurück, ebenso wird eine schleichende Akzeptanz verbaler und physischer Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen in 34 % der Standorte (91) wahrgenommen. Als am weitesten verbreitet schätzen die Koordinator/innen die unreflektierte öffentliche Verwendung alltagsrassistischer Argumentationsmuster ein (66 %, 175). In 52 % der Partnerschaften (137) trifft dieser Umstand eher und in 14 % (38) voll zu.

12 Anhang

12.1 Literatur

ISS-Frankfurt a.M./Camino (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

ISS-Frankfurt a.M./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

ISS-Frankfurt a.M. (2017): Strukturdatenband zum Dritten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017 – 31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

12.2 Tabellen

Tabelle 1: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	121	56 %	36	75 %	157	59 %
Neue Bundesländer	82	38 %	11	23 %	93	35 %
Berlin	14	6 %	1	2 %	15	6 %
Gesamt	217	100 %	48	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 2: Verwaltungsform der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	115	53 %	33	69 %	148	56 %
Landkreis	75	35 %	8	17 %	83	31 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	27	12 %	7	15 %	34	13 %
Gesamt	217	100 %	48	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 3: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	102	65 %	31	33 %	15	100 %	148	56 %
Landkreis	38	24 %	45	48 %	0	0 %	83	31 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	17	11 %	17	18 %	0	0 %	34	13 %
Gesamt	157	100 %	93	100 %	15	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 4: Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bei einem freien Träger	197	91 %	45	94 %	242	91 %
Im federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie	16	7 %	3	6 %	19	7 %
Sonderform	4	2 %	0	0 %	4	2 %
Gesamt	217	82 %	48	18 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 5: Verbindliche Planung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle

	Absolut	In Prozent
Ja	1	5 %
Nein	18	95 %
Gesamt	19	100 %

Quelle: Angaben der nicht extern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=19).

Tabelle 6: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	85	35 %
Bildungsträger	65	27 %
Träger der sozialen Arbeit	46	19 %
Träger der kulturellen Arbeit	14	6 %
Sonstiges	32	13 %
Gesamt	242	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=242).

Tabelle 7: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Eingetragener/gemeinnütziger Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband	123	51 %
Eingetragener/gemeinnütziger Verein mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband	45	19 %
Gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH)	34	14 %
Stiftung	15	6 %
Körperschaft öffentlichen Rechts	11	5 %
Sonstiges	14	6 %
Gesamt	242	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=242).

Tabelle 8: Ansiedlung des federführenden Amtes in Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle

	Absolut	In Prozent
Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen, z. B. Soziales/Familie)	91	38 %
Referat in einem anderen Amt	84	35 %
Beauftragte/r (z. B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)	21	9 %
Sonstiges	46	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=242).

Tabelle 9: Ansiedlung der nicht-externen Koordinierungs- und Fachstellen in den Verwaltungsstrukturen

	Absolut	In Prozent
Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabewahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen, z. B. Soziales/Familie)	11	58 %
Beauftragte/r (z. B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)	3	16 %
Referat in einem anderen Amt	2	11 %
Sonstiges	3	16 %
Gesamt	19	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit nicht-externer Ansiedlung (n=19).

Tabelle 10: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	1,7	0	5	1
Prozent eines Vollzeitäquivalents	79,2	0	220	100

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=261). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Honorarkräfte wurden hierbei in der Abfrage ausgeschlossen, es existieren jedoch Koordinierungs- und Fachstellen, die ausschließlich mit Honorarkräften besetzt sind. So ergeben sich in der hier dargestellten personellen Ausstattung Koordinierungs- und Fachstellen mit einer Personalanzahl und einem Stellenanteil von „0“.

Tabelle 11: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie (Anzahl der Personen)

	Anzahl	Mittelwert
Alte Bundesländer	154	1,8
Neue Bundesländer	92	1,4
Berlin	15	2,0
Gesamt	261	1,7

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=261). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

Tabelle 12: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie (Prozent eines Vollzeitäquivalents)

	Anzahl	Mittelwert
Alte Bundesländer	154	75,9
Neue Bundesländer	92	84,3
Berlin	15	82,4
Gesamt	261	79,2

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=261). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

Tabelle 13: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle

		Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	Im federführenden Amt	1,5	1	6	1
	In der KuF beim freien Träger	1,6	0	4	1
	Gesamt	3,1	1	8	2
Prozent eines Vollzeitäquivalents	Im federführenden Amt	52,2	10	150	50
	In der KuF beim freien Träger	77,5	0	150	100
	Gesamt	129,7	25	225	150

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=238). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die externe Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Honorarkräfte wurden hierbei in der Abfrage ausgeschlossen, es existieren jedoch Koordinierungs- und Fachstellen, die ausschließlich mit Honorarkräften besetzt sind. So ergeben sich in der hier dargestellten personellen Ausstattung Koordinierungs- und Fachstellen mit einer Personalanzahl und einem Stellenanteil von „0“.

Tabelle 14: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	2,3	1	5	2
Prozent eines Vollzeitäquivalents	104,5	50	220	100

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle (n=19).

Tabelle 15: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit sonstiger Ansiedlung

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	2,0	1	3	2
Prozent eines Vollzeitäquivalents	62,5	50	100	50

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit sonstiger Ansiedlung (n=4).

Tabelle 16: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern differenziert nach Verwaltungseinheit

	Halten Sie das Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle für die Umsetzung Ihrer Partnerschaft für Demokratie für ausreichend?							
	Ja		Nein		Keine Angabe		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	70	51 %	62	46 %	4	3 %	136	100 %
Landkreis	33	45 %	38	52 %	2	3 %	73	100 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	14	42 %	15	45 %	4	12 %	33	100 %
Gesamt	117	48 %	115	48 %	10	4 %	242	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=242).

Tabelle 17: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen im federführenden Amt

Halten Sie das Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle für die Umsetzung Ihrer Partnerschaft für Demokratie für ausreichend?							
Ja		Nein		Keine Angabe		Gesamt	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
112	42 %	84	32 %	69	26 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 18: Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bis zu einem Jahr	8	5 %	8	17 %	1	7 %	5	15 %	22	8 %
Bis zu zwei Jahren	22	13 %	5	11 %	2	13 %	26	79 %	55	21 %
Mehr als zwei bis zu vier Jahre	61	36 %	30	65 %	12	80 %	1	3 %	104	39 %
Vier Jahre oder mehr	77	45 %	2	4 %	0	0 %	1	3 %	80	30 %
Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt	3	2 %	1	2 %	0	0 %	0	0 %	4	2 %
Gesamt	171	100 %	46	100 %	15	100 %	33	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 19: Entscheidende Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie aufgrund von Personalwechseln in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent								
Ja	47	27 %	15	33 %	0	0 %	5	15 %	67	25 %
Nein	124	73 %	31	67 %	15	100 %	28	85 %	198	75 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 20: Konstituierung eines Begleitausschusses

Begleitausschuss bereits konstituiert		Begleitausschuss nicht konstituiert		Gesamt	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
265	100 %	0	0 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 21: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	18,6	5	84	4939	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	5,7	0	22	1502	30 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,6	0	20	1217	25 %
Davon staatliche/politische Akteur/innen	6,4	0	29	1687	34 %
Davon Wirtschaftsakteur/innen	0,3	0	5	67	1 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	1,0	0	4	257	5 %
Davon Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	0,8	0	30	209	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 22: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen (IBK 1-2)

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	19,0	8	84	4123	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	5,9	0	22	1270	31 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,7	0	20	1018	25 %
Davon staatliche/politische Akteur/innen	6,4	0	29	1396	34 %
Davon Wirtschaftsakteur/innen	0,3	0	5	59	1 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	1,0	0	4	208	5 %
Davon Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	0,8	0	30	172	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=217).

Tabelle 23: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen (IBK 3-4)

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	17,0	5	44	816	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,8	0	16	232	28 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,1	0	14	199	24 %
Davon staatliche/politische Akteur/innen	6,1	0	20	291	36 %
Davon Wirtschaftsakteur/innen	0,2	0	2	8	1 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	1,0	0	3	49	6 %
Davon Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	0,8	0	7	37	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=48).

Tabelle 24: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	256	97 %	5,7	0	22	1502
und zwar...						
Vereine/ähnliche Rechtsformen mit finanzieller Struktur (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe etc.)	230	87 %	3,1	0	20	814
Staatlich finanzierte Bildungs- und Hilfseinrichtungen (z. B. KiTas, VHS, Universitäten etc.)	103	39 %	0,6	0	6	169
Professionelle Zusammenschlüsse (z. B. AK Migration etc.)	101	38 %	0,6	0	8	170
Konfessionelle Strukturen	154	58 %	1,0	0	7	252
Stiftungen	27	10 %	0,1	0	2	32
Gewerkschaften	60	23 %	0,2	0	3	65

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 25: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	247	93%	4,6	0	20	1217
und zwar...						
Bürger/innen	119	45%	1,1	0	18	282
Bürgerbündnisse, Initiativen	134	51%	1,0	0	9	257
Vertreter/innen der Jugendforen	202	76%	1,4	0	9	365
(Kleine) Vereine ohne entlohntes Personal	108	41%	0,9	0	12	244
Konfessionell organisierte Strukturen	45	17%	0,3	0	4	69

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 26: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/politischer Akteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Staatliche/politische Akteur/innen	262	99 %	6,4	0	29	1687
und zwar...						
Verwaltung	251	95 %	3,3	0	28	877
Schulen	131	49 %	0,7	0	5	196
Polizei	102	38 %	0,4	0	3	111
Justiz	11	4 %	0,0	0	1	11
Parlamentsangehörige	102	38 %	1,3	0	10	345
Bürgermeister/in (auch ehrenamtliche Gemeindebürgermeister/in)	95	36 %	0,6	0	8	147

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 27: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich der Wirtschaftsakteur/innen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Wirtschaftsakteur/innen	46	17%	0,3	0	5	67
und zwar...						
Unternehmensvertreter/innen	31	12%	0,2	0	4	40
Wirtschaftliche Zusammenschlüsse	21	8%	0,1	0	2	27

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (N=265).

Tabelle 28: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	172	65%	1,0	0	4	257

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 29: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Akteur/innen aus sonstigen Bereichen

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	79	30%	0,8	0	30	209

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=265).

Tabelle 30: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen

	Absolut	In Prozent
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	208	78 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	105	40 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	85	32 %
Ausländerbeirat	78	29 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	54	20 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	41	15 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	30	11 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	29	11 %
LGBTI-(selbst)Organisation	19	7 %
Medien	16	6 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	14	5 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	1	0 %
Keine der genannten Akteursgruppen	23	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Tabelle 31: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen (IBK1-2)

	Absolut	In Prozent
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	173	80 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	86	40 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	70	32 %
Ausländerbeirat	66	30 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	46	21 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	33	15 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	24	11 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	22	10 %
LGBTI-(selbst)Organisation	18	8 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	12	6 %
Medien	11	5 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	1	0 %
Keine der genannten Akteursgruppen	16	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus dem ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahren (n=217). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Tabelle 32: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen (IBK 3-4)

	Absolut	In Prozent
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	35	73 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	19	40 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	15	31 %
Ausländerbeirat	12	25 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	8	17 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	8	17 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	7	15 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	6	13 %
Medien	5	10 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	2	4 %
LGBTI-(selbst)Organisation	1	2 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	0	0 %
Keine der genannten Akteursgruppen	7	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren (n=48). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Tabelle 33: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen

	Begleitausschüsse mit mindestens einem/r Vertreter/in der jeweiligen Personengruppe		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen der jeweiligen Personengruppe	Anteil der jeweiligen Personengruppe an der Gesamtanzahl der Begleitausschussmitglieder aller Partnerschaften für Demokratie
	Absolut	In Prozent		
Frauen	263	99 %	8,5	46 %
Jugendliche (bis 18 Jahre)	110	42 %	0,7	4 %
Junge Erwachsene (19 bis 27 Jahre)	177	67 %	1,2	6 %
Junge Menschen gesamt (unter 27 Jahren)	216	82 %	1,9	10 %
Senior/innen (ab 65 Jahren)	149	56 %	1,1	6 %
Ehrenamtlich engagierte Personen	232	88 %	6,5	35 %
Personen mit Beeinträchtigung/Behinderung	36	14 %	0,2	1 %
Personen mit Migrationshintergrund	168	63 %	1,9	10 %
Davon Asylsuchende/Geflüchtete	18	7 %	0,1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=265).

Tabelle 34: Vertretung verschiedener Parteien im Begleitausschuss

	Absolut	In Prozent
SPD	103	39 %
CDU/CSU	97	37 %
Grüne	74	28 %
DIE LINKE	54	20 %
Freie Wähler	37	14 %
FDP	33	12 %
AfD	6	2 %
Sonstige	26	10 %
Es arbeiten keine Vertreter/innen aus Parteien im Begleitausschuss mit.	136	51 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Es arbeiten keine Vertreter/innen aus Parteien im Begleitausschuss mit“.

Tabelle 35: Vorhandensein von Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind

Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
188	71 %	34	13 %	43	16 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 36: Vorhandensein von Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	157	72 %	31	65 %	188	71 %
Nein	31	14 %	3	6 %	34	13 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	29	13 %	14	29 %	43	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 37: Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind

	Absolut	In Prozent
Migrant/innen(selbst)organisationen	96	51 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	72	38 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	65	35 %
Wirtschaft	65	35 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	53	28 %
Schulen	51	27 %
LGBTI-(selbst)organisationen	46	24 %
Bürgerbündnisse	44	23 %
Religiöse Vereinigungen	40	21 %
Einzelne Bürger/innen	39	21 %
Wissenschaft	37	20 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	34	18 %
Feuerwehr	33	18 %
Sport	33	18 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	32	17 %
Polizei	31	16 %
Medien	29	15 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	29	15 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	23	12 %
Wohlfahrtsverbände	17	9 %
Ämter	11	6 %
Politik	10	5 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	5	3 %
Sonstige Bereiche	14	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die angegeben haben, dass es Akteur/innen gibt, die in ihrem Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht bzw. nicht ausreichend sind (n=188).

Tabelle 38: Anzahl der (vorgesehenen) Sitzungen im Begleitausschuss in den Förderjahren 2017 und 2018

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Im Jahr 2017	264	4,4	0	11
Im Jahr 2018	265	4,6	1	11

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 39: Engagement der Begleitausschüsse in verschiedenen Aufgabenreichen differenziert nach Förderperiode (Mittelwerte)

	IBK 1-2	IBK 3-4	Gesamt
Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	4,7	4,4	4,7
(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	3,7	3,4	3,6
Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	2,9	2,8	2,9
Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit (Beteiligung bei Veranstaltungen, Foren) zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevanten Themen	3,2	3,2	3,2
Vernetzung mit relevanten Akteuren vor Ort	3,7	3,5	3,7
Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	3,8	3,5	3,8
Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	3,4	3,1	3,4
Proaktive Erschließung (neuer) Akteure zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie	3,1	3,0	3,1

Quelle: Angaben der Koordinierenden Fachstellen 2018 (N=265). Mittelwerte: 1="kein Engagement" zu bis 5="hohes Engagement".

Tabelle 40: Engagement der Begleitausschüsse in verschiedenen Aufgabenbereichen

	Hohes Engagement		Eher hohes Engagement		Eher geringes Engagement		Geringes Engagement		Kein Engagement	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	183	69 %	73	28 %	8	3 %	1	0 %	0	0 %
(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	29	11 %	140	53 %	69	26 %	24	9 %	3	1 %
Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	13	5 %	66	25 %	87	33 %	72	27 %	27	10 %
Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit (Beteiligung bei Veranstaltungen, Foren) zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevanten Themen	17	6 %	94	35 %	96	36 %	52	20 %	6	2 %
Vernetzung mit relevanten Akteuren vor Ort	48	18 %	125	47 %	62	23 %	26	10 %	4	2 %
Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	54	20 %	125	47 %	66	25 %	15	6 %	5	2 %
Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	25	9 %	106	40 %	90	34 %	33	12 %	11	4 %
Proaktive Erschließung (neuer) Akteure zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie	12	5 %	70	26 %	117	44 %	53	20 %	13	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 41: Budget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2018

	Mittelwert	Minimum	Maximum
Gesamtbudget	112.981 €	65.000 €	330.000 €
Budget für die externe Koordinierungs- und Fachstelle insgesamt	45.439 €	17.500 €	80.000 €
Budget des Aktions- und Initiativfonds insgesamt	50.381 €	20.000 €	162.485 €
Budgets des Jugendfonds insgesamt	8.600 €	5.000 €	40.000 €
Budget für Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit insgesamt	9.818 €	5.000 €	30.000 €
Sonstige Budgets/nicht zugewiesene Mittel	2.188 €	0 €	240.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Mittel für die externe Koordinierungs- und Fachstelle wurden nur für Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle angegeben (n=242).

Tabelle 42: Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2018

	Absolut	In Prozent
unter 105.000 €	56	21 %
105.000 €	43	16 %
zwischen 105.000 € und 110.000 €	7	3 %
110.000 €	83	31 %
mehr als 110.000 €	76	29 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 43: Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	157	109.234 €	65.000 €	330.000 €
Neue Bundesländer	93	120.273 €	75.000 €	230.000 €
Berlin	15	107.000 €	90.000 €	130.000 €
Gesamt	265	112.981 €	65.000 €	330.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 44: Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Kommune	148	112.167 €	65.000 €	330.000 €
Landkreis	83	115.882 €	80.000 €	230.000 €
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	34	109.448 €	90.000 €	140.000 €
Gesamt	265	112.981 €	65.000 €	330.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 45: Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit und regionaler Verortung

		n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	Kommune	102	109.811 €	65.000 €	330.000 €
	Landkreis	38	107.368 €	85.000 €	130.000 €
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	17	109.941 €	100.000 €	140.000 €
Neue Bundesländer	Kommune	31	122.418 €	75.000 €	200.000 €
	Landkreis	45	123.071 €	80.000 €	230.000 €
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	17	108.954 €	90.000 €	125.000 €
Berlin		15	107.000 €	90.000 €	130.000 €
Gesamt		265	112.981 €	65.000 €	330.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 46: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“

	Absolut	In Prozent
Trifft voll zu	120	45 %
Trifft eher zu	75	28 %
Teils/teils	39	15 %
Trifft eher nicht zu	20	8 %
Trifft gar nicht zu	4	2 %
Kann ich nicht beurteilen	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 47: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“ differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft voll zu	102	47 %	18	38 %	120	45 %
Trifft eher zu	60	28 %	15	31 %	75	28 %
Teils/teils	30	14 %	9	19 %	39	15 %
Trifft eher nicht zu	17	8 %	3	6 %	20	8 %
Trifft gar nicht zu	3	1 %	1	2 %	4	2 %
Kann ich nicht beurteilen	5	2 %	2	4 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 48: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“ differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft voll zu	79	53 %	26	31 %	15	44 %	120	45 %
Trifft eher zu	42	28 %	27	33 %	6	18 %	75	28 %
Teils/teils	16	11 %	17	20 %	6	18 %	39	15 %
Trifft eher nicht zu	6	4 %	8	10 %	6	18 %	20	8 %
Trifft gar nicht zu	1	1 %	2	2 %	1	3 %	4	2 %
Kann ich nicht beurteilen	4	3 %	3	4 %	0	0 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 49: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“ differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft voll zu	79	50 %	31	33 %	10	67 %	120	45 %
Trifft eher zu	40	25 %	31	33 %	4	27 %	75	28 %
Teils/teils	23	15 %	16	17 %	0	0 %	39	15 %
Trifft eher nicht zu	9	6 %	10	11 %	1	7 %	20	8 %
Trifft gar nicht zu	2	1 %	2	2 %	0	0 %	4	2 %
Kann ich nicht beurteilen	4	3 %	3	3 %	0	0 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 50: Infrastrukturelle Voraussetzungen: „In unserer Förderregion...“

		Absolut	In Prozent
...gibt es muslimische Gemeinden	Ja	178	67 %
	Nein	87	33 %
...gibt es Migrant/innen-(selbst)organisationen	Ja	185	70 %
	Nein	80	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 51: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach regionaler Verortung: „In unserer Förderregion...“ („Ja“-Anteile)

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...gibt es muslimische Gemeinden	137	87 %	34	37 %	7	47 %	178	67%
...gibt es Migrant/innen(selbst)organisationen	121	77 %	52	56 %	12	80 %	185	70%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 52: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach Verwaltungseinheit: „In unserer Förderregion...“ („Ja“-Anteile)

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaft		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...gibt es muslimische Gemeinden	121	82 %	42	51 %	15	44 %	178	67 %
...gibt es Migrant/innen-(selbst)organisationen	123	83 %	47	57 %	15	44 %	185	70 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 53: Wahrgenommener Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements seit dem Jahr 2017 differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	44	20 %	9	19 %	53	20 %
Nein	173	80 %	39	81 %	212	80 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 54: Wahrgenommener Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements seit dem Jahr 2017 differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	26	17 %	26	28 %	1	7 %	53	20 %
Nein	131	83 %	67	72 %	14	93 %	212	80 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 55: Zusammenarbeit mit ausgewählten Landesstrukturen und anderen (Programm)Akteur/innen

	Ausschließlich informeller (persönlicher, elektronischer) Informationsaustausch		Formalisierter/ institutionalisierter Informationsaustausch/ Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen, Gremien, Netzwerken		Gemeinsame Durchführung von Maßnahmen/ Veranstaltungen/ Projekten		Keine Zusammenarbeit im Jahr 2018 (vorgeesehen)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region	109	41 %	121	46 %	96	36 %	22	8 %
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	134	51 %	97	37 %	24	9 %	55	21 %
Landeskoordinator/in der Demokratiezentren/Beratungsnetzwerke	87	33 %	133	50 %	44	17 %	48	18 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 56: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	65	41 %	61	66 %	5	33 %	131	49 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	69	44 %	18	19 %	10	67 %	97	37 %
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	10	6 %	9	10 %	0	0 %	19	7 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten	4	3 %	2	2 %	0	0 %	6	2 %
Kann ich nicht beurteilen	9	6 %	3	3 %	0	0 %	12	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 57: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	106	49 %	25	52 %	131	49 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	81	37 %	16	33 %	97	37 %
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	17	8 %	2	4 %	19	7 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten	5	2 %	1	2 %	6	2 %
Kann ich nicht beurteilen	8	4 %	4	8 %	12	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 58: Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der integrierten Handlungsstrategien im Jahr 2018

	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	236	89 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	157	59 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	153	58 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	143	54 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	96	36 %
Diversity Mainstreaming	86	32 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	82	31 %
Homo- und Transfeindlichkeit	56	21 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	56	21 %
Gender Mainstreaming	54	20 %
Antiziganismus	46	17 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	45	17 %
Linke Militanz	6	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 59: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach prioritären Handlungsbedarfen (Spaltenprozente)

Handlungsbedarfe:		Prävention von Radikalisierung und Gewalt (n=19)	Demokratieförderung (n=131)	Förderung der Anerkennungsgesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt (n=97)	Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten (n=6)	Kann ich nicht beurteilen (n=12)
Wenn oben genannte Handlungsbedarfe identifiziert werden, werden die folgenden Arbeitsschwerpunkte benannt:						
Aktuelle Formen des Antisemitismus	Absolut	7	35	31	4	5
	In Prozent	37 %	27 %	32 %	67 %	42 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	Absolut	7	34	51	2	2
	In Prozent	37 %	26 %	53 %	33 %	17 %
Antiziganismus	Absolut	5	17	17	3	4
	In Prozent	26 %	13 %	18 %	50 %	33 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	3	26	22	3	2
	In Prozent	16 %	20 %	23 %	50 %	17 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	Absolut	11	94	39	2	7
	In Prozent	58 %	72 %	40 %	33 %	58 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	Absolut	12	77	53	5	10
	In Prozent	63 %	59 %	55 %	83 %	83 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	4	17	21	1	2
	In Prozent	21 %	13 %	22 %	17 %	17 %
Linke Militanz	Absolut	1	2	3	0	0
	In Prozent	5 %	2 %	3 %	0 %	0 %

Fortsetzung nächste Seite

Handlungsbedarfe:		Prävention von Radikalisierung und Gewalt (n=19)	Demokratieförderung (n=131)	Förderung der Anerkennungsgesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt (n=97)	Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten (n=6)	Kann ich nicht beurteilen (n=12)
Wenn oben genannte Handlungsbedarfe identifiziert werden, werden die folgenden Arbeitsschwerpunkte benannt:						
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	Absolut	6	68	57	4	8
	In Prozent	32 %	52 %	59 %	67 %	67 %
Demokratieförderung	Absolut	16	122	80	6	12
	In Prozent	84 %	93 %	82 %	100 %	100 %
Gender Mainstreaming	Absolut	4	25	21	2	2
	In Prozent	21 %	19 %	22 %	33 %	17 %
Diversity Mainstreaming	Absolut	5	36	41	2	2
	In Prozent	26 %	27 %	42 %	33 %	17 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	Absolut	5	28	20	1	2
	In Prozent	26 %	21 %	21 %	17 %	17 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Bei den Arbeitsschwerpunkten sind Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 60: Anzahl der von den Partnerschaften für Demokratie benannten Arbeitsschwerpunkte

	Absolut	In Prozent
1	8	3 %
2	32	12 %
3	55	21 %
4	57	22 %
5	41	15 %
6	31	12 %
7	9	3 %
8	10	4 %
9	10	4 %
10	7	3 %
11	3	1 %
12	2	1 %
Gesamt	265	100 %
Mittelwert: 4,6		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 61: Anzahl der von den Partnerschaften für Demokratie benannten Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Förderperiode

	Anzahl	Mittelwert
1. IBK	171	4,5
2. IBK	46	4,7
3. IBK	15	4,9
4. IBK	33	4,9
Gesamt	265	4,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 62: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	55	35 %	21	23 %	6	40 %	82	31 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	66	42 %	23	25 %	7	47 %	96	36 %
Antiziganismus	30	19 %	7	8 %	9	60 %	46	17 %
Homo- und Transfeindlichkeit	30	19 %	21	23 %	5	33 %	56	21 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	79	50 %	73	78 %	1	7 %	153	58 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	93	59 %	58	62 %	6	40 %	157	59 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	39	25 %	5	5 %	1	7 %	45	17 %
Linke Militanz	3	2 %	3	3 %	0	0 %	6	2 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	84	54 %	49	53 %	10	67 %	143	54 %
Demokratieförderung	139	89 %	83	89 %	14	93 %	236	89 %
Gender Mainstreaming	30	19 %	20	22 %	4	27 %	54	20 %
Diversity Mainstreaming	49	31 %	28	30 %	9	60 %	86	32 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	32	20 %	23	25 %	1	7 %	56	21 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 63: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	66	30 %	16	33 %	82	31 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	78	36 %	18	38 %	96	36 %
Antiziganismus	38	18 %	8	17 %	46	17 %
Homo- und Transfeindlichkeit	47	22 %	9	19 %	56	21 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	121	56 %	32	67 %	153	58 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	129	59 %	28	58 %	157	59 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	37	17 %	8	17 %	45	17 %
Linke Militanz	5	2 %	1	2 %	6	2 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	115	53 %	28	58 %	143	54 %
Demokratieförderung	194	89 %	42	88 %	236	89 %
Gender Mainstreaming	42	19 %	12	25 %	54	20 %
Diversity Mainstreaming	70	32 %	16	33 %	86	32 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	38	18 %	18	38 %	56	21 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 64: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen

	Absolut	In Prozent
Jugendliche	252	95 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. Bürgerbündnisse, Bürger/Innen etc.)	233	88 %
Erwachsene	205	77 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	195	74 %
Menschen mit Migrationshintergrund	192	72 %
Kinder	165	62 %
Asylsuchende/Geflüchtete	159	60 %
Staatliche Akteure (z. B. Verwaltung, Polizei etc.)	124	47 %
Senior/innen	98	37 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	78	29 %
LGBTI-Personen	67	25 %
Wirtschaftsakteure (z. B. Unternehmen)	44	17 %
Sonstige	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 65: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Jugendliche	152	97 %	88	95 %	12	80 %	252	95 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.)	137	87 %	81	87 %	15	100 %	233	88 %
Erwachsene	121	77 %	75	81 %	9	60 %	205	77 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	116	74 %	65	70 %	14	93 %	195	74 %
Menschen mit Migrationshintergrund	123	78 %	58	62 %	11	73 %	192	72 %
Kinder	91	58 %	68	73 %	6	40 %	165	62 %
Asylsuchende/Geflüchtete	101	64 %	49	53 %	9	60 %	159	60 %
Staatliche Akteure (z. B. Verwaltung, Polizei etc.)	73	46 %	44	47 %	7	47 %	124	47 %
Senior/innen	53	34 %	43	46 %	2	13 %	98	37 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	46	29 %	30	32 %	2	13 %	78	29 %
LGBTI-Personen	39	25 %	23	25 %	5	33 %	67	25 %
Wirtschaftsakteure (z. B. Unternehmen)	23	15 %	21	23 %	0	0 %	44	17 %
Sonstige	9	6 %	5	5 %	0	0 %	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 66: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Jugendliche	137	93 %	81	98 %	34	100 %	252	95 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.)	130	88 %	72	87 %	31	91 %	233	88 %
Erwachsene	115	78 %	61	73 %	29	85 %	205	77 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	110	74 %	60	72 %	25	74 %	195	74 %
Menschen mit Migrationshintergrund	118	80 %	48	58 %	26	76 %	192	72 %
Kinder	86	58 %	53	64 %	26	76 %	165	62 %
Asylsuchende/Geflüchtete	95	64 %	43	52 %	21	62 %	159	60 %
Staatliche Akteure (z. B. Verwaltung, Polizei etc.)	73	49 %	35	42 %	16	47 %	124	47 %
Senior/innen	54	36 %	25	30 %	19	56 %	98	37 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	47	32 %	16	19 %	15	44 %	78	29 %
LGBTI-Personen	46	31 %	13	16 %	8	24 %	67	25 %
Wirtschaftsakteure (z. B. Unternehmen)	19	13 %	15	18 %	10	29 %	44	17 %
Sonstige	10	7 %	3	4 %	1	3 %	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 67: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen

	(Eher) gut		(Eher) schlecht	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.) (n=195)	184	94 %	11	6 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z. B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.) (n=233)	210	90 %	23	10 %
Staatliche Akteur/innen (z. B. Verwaltung, Polizei etc.) (n=124)	83	67 %	41	33 %
Wirtschaftsakteur/innen (z. B. Unternehmen) (n=44)	7	16 %	37	84 %
Kinder (n=165)	128	78 %	37	22 %
Jugendliche (n=252)	209	83 %	43	17 %
Erwachsene (n=205)	176	86 %	29	14 %
Senior/innen (n=98)	42	43 %	56	57 %
Menschen mit Migrationshintergrund (n=192)	130	68 %	62	32 %
Asylsuchende/Geflüchtete (n=159)	107	67 %	52	33 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung (n=78)	21	27 %	57	73 %
LGBTI-Personen (n=67)	28	42 %	39	58 %
Sonstige (n=14)	9	64 %	5	36 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 68: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Förderperiode: Häufigkeit/Anteil der „(eher) gut“-Nennungen

	IBK 1-2		IBK 3-4	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.) (n=195)	151	95 %	33	92 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z. B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.) (n=233)	177	92 %	33	83 %
Staatliche Akteur/innen (z. B. Verwaltung, Polizei etc.) (n=124)	65	68 %	18	64 %
Wirtschaftsakteur/innen (z. B. Unternehmen) (n=44)	4	12 %	3	30 %
Kinder (n=165)	109	80 %	19	66 %
Jugendliche (n=252)	177	86 %	32	71 %
Erwachsene (n=205)	145	85 %	31	89 %
Senior/innen (n=98)	35	44 %	7	37 %
Menschen mit Migrationshintergrund (n=192)	110	69 %	20	61 %
Asylsuchende/Geflüchtete (n=159)	89	66 %	18	72 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung (n=78)	16	28 %	5	25 %
LGBTI-Personen (n=67)	24	43 %	4	36 %
Sonstige (n=14)	8	67 %	1	50 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 69: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2017 differenziert nach Schwerpunkten

	Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen in diesem Themenfeld umsetzen		Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Minimum	Maximum	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
	Anzahl	In Prozent					
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt	262	99 %	20,4	0	81	5413	100 %
Demokratieförderung	237	89 %	5,9	0	38	1555	29 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	205	77 %	3,6	0	28	955	18 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	141	53 %	1,8	0	19	464	9 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	137	52 %	3,6	0	30	951	18 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	83	31 %	0,6	0	6	148	3 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	76	29 %	0,5	0	8	143	3 %
Diversity Mainstreaming	63	24 %	0,6	0	8	159	3 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	62	23 %	0,4	0	7	106	2 %
Gender Mainstreaming	49	18 %	0,2	0	5	64	1 %
Homo- und Transfeindlichkeit	42	16 %	0,3	0	20	80	1 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	32	12 %	0,4	0	50	98	2 %
Antiziganismus	26	10 %	0,1	0	3	35	1 %
Linke Militanz	2	1 %	0,0	0	1	2	0 %
Sonstiges	112	42 %	2,5	0	43	653	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265)

Tabelle 70: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2017 differenziert nach Finanzierungsquelle

	Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen aus diesen Mitteln umsetzen		Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Minimum	Maximum	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
	Absolut	In Prozent					
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt	262	99 %	20,4	0	81	5413	100 %
Davon aus Mitteln des Bundesprogramms	262	99 %	19,0	0	81	5022	93 %
Davon aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds	261	98 %	14,3	0	69	3786	70 %
Davon aus den Mitteln des Jugendfonds	216	82 %	3,4	0	30	892	16 %
Davon aus den Mitteln des Fonds für die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching	136	51 %	1,3	0	9	344	6 %
Davon aus sonstigen Mitteln	73	28 %	1,5	0	27	391	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265)

Tabelle 71: Zielgruppen der im Jahr 2017 geförderten Projekte/Initiativen

	Anzahl	In Prozent
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	218	83 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	214	82 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z. B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden, etc.)	214	82 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	213	81 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	212	81 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	208	79 %
Geflüchtete/Asylsuchende	204	78 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit, etc.)	195	74 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	193	74 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	170	65 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	151	58 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	141	54 %
Staatliche Akteure (z. B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	104	40 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	89	34 %
Menschen mit Behinderung	78	30 %
Kinder in Kindertagesstätten	49	19 %
Sonstiges	3	1 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 72: Antragstellende der im Jahr 2017 geförderten Projekte/Initiativen

	Absolut	In Prozent
Freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe	179	68 %
Schulvereine/Fördervereine von Schulen	153	58 %
Sonstige Vereine (Tourismusvereine, Kulturvereine etc.)	148	56 %
Bürgerbündnisse, -initiativen zu programmrelevanten Themen	116	44 %
Jugendverbände	113	43 %
Bildungs-/Qualifizierungsträger	111	42 %
Einzelpersonen oder Gruppen ohne Vereinsstatus	96	37 %
Sportvereine/Sportverbände	96	37 %
Kulturelle Einrichtungen (Museen, Theater usw.)	85	32 %
Christliche Gemeinschaften	83	32 %

Migrant/innen(selbst)organisationen	79	30 %
Netzwerke	76	29 %
Wohlfahrtsverband	70	27 %
Träger der kulturellen Jugendbildung (Kunstwerkstätten, Jugendkunstschulen u.ä.)	49	19 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	34	13 %
LGBTI-(Selbst-)Organisationen	30	11 %
Asylsuchende/Geflüchtete und/oder deren Selbstvertretungen	29	11 %
Schulen	29	11 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	27	10 %
Muslimische Gemeinschaften	25	10 %
Kindertagesstätten	24	9 %
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste, Katastrophenschutz (Freiw. Feuerwehr, THW, usw.)	22	8 %
Stiftungen	20	8 %
Gewerkschaften	12	5 %
Jüdische Gemeinschaften	11	4 %
Wirtschaftsverband	1	0 %
Sonstige	13	5 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 73: Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds

	Absolut	In Prozent
Ja, wir fördern ausschließlich Projekte mit hoher finanzieller Ausstattung (sogenannte Leuchtturmprojekte).	3	1 %
Ja, wir fördern viele Projekte/Initiativen mit einer geringen finanziellen Ausstattung.	46	18 %
Ja, wir fördern eine begrenzte Anzahl an Leuchtturmprojekten sowie Projekte/Initiativen mit geringer finanzieller Ausstattung.	56	21 %
Ja, wir haben uns für eine andere als die zuvor genannten Förderlogiken entschieden.	34	13 %
Nein	105	40 %
Kann ich nicht beurteilen	17	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die Projekte/Initiativen durch den Aktions- und Initiativfonds umgesetzt haben (n=261).

Tabelle 74: Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wir fördern ausschließlich Projekte mit hoher finanzieller Ausstattung (sogenannte Leuchtturmprojekte).	3	1 %	0	0 %	3	1 %
Ja, wir fördern viele Projekte/Initiativen mit einer geringen finanziellen Ausstattung.	42	19 %	4	9 %	46	18 %
Ja, wir fördern eine begrenzte Anzahl an Leuchtturmprojekten sowie Projekte/Initiativen mit geringer finanzieller Ausstattung.	46	21 %	10	22 %	56	21 %
Ja, wir haben uns für eine andere als die zuvor genannten Förderlogiken entschieden.	31	14 %	3	7 %	34	13 %
Nein	83	38 %	22	49 %	105	40 %
Kann ich nicht beurteilen	11	5 %	6	13 %	17	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die Projekte/Initiativen durch den Aktions- und Initiativfonds umgesetzt haben (n=261).

Tabelle 75: Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wir fördern ausschließlich Projekte mit hoher finanzieller Ausstattung (sogenannte Leuchtturmprojekte).	3	2 %	0	0 %	0	0 %	3	1 %
Ja, wir fördern viele Projekte/Initiativen mit einer geringen finanziellen Ausstattung.	27	19 %	12	15 %	7	21 %	46	18 %
Ja, wir fördern eine begrenzte Anzahl an Leuchtturmprojekten sowie Projekte/Initiativen mit geringer finanzieller Ausstattung.	35	24 %	18	22 %	3	9 %	56	21 %
Ja, wir haben uns für eine andere als die zuvor genannten Förderlogiken entschieden.	17	12 %	10	12 %	7	21 %	34	13 %
Nein	51	35 %	39	48 %	15	44 %	105	40 %
Kann ich nicht beurteilen	12	8 %	3	4 %	2	6 %	17	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die Projekte/Initiativen durch den Aktions- und Initiativfonds umgesetzt haben (n=261).

Tabelle 76: Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wir fördern ausschließlich Projekte mit hoher finanzieller Ausstattung (sogenannte Leuchtturmprojekte).	2	1 %	1	1 %	0	0 %	3	1 %
Ja, wir fördern viele Projekte/Initiativen mit einer geringen finanziellen Ausstattung.	25	16 %	17	18 %	4	27 %	46	18 %
Ja, wir fördern eine begrenzte Anzahl an Leuchtturmprojekten sowie Projekte/Initiativen mit geringer finanzieller Ausstattung.	28	18 %	23	25 %	5	33 %	56	21 %
Ja, wir haben uns für eine andere als die zuvor genannten Förderlogiken entschieden.	20	13 %	11	12 %	3	20 %	34	13 %
Nein	67	44 %	37	40 %	1	7 %	105	40 %
Kann ich nicht beurteilen	11	7 %	4	4 %	2	13 %	17	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die Projekte/Initiativen durch den Aktions- und Initiativfonds umgesetzt haben (n=261).

Tabelle 77: Mittelverausgabung für den Aktions- und Initiativfonds: „Haben Sie im Jahr 2017 mehr als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit verausgabt?“

	Absolut	In Prozent
Ja	213	80 %
Nein	52	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 78: Mittelverausgabung für den Aktions- und Initiativfonds: „Haben Sie im Jahr 2017 mehr als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit verausgabt?“ differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	121	82 %	63	76 %	29	85 %	213	80 %
Nein	27	18 %	20	24 %	5	15 %	52	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 79: Mittelverausgabung für den Aktions- und Initiativfonds: „Haben Sie im Jahr 2017 mehr als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit verausgabt?“ differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent								
Ja	150	88 %	39	85 %	13	87 %	11	33 %	213	80 %
Nein	21	12 %	7	15 %	2	13 %	22	67 %	52	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 80: Gründe, weshalb die Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit nicht vollständig verausgabt wurden

	Absolut	In Prozent
Inhaltliche Arbeit der PfD war erst im laufenden Jahr 2017 aufgenommen worden	18	35 %
Es gestaltete sich schwierig, geeignete Projektträger in der Förderregion zu gewinnen/Es gibt nicht genügend (potentielle) Antragsteller/innen in der Region	5	10 %
Projektträger scheuten den hohen (bürokratischen) Aufwand der Förderung im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	7	13 %
Projekte wurden nicht realisiert bzw. Anträge wurden zurückgezogen	10	19 %
Sonstige	15	29 %
Ungültig	4	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die angegeben haben weniger als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit abgerufen zu haben (n=52). Rekodierung offener Angaben. Mehrfachzuordnungen sind möglich.

Tabelle 81: Rückgemeldete Unzufriedenheiten der Projekte/Initiativen hinsichtlich des Beantragungsverfahrens

	Absolut	In Prozent
Ja	102	39 %
Nein	160	61 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die Projekte und Initiativen aus den Mitteln des Bundesprogramms gefördert haben (n=262).

Tabelle 82: Umsetzung von Demokratiekonferenzen im Jahr 2018 differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde in diesem Jahr bereits eine Demokratiekonferenz umgesetzt.	81	37 %	20	42 %	101	38 %
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde in diesem Jahr noch keine Demokratiekonferenz umgesetzt.	136	63 %	28	58 %	164	62 %
Gesamt	217	100 %	48	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 83: Anzahl der voraussichtlich im Jahr 2018 umgesetzten Demokratiekonferenzen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent								
0	1	1 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	1	0 %
1	118	69 %	32	70 %	11	73 %	21	64 %	182	69 %
2	43	25 %	11	24 %	4	27 %	11	33 %	69	26 %
3	6	4 %	3	7 %	0	0 %	0	0 %	9	3 %
4	3	2 %	0	0 %	0	0 %	1	3 %	4	2 %
Gesamt	171	100 %	46	100 %	15	100 %	33	100 %	265	100 %
Durchschnittliche Anzahl	1,4		1,4		1,3		1,4		1,4	

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 84: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure/Träger/Einrichtungen	28	28 %	47	47 %	20	20 %	5	5 %	1	1 %
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse	20	20 %	34	34 %	32	32 %	13	13 %	2	2 %
Breite Beteiligung von Bürger/innen	12	12 %	19	19 %	26	26 %	38	38 %	6	6 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Politik	7	7 %	27	27 %	42	42 %	17	17 %	8	8 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Verwaltung	13	13 %	33	33 %	32	32 %	18	18 %	5	5 %
Breite Beteiligung Jugendlicher	11	11 %	31	31 %	27	27 %	24	24 %	8	8 %
Beteiligung von Asylsuchenden/Geflüchteten	2	2 %	10	10 %	25	25 %	34	34 %	30	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Tabelle 85: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort	28	28 %	44	44 %	23	23 %	5	5 %	1	1 %
Partizipative Entwicklung bzw. Fortschreibung eines Konzepts zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie	19	19 %	24	24 %	36	36 %	15	15 %	7	7 %
Erfolgreiche Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppe(n) zur Mitwirkung in der Partnerschaft für Demokratie	10	10 %	22	22 %	34	34 %	30	30 %	5	5 %
Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung	4	4 %	16	16 %	20	20 %	34	34 %	27	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Tabelle 86: Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie

	IBK 1 (n=171)	IBK 2 (n=46)	IBK 3 (n=15)	IBK 4 (n=33)	Gesamt (N=265)
	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert
Bekanntheitsgrad insgesamt	5,9	5,7	5,5	5,0	5,7
Bekanntheitsgrad in der breiten Öffentlichkeit	4,4	4,4	4,5	4,0	4,4
Bekanntheitsgrad in der Fachöffentlichkeit	7,7	7,3	7,9	6,9	7,5
Bekanntheitsgrad in der lokalen politischen Öffentlichkeit	7,4	7,2	7,4	7,1	7,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („niedrig“) bis 10 („hoch“) berechnet.

Tabelle 87: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit etabliertem Jugendforum	189	87 %	34	71 %	223	84 %
Ohne etabliertes Jugendforum	28	13 %	14	29 %	42	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 88: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	163	75 %	32	67 %	195	74 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	10	5 %	1	2 %	11	4 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	26	12 %	2	4 %	28	11 %
Nein	18	8 %	13	27 %	31	12 %
Gesamt	217	100 %	48	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Werte für die Kategorien „Ja, dieses Forum existiert bis heute“ und „Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt“ addieren sich auf 85 %, im Text ist jedoch die Zahl 84 % genannt. Die Abweichung ergibt sich durch Rundungen (der Wert für „Ja, dieses Forum existiert bis heute“ beträgt ohne Rundung 73,58, der für „Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt“ 10,57), also dem Rundungsergebnis vor oder nach der Addition.

Tabelle 89: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach regionaler Verortung

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	120	76 %	69	74 %	6	40 %	195	74 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	3	2 %	5	5 %	3	20 %	11	4 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	22	14 %	3	3 %	3	20 %	28	11 %
Nein	12	8 %	16	17 %	3	20 %	31	12 %
Gesamt	157	100 %	93	100 %	15	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 90: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	115	78 %	56	67 %	24	71 %	195	74 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	6	4 %	4	5 %	1	3 %	11	4 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	16	11 %	10	12 %	2	6 %	28	11 %
Nein	11	7 %	13	16 %	7	21 %	31	12 %
Gesamt	148	100 %	83	100 %	34	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 91: Vorrangige Zuständigkeit für die Unterstützung der Arbeit des Jugendforums

	Absolut	In Prozent
Die Koordinierungs- und Fachstelle	108	48 %
Der Träger des Jugendforums	66	30 %
Die Koordinierungsstelle im federführenden Amt	21	9 %
Ein anderer freier Träger	5	2 %
Sonstiges	23	10 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 92: Etablierungskontext des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	87	66 %	58	88 %	23	88 %	168	75 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	44	34 %	8	12 %	3	12 %	55	25 %
Gesamt	131	100 %	66	100 %	26	100 %	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 93: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach strukturellen Voraussetzungen in der Förderregion: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche“

	Trifft gar nicht zu/ Trifft eher nicht zu		Teils/teils		Trifft eher zu/ Trifft voll zu		Gesamt	
	Absolut	In Pro- zent	Absolut	In Pro- zent	Absolut	In Pro- zent	Absolut	In Pro- zent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	51	93 %	58	73 %	55	65 %	164	75 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	4	7 %	22	28 %	29	35 %	55	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 und 2018 (n=219), die im Jahr 2017 Angaben zu den Angeboten an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche gemacht haben und 2018 Angaben zum Etablierungskontext des Jugendforums gemacht haben. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 94: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Pro- zent	Absolut	In Pro- zent	Absolut	In Pro- zent	Absolut	In Pro- zent
Stellvertretende Form	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Repräsentative Form	33	25 %	10	15 %	5	19 %	48	22 %
Offene Form	76	58 %	45	68 %	18	69 %	139	62 %
Jugendverbandliche Form	13	10 %	8	12 %	2	8 %	23	10 %
Sonstiges	9	7 %	3	5 %	1	4 %	13	6 %
Gesamt	131	100 %	66	100 %	26	100 %	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223)

Tabelle 95: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Stellvertretende Form	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Repräsentative Form	22	13 %	26	47 %	48	22 %
Offene Form	118	70 %	21	38 %	139	62 %
Jugendverbandliche Form	17	10 %	6	11 %	23	10 %
Sonstiges	11	7 %	2	4 %	13	6 %
Gesamt	168	100 %	55	100 %	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 96: Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Organisationsform

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
Repräsentative Form, (z. B. Jugendgemeinderat, Jugendparlament mit gewählten Delegierten, Schüler/innen-Vertretungen)	48	22,1	2	270	1061
Offene Form (z. B. Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendhearings, freier oder zielgruppenorientierter Zugang)	139	11,7	3	50	1622
Jugendverbandliche Form (z. B. Jugendring, Jugendorganisation)	23	14,9	6	34	343
Sonstiges	13	16,8	3	80	218
Gesamt	223	14,5	2	270	3244

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 97: Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Etablierungskontext

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	168	13,9	2	270	2338
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	55	16,5	2	59	906
Gesamt	223	14,5	2	270	3244

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 98: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds

	Absolut	In Prozent
Ja	209	94 %
Nein	8	4 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	6	3 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 99: Vertretung von Jugendforen in Begleitausschüssen

	Absolut	In Prozent
Keine Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	34	15 %
Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	189	85 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendform und konstituiertem Begleitausschuss (n=223).

Tabelle 100: Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss

	Absolut	In Prozent
Ja	176	93 %
Nein	10	5 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	2 %
Gesamt	189	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=189) mit etabliertem Jugendform und Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss.

Tabelle 101: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum

	Mit etabliertem Jugendforum (n=223)		Ohne etabliertes Jugendforum (n=42)		Gesamt (N=265)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Problemdefinition und Zielbestimmung	134	60 %	14	33 %	148	56 %
Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung	195	87 %	20	48 %	215	81 %
Beteiligung bei Entscheidungen	176	79 %	11	26 %	187	71 %
Beteiligung bei der Planung	167	75 %	12	29 %	179	68 %
Umsetzung – Engagement und Verantwortungsübernahme	164	74 %	18	43 %	182	69 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	15	7 %	19	45 %	34	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 102: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung

	Absolut	In Prozent
Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitliche begrenztes Engagement)	204	77 %
Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenengremien über den Begleitausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)	127	48 %
Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit	99	37 %
Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadteilkonferenzen etc.)	92	35 %
Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z. B. Jugendförderpläne)	26	10 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	27	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 103: Bewilligte Projekte/Initiativen aus dem Jugendfonds

Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Minimum	Maximum	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
3,4	0	30	892

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 104: Themenfelder, in denen im Jahr 2017 jugendfondsfinanzierte Projekte realisiert wurden

	Absolut	Prozent
Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum	177	67 %
Stärkung des Demokratieverständnisses und der lokalen politischen Partizipation	168	63 %
Förderung der Aufgeschlossenheit und des gleichberechtigten Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen	136	51 %
Abbau von Rassismus, Antisemitismus sowie Vorurteilen und Aufklärung über Menschenrechte	121	46 %
Prävention von Rechtsextremismus	72	27 %
Stärkung des Engagements von Jugendlichen für Geflüchtete/Asylsuchende	65	25 %
Sonstiges	13	5 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	38	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 105: Zufriedenheit mit dem Stand der Umsetzung der Jugendforen differenziert nach Vorhandensein eines Jugendforums, regionaler Verortung und Verwaltungseinheit

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alle Partnerschaften	255	6,0	1	10
Nur Partnerschaften mit Jugendforum	218	6,4	1	10
Partnerschaften mit Jugendforum aus den alten Bundesländern	139	6,2	1	10
Partnerschaften mit Jugendforum aus den neuen Bundesländern	71	6,5	2	10
Partnerschaften mit Jugendforum aus Berlin	8	7,9	5	10
Partnerschaften mit Jugendforum aus Kommunen	128	6,7	1	10
Partnerschaften mit Jugendforum aus Landkreisen	64	6,0	1	10
Partnerschaften mit Jugendforum aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften	26	6,0	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierenden Fachstellen 2018 (n=255). Mittelwerte: 1="sehr unzufrieden" zu bis 10="sehr zufrieden". Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde jeweils aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 106: Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fach Austausch (Länderebene)	236	89 %	22	8 %	7	3 %
Fortbildung	221	83 %	34	13 %	10	4 %
Fach Austausch (Bundesebene)	190	72 %	53	20 %	22	8 %
Zertifizierte Weiterbildung	178	67 %	63	24 %	24	9 %
Handreichung	174	66 %	72	27 %	19	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 107: Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in (Anteile der „Ja“-Antworten)

	Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in							
	Bis zu einem Jahr (n=22)		Bis zu zwei Jahren (n=55)		Mehr als zwei bis zu vier Jahre (n=104)		Vier Jahre oder mehr (n=80)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Handreichung	19	86 %	40	73 %	66	63 %	47	59 %
Zertifizierte Weiterbildung	19	86 %	40	73 %	70	67 %	46	58 %
Fach Austausch (Bundesebene)	17	77 %	37	67 %	75	72 %	58	73 %
Fortbildung	22	100 %	49	89 %	84	81 %	63	79 %
Fach Austausch (Länderebene)	22	100 %	51	93 %	91	88 %	69	86 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=261). In vier Fällen ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Diese Fälle wurden aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 108: Unterstützungsbedarfe der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fach Austausch (Länderebene)	191	88 %	45	94 %	236	89 %
Fortbildung	182	84 %	39	81 %	221	83 %
Fach Austausch (Bundesebene)	154	71 %	36	75 %	190	72 %
Zertifizierte Weiterbildung	145	67 %	33	69 %	178	67 %
Handreichung	137	63 %	37	77 %	174	66 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 109: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern

	Absolut	In Prozent
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	119	47 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	113	45 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	104	41 %
(Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit	102	40 %
Bestandsaufnahme von Konzepten, Maßnahmen, bestehenden Angeboten, Vernetzungen etc. im Umgang mit diesen Problemlagen vor Ort (Ressourcenanalyse)	101	40 %
(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	95	38 %
Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)	94	37 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	90	36 %
Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs	81	32 %
Umgang mit Hate Speech in sozialen Medien	64	25 %
Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen	63	25 %
Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle (z. B. Rollenklärung in Bezug auf das federführende Amt, Profilschärfung im Themenbereich etc.)	59	23 %
Projektmanagement	59	23 %
Netzwerkarbeit	53	21 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	50	20 %
Kofinanzierung	49	19 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	43	17 %
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	38	15 %
Umgang mit der Bedrohung engagierter Akteure	38	15 %
Auseinandersetzungen zwischen zugewanderten Gruppen	36	14 %
Sonstiges	14	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit weitergehenden Unterstützungsbedarfen (n=252). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 110: Gewünschte inhaltliche Themenstellungen der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen für Fachaustausche auf Bundesebene

	Absolut	In Prozent
Allgemeiner Austausch	38	20 %
Jugendpartizipation	26	14 %
Umgang mit Rechtspopulismus	25	13 %
Projekte und Projektideen in den Partnerschaften für Demokratie	24	13 %
Weiterentwicklung und Verstetigung des Bundesprogramms, Nachhaltigkeit der Partnerschaften für Demokratie	14	7 %
Verwaltungs- und Zuwendungsrecht, Abrechnung, Mittelakquise	13	7 %
Öffentlichkeitsarbeit	12	6 %
Demokratieförderung im ländlichen Raum	11	6 %
Gewinnung neuer Akteur/innen	9	5 %
Netzwerkarbeit	8	4 %
Umgang mit (sachlich unangemessenen) Anfragen und Versuchen der Zurückdrängung durch populistische Akteur/innen	7	4 %
Datenschutz	6	3 %
Extremismus (z. B. Rechtsextremismus und Islamismus)	6	3 %
Zielgruppenerreichung	5	3 %
Demokratiedistanz/Demokratieförderung und -entwicklung	5	3 %
Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung	4	2 %
Politikverdrossenheit	3	2 %
Antisemitismus	2	1 %
Demokratiefeindliche Vorkommnisse/Übergriffe	2	1 %
Integration	2	1 %
Sonstiges	15	8 %
Ungültig	16	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die Fachaustausche auf Bundesebene nachfragen (n=190). Kodierung offener Nennungen.

Tabelle 111: Unterstützungsbedarf hinsichtlich des Umgangs mit Parlamentsanfragen differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	24	15 %	19	20 %	7	47 %	50	19 %
Nein	133	85 %	74	80 %	8	53 %	215	81 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 112: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern, differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2 (n=206)		IBK 3-4 (n=46)		Gesamt (n=252)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	90	44 %	29	63 %	119	47 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	91	44 %	22	48 %	113	45 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	85	41 %	19	41 %	104	41 %
(Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit	78	38 %	24	52 %	102	40 %
Bestandsaufnahme von Konzepten, Maßnahmen, bestehenden Angeboten, Vernetzungen etc. im Umgang mit diesen Problemlagen vor Ort (Ressourcenanalyse)	76	37 %	25	54 %	101	40 %
(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	77	37 %	18	39 %	95	38 %
Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)	73	35 %	21	46 %	94	37 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	68	33 %	22	48 %	90	36 %
Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs	70	34 %	11	24 %	81	32 %
Umgang mit Hate Speech in sozialen Medien	53	26 %	11	24 %	64	25 %
Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen	51	25 %	12	26 %	63	25 %
	IBK 1-2 (n=206)		IBK 3-4 (n=46)		Gesamt (n=252)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle (z. B. Rollenklärung in Bezug auf das federführende Amt, Profilschärfung im Themenbereich etc.)	44	21 %	15	33 %	59	23 %
Projektmanagement	45	22 %	14	30 %	59	23 %
Netzwerkarbeit	41	20 %	12	26 %	53	21 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	44	21 %	6	13 %	50	20 %
Kofinanzierung	41	20 %	8	17 %	49	19 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	34	17 %	9	20 %	43	17 %

Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	34	17 %	4	9 %	38	15 %
Umgang mit der Bedrohung engagierter Akteure	34	17 %	4	9 %	38	15 %
Auseinandersetzungen zwischen zugewanderten Gruppen	27	13 %	9	20 %	36	14 %
Sonstiges	11	5 %	3	7 %	13	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen 2018 (n=252). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 113: Begleitung durch einen Coach im Jahr 2018

	Absolut	In Prozent
Ja	99	37 %
Nein	154	58 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	12	5 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Antworten finden sich auch diejenigen, die bereits in der Frage, ob Coaching bekannt ist und/oder wahrgenommen wurde, die Kategorien „nicht bekannt“ oder „bekannt, aber nicht wahrgenommen“ gewählt haben. Eine Vergleichbarkeit zu den Vorjahresbefunden ist daher beschränkt, da im Vorjahr alle Partnerschaften die Frage nach der Inanspruchnahme von Coaching gestellt bekommen haben.

Tabelle 114: Begleitung durch einen Coach im Jahr 2018 differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4	
	Absolut	In Prozent						
Ja	62	36 %	20	43 %	5	33 %	12	36 %
Nein	101	59 %	25	54 %	10	67 %	18	55 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	8	5 %	1	2 %	0	0 %	3	9 %
Gesamt	171	100 %	46	100 %	15	100 %	33	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Antworten finden sich auch diejenigen, die bereits in der Frage, ob Coaching bekannt ist und/oder wahrgenommen wurde, die Kategorien „nicht bekannt“ oder „bekannt, aber nicht wahrgenommen“ gewählt haben. Eine Vergleichbarkeit zu den Vorjahresbefunden ist daher beschränkt, da im Vorjahr alle Partnerschaften die Frage nach der Inanspruchnahme von Coaching gestellt bekommen haben.

Tabelle 115: Bereiche der Unterstützung durch einen Coach

	Absolut	In Prozent
Einrichtung und Reflexion der Beteiligungsstrukturen und Prozesse vor Ort (z. B. Begleitausschüsse, Demokratiekonferenzen)	84	85 %
Entwicklung und Reflexion des strategischen Handelns von Begleitausschuss und ggf. Jugendforum	80	81 %
Klärung der Aufgabenstellungen und Zuständigkeiten von Begleitausschuss, Koordinierungs- und Fachstelle, federführendem Amt sowie Jugendforum	76	77 %
Beratung zur nachhaltigen Verankerung der Ziele, Themen und Verfahren der Partnerschaft für Demokratie in Verwaltungsbereichen/politischen Gremien vor Ort	62	63 %
Information über den Nutzen von Ergebnissicherung, (Selbst-)Reflexion und Evaluation	47	47 %
Beratung bei der Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit	45	45 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	44	44 %
Beratung zur Umsetzung von Gender-, Diversity-Mainstreaming und Inklusion	13	13 %
Beratung zum Thema Kofinanzierung	12	12 %
Sonstiges	6	6 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die durch einen Coach begleitet werden (n=99). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 116: Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
1. IBK	171	7,1	1	10
2. IBK	46	6,7	1	9
3. IBK	15	7,1	5	9
4. IBK	33	6,6	3	9
Gesamt	265	6,9	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“) berechnet.

Tabelle 117: Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Kommune	148	7,1	1	10
Landkreis	83	6,6	3	9
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	34	7,1	1	9
Gesamt	265	6,9	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“) berechnet.

Tabelle 118: Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	157	7,0	1	10
Neue Bundesländer	93	6,8	2	9
Berlin	15	7,5	6	9
Gesamt	265	6,9	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“) berechnet.

Tabelle 119: Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Wir setzen bereits eine Strategie um, die ausreichend ist.	15	6 %	15	6 %	9	3 %
Wir setzen zwar eine Strategie um, es muss jedoch noch mehr getan werden.	32	12 %	36	14 %	29	11 %
Hierzu wird gerade eine Strategie entwickelt.	16	6 %	11	4 %	19	7 %
Wir setzen die Leitlinien ohne eine spezifische Strategie um.	186	70 %	188	71 %	186	70 %
Die Umsetzung der Leitprinzipien spielt für uns derzeit keine Rolle.	16	6 %	15	6 %	22	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 120: Umsetzung der GDI-Leitprinzipien

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Berücksichtigung der Leitprinzipien bei der Projektauswahl	209	79 %	210	79 %	178	67 %
Einbindung relevanter Akteur/innen (z. B. Gender-, Integration-, Behindertenbeauftragte) bei der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie	135	51 %	134	51 %	104	39 %
Qualifizierung/Beratung der (Programm)Akteur/innen (z. B. Projektträger) zur Umsetzung der Leitprinzipien	119	45 %	117	44 %	87	33 %
Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf die Leitprinzipien	106	40 %	121	46 %	84	32 %
Sonstiges	5	2 %	6	2 %	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 121: Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2017

Widmeten sich die im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen explizit an genderspezifische Zielgruppen?	Absolut	In Prozent
Ja, und zwar ausschließlich an Jungen/Männer	20	8 %
Ja, und zwar ausschließlich an Mädchen/Frauen	70	26 %
Ja, und zwar ausschließlich an LGBTI-Personen	22	8 %
Nein, keines der geförderten Projekte hat eine explizit genderspezifische Ausrichtung	174	66 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“.

Tabelle 122: Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
221	83 %	6	2 %	38	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die für mindestens eine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden. Die „Nein“-Angaben umfassen die Befragten, die für alle Akteursgruppen explizit angeben, dass es keine Situation der Anfeindung und Bedrohung gab. Die „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben enthalten somit jene Befragte, die mindestens für eine Akteursgruppe „Kann ich nicht beurteilen“ angeben, aber für keine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden.

Tabelle 123: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	71	27 %	120	45 %	13	5 %	61	23 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	64	24 %	102	38 %	20	8 %	79	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	36	14 %	108	41 %	57	22 %	64	24 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	6 %	79	30 %	92	35 %	78	29 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	21	8 %	63	24 %	59	22 %	122	46 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	4 %	26	10 %	60	23 %	168	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	3 %	35	13 %	215	81 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 124: Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslimfeindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

In dem Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 wurden in unserer Förderregion...	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...Menschen Opfer von islam- bzw. muslimfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	49	30 %	76	46 %	8	5 %	33	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die angeben, dass Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n=166).

Tabelle 125: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	16 %	73	46 %	10	6 %	49	31 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	10 %	83	53 %	11	7 %	47	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	15	10 %	59	38 %	40	25 %	43	27 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	4 %	41	26 %	62	39 %	48	31 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	3 %	30	19 %	42	27 %	81	52 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	3 %	15	10 %	37	24 %	101	64 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	2 %	19	12 %	127	81 %	8	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 126: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	42	45 %	36	39 %	2	2 %	13	14 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	27 %	28	30 %	10	11 %	30	32 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	15	16 %	43	46 %	16	17 %	19	20 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	12 %	30	32 %	16	17 %	36	39 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	6 %	32	34 %	29	31 %	26	28 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	4 %	10	11 %	20	22 %	59	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	1	1 %	16	17 %	76	82 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 127: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	14	93 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	13	87 %	1	7 %	0	0 %	1	7 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	40 %	6	40 %	1	7 %	2	13 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	40 %	3	20 %	1	7 %	5	33 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	27 %	6	40 %	1	7 %	4	27 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	20 %	1	7 %	3	20 %	8	53 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	20 %	0	0 %	12	80 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 in Berlin (n=15).

Tabelle 128: Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	57	22 %	45	17 %	163	62 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	27	10 %	61	23 %	177	67 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen	13	5 %	114	43 %	138	52 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	0	0 %	252	95 %	13	5 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	0	0 %	136	51 %	129	49 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Körperverletzungen. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Körperverletzungen gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 129: Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	86	32 %	28	11 %	151	57 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen	77	29 %	71	27 %	117	44 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	62	23 %	97	37 %	106	40 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	51	19 %	42	16 %	172	65 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	22	8 %	234	88 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 130: Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	144	54 %	20	8 %	101	38 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen	109	41 %	63	24 %	93	35 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	93	35 %	33	12 %	139	52 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	71	27 %	95	36 %	99	37 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	33	12 %	222	84 %	10	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Straftaten gegen die Ehre. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Straftaten gegen die Ehre gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 131: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Ge-flüchtete	6	2 %	33	12 %	164	62 %	62	23 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z. B. Parteibüros, Rathäuser)	5	2 %	41	15 %	182	69 %	37	14 %
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öf-fentliche Wahrzeichen	5	2 %	41	15 %	144	54 %	75	28 %
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z. B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	5	2 %	31	12 %	180	68 %	49	18 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kultu-rellen und geschlechtsidenti-tätsbezogenen Minderheiten sind (z. B. jüdische Bildungs-einrichtungen, Einrichtungen von Migrant/innenorganisatio-nen)	4	2 %	23	9 %	157	59 %	81	31 %
Das Eigentum von Organisa-tionen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demo-kratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z. B. Koordinie-rungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	0	0 %	18	7 %	172	65 %	75	28 %
Anschläge auf Sakralbauten (z. B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnis-stätten von religiösen Minder-heiten	0	0 %	18	7 %	172	65 %	75	28 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 132: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Geächtete	2	1 %	14	9 %	110	70 %	31	20 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z. B. Parteibüros, Rathäuser)	2	1 %	12	8 %	125	80 %	18	11 %
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen.	1	1 %	20	13 %	96	61 %	40	25 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind (z. B. jüdische Bildungseinrichtungen, Einrichtungen von Migrant/innenorganisationen)	1	1 %	14	9 %	104	66 %	38	24 %
Das Eigentum von Organisationen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z. B. Koordinierungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	1	1 %	7	4 %	135	86 %	14	9 %
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z. B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	0	0 %	11	7 %	125	80 %	21	13 %
Anschläge auf Sakralbauten (z. B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnisstätten von religiösen Minderheiten	0	0 %	8	5 %	107	68 %	42	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 133: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z. B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	5	5 %	15	16 %	51	55 %	22	24 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z. B. Parteibüros, Rathäuser)	3	3 %	25	27 %	50	54 %	15	16 %
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Geflüchtete	3	3 %	16	17 %	49	53 %	25	27 %
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen	1	1 %	18	19 %	44	47 %	30	32 %
Das Eigentum von Organisationen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z. B. Koordinierungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	1	1 %	17	18 %	66	71 %	9	10 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind (z. B. jüdische Bildungseinrichtungen, Einrichtungen von Migrant/innenorganisationen)	1	1 %	8	9 %	49	53 %	35	38 %
Anschläge auf Sakralbauten (z. B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnisstätten von religiösen Minderheiten	0	0 %	6	6 %	60	65 %	27	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 134: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Anschläge auf Gedenkstätten bzw. Mahnmale und/oder öffentliche Wahrzeichen	3	20 %	3	20 %	4	27 %	5	33 %
Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind (z. B. jüdische Bildungseinrichtungen, Einrichtungen von Migrant/innenorganisationen)	2	13 %	1	7 %	4	27 %	8	53 %
Anschläge auf Wohnunterkünfte für Asylsuchende/Geächtete	1	7 %	3	20 %	5	33 %	6	40 %
Anschläge auf soziale und kulturelle Einrichtungen (z. B. Jugend- und Kulturvereine, einschlägige Ausstellungen)	0	0 %	5	33 %	4	27 %	6	40 %
Anschläge auf Sakralbauten (z. B. Synagogen, Moscheen, Tempel) und/oder Begräbnisstätten von religiösen Minderheiten	0	0 %	4	27 %	5	33 %	6	40 %
Anschläge auf staatliche und politische Einrichtungen (z. B. Parteibüros, Rathäuser)	0	0 %	4	27 %	7	47 %	4	27 %
Das Eigentum von Organisationen, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie unmittelbar beteiligt sind, vorsätzlich beschädigt oder zerstört (z. B. Koordinierungs- und Fachstelle, Träger von Projekten)	0	0 %	3	20 %	11	73 %	1	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Tabelle 135: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen in ihrer Förderregion, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Einrichtungen in muslimischer Trägerschaft bzw. in muslimischem Besitz	19	70 %	6	30 %
Einrichtungen in jüdischer Trägerschaft bzw. in jüdischem Besitz	4	15 %	21	85 %
Einrichtungen in sonstiger Trägerschaft	6	22 %	19	78 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 die angegeben haben, dass Anschläge auf Einrichtungen, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen oder geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, verübt wurden (n=27). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 136: Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus	131	59 %	81	37 %	9	4 %
Mit Beratungen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt	82	37 %	123	56 %	16	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten (n=221). Hier gilt es zu beachten, dass zwischen den einzelnen Bundesländern (zum Teil deutliche) Unterschiede hinsichtlich der Etablierungszeitpunkte sowie der finanziellen und personellen Ausstattung der Opferberatungsstellen bestehen.

Tabelle 137: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Fremdenfeindlichkeit	111	42 %	106	40 %	23	9 %	25	9 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	99	37 %	100	38 %	26	10 %	40	15 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	92	35 %	89	34 %	44	17 %	40	15 %
Antisemitismus	34	13 %	91	34 %	73	28 %	67	25 %
Heterosexismus	26	10 %	67	25 %	70	26 %	102	38 %
Antifeminismus	24	9 %	65	25 %	84	32 %	92	35 %
Islamischer Fundamentalismus	14	5 %	41	15 %	110	42 %	100	38 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 138: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Fremdenfeindlichkeit	55	35 %	67	43 %	16	10 %	19	12 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	50	32 %	60	38 %	21	13 %	26	17 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	46	29 %	57	36 %	31	20 %	23	15 %
Antisemitismus	17	11 %	50	32 %	46	29 %	44	28 %
Heterosexismus	13	8 %	38	24 %	41	26 %	65	41 %
Antifeminismus	12	8 %	38	24 %	53	34 %	54	34 %
Islamischer Fundamentalismus	12	8 %	31	20 %	59	38 %	55	35 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 139: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	46	49 %	36	39 %	6	6 %	5	5 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	41	44 %	35	38 %	5	5 %	12	13 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	36	39 %	28	30 %	12	13 %	17	18 %
Antisemitismus	9	10 %	36	39 %	26	28 %	22	24 %
Heterosexismus	7	8 %	24	26 %	28	30 %	34	37 %
Antifeminismus	6	6 %	21	23 %	30	32 %	36	39 %
Islamischer Fundamentalismus	2	2 %	6	6 %	43	46 %	42	45 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 140: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Islam- und Muslimfeindlichkeit	10	67 %	4	27 %	1	7 %	0	0 %
Fremdenfeindlichkeit	10	67 %	3	20 %	1	7 %	1	7 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	8	53 %	5	33 %	0	0 %	2	13 %
Antisemitismus	8	53 %	5	33 %	1	7 %	1	7 %
Antifeminismus	6	40 %	6	40 %	1	7 %	2	13 %
Heterosexismus	6	40 %	5	33 %	1	7 %	3	20 %
Islamischer Fundamentalismus	0	0 %	4	27 %	8	53 %	3	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Tabelle 141: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	81	31 %	109	41 %	28	11 %	47	18 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	79	30 %	108	41 %	50	19 %	28	11 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	70	26 %	78	29 %	87	33 %	30	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	37	14 %	68	26 %	86	32 %	74	28 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	9	3 %	25	9 %	139	52 %	92	35 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	7	3 %	30	11 %	143	54 %	85	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 142: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	184	69 %	63	24 %	12	5 %	6	2 %
Integrationsfördernde Migrant/innencommunities und/oder -netzwerke (z. B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	146	55 %	83	31 %	22	8 %	14	5 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	102	38 %	120	45 %	15	6 %	28	11 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst) Organisationen	90	34 %	97	37 %	47	18 %	31	12 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z. B. Pfadfinder, Punks, Skater)	86	32 %	98	37 %	37	14 %	44	17 %
Themenkompetente und engagierte Akteur/innen aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	75	28 %	120	45 %	25	9 %	45	17 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteur/innen aus Kultur und/oder Wirtschaft	69	26 %	122	46 %	22	8 %	52	20 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	47	18 %	116	44 %	35	13 %	67	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 143: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	45	30 %	62	42 %	17	11 %	24	16 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	42	28 %	53	36 %	34	23 %	19	13 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	42	28 %	40	27 %	47	32 %	19	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	19	13 %	35	24 %	50	34 %	44	30 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	6	4 %	18	12 %	69	47 %	55	37 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	5	3 %	18	12 %	75	51 %	50	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 144: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	26	31 %	34	41 %	5	6 %	18	22 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	25	30 %	45	54 %	8	10 %	5	6 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	21	25 %	31	37 %	24	29 %	7	8 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	12	14 %	30	36 %	23	28 %	18	22 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	2	2 %	10	12 %	44	53 %	27	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	2	2 %	7	8 %	44	53 %	30	36 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Landkreisen (n=83).

Tabelle 145: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	12	35 %	10	29 %	8	24 %	4	12 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	10	29 %	13	38 %	6	18 %	5	15 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	7	21 %	7	21 %	16	47 %	4	12 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	18 %	3	9 %	13	38 %	12	35 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	3 %	0	0 %	26	76 %	7	21 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	2	6 %	24	71 %	8	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=34).

Tabelle 146: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	39	25 %	66	42 %	20	13 %	32	20 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	34	22 %	67	43 %	34	22 %	22	14 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	27	17 %	49	31 %	61	39 %	20	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	12	8 %	39	25 %	56	36 %	50	32 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	8	5 %	16	10 %	73	46 %	60	38 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	5	3 %	21	13 %	84	54 %	47	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 147: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	35	38 %	38	41 %	14	15 %	6	6 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	35	38 %	36	39 %	8	9 %	14	15 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	34	37 %	26	28 %	25	27 %	8	9 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	19	20 %	27	29 %	28	30 %	19	20 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	1 %	9	10 %	52	56 %	31	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	6	6 %	57	61 %	30	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 148: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	10	67 %	3	20 %	2	13 %	0	0 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	9	60 %	3	20 %	1	7 %	2	13 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	7	47 %	7	47 %	0	0 %	1	7 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	40 %	2	13 %	2	13 %	5	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	7 %	3	20 %	9	60 %	2	13 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	7 %	0	0 %	7	47 %	7	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Tabelle 149: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise in den alten Bundesländern)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	10	26 %	23	61 %	3	8 %	2	5 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	10	26 %	17	45 %	3	8 %	8	21 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	6	16 %	16	42 %	13	34 %	3	8 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	2	5 %	16	42 %	10	26 %	10	26 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	2	5 %	3	8 %	16	42 %	17	45 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	3 %	7	18 %	21	55 %	9	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Landkreisen in den alten Bundesländern (n=38).

Tabelle 150: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise in den neuen Bundesländern)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	16	36 %	17	38 %	2	4 %	10	22 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	15	33 %	22	49 %	5	11 %	3	7 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	15	33 %	15	33 %	11	24 %	4	9 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	10	22 %	14	31 %	13	29 %	8	18 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	2 %	3	7 %	23	51 %	18	40 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	4	9 %	28	62 %	13	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Landkreisen in den neuen Bundesländern (n=45).

Tabelle 151: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Hate Speech im Netz	112	42 %	86	32 %	16	6 %	51	19 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	81	31 %	107	40 %	55	21 %	22	8 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	41	15 %	81	31 %	128	48 %	15	6 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z. B. Konzerte, Feste)	22	8 %	50	19 %	128	48 %	65	25 %
Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteur/innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	19	7 %	61	23 %	126	48 %	59	22 %
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	13	5 %	81	31 %	129	49 %	42	16 %
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	5	2 %	20	8 %	235	89 %	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 152: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
1. IBK (n=171)	17	10 %	152	89 %	2	1 %
2. IBK (n=46)	4	9 %	40	87 %	2	4 %
3. IBK (n=15)	2	13 %	12	80 %	1	7 %
4. IBK (n=33)	2	6 %	31	94 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 153: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	11	44 %
Neue Bundesländer	11	44 %
Berlin	3	12 %
Gesamt	25	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die eine gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit ihrer Partnerschaft für Demokratie wahrgenommen haben (n=25).

Tabelle 154: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	170	64 %	82	31 %	8	3 %	5	2 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	116	44 %	112	42 %	16	6 %	21	8 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	114	43 %	120	45 %	16	6 %	15	6 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	58	22 %	138	52 %	42	16 %	27	10 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	48	18 %	121	46 %	82	31 %	14	5 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	46	17 %	121	46 %	44	17 %	54	20 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	23	9 %	88	33 %	69	26 %	85	32 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	16	6 %	58	22 %	118	45 %	73	28 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	14	5 %	64	24 %	73	28 %	114	43 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 155: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltöffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	99	67 %	43	29 %	3	2 %	3	2 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	72	49 %	59	40 %	7	5 %	10	7 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	70	47 %	60	41 %	5	3 %	13	9 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	41	28 %	74	50 %	19	13 %	14	9 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	34	23 %	72	49 %	36	24 %	6	4 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	29	20 %	68	46 %	23	16 %	28	19 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	16	11 %	48	32 %	33	22 %	51	34 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	10	7 %	36	24 %	44	30 %	58	39 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	9	6 %	41	28 %	61	41 %	37	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 156: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltöffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	55	66 %	24	29 %	3	4 %	1	1 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	35	42 %	37	45 %	4	5 %	7	8 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	31	37 %	46	55 %	2	2 %	4	5 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	13	16 %	45	54 %	14	17 %	11	13 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	11	13 %	39	47 %	11	13 %	22	27 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	11	13 %	38	46 %	26	31 %	8	10 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	5	6 %	25	30 %	26	31 %	27	33 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	4	5 %	13	16 %	35	42 %	31	37 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	3	4 %	21	25 %	15	18 %	44	53 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Landkreisen (n=83).

Tabelle 157: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltöffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	16	47 %	15	44 %	2	6 %	1	3 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	11	32 %	15	44 %	7	21 %	1	3 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	11	32 %	15	44 %	7	21 %	1	3 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	6	18 %	14	41 %	10	29 %	4	12 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	4	12 %	19	56 %	9	26 %	2	6 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	3	9 %	11	32 %	20	59 %	0	0 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	3	9 %	4	12 %	22	65 %	5	15 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	2	6 %	15	44 %	10	29 %	7	21 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	1	3 %	7	21 %	14	41 %	12	35 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=34).

Tabelle 158: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	110	42 %	128	48 %	8	3 %	5	2 %	14	5 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z. B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	87	33 %	90	34 %	12	5 %	3	1 %	73	28 %
Relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen informiert und nehmen diese ernst.	61	23 %	142	54 %	24	9 %	2	1 %	36	14 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z. B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegengewehr).	47	18 %	134	51 %	40	15 %	5	2 %	39	15 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	45	17 %	110	42 %	40	15 %	8	3 %	62	23 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	38	14 %	125	47 %	29	11 %	3	1 %	70	26 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Tätern/innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	37	14 %	48	18 %	18	7 %	5	2 %	157	59 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	36	14 %	162	61 %	28	11 %	3	1 %	36	14 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	36	14 %	102	38 %	24	9 %	7	3 %	96	36 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	28	11 %	160	60 %	54	20 %	1	0 %	22	8 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	26	10 %	82	31 %	69	26 %	22	8 %	66	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 159: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Ar-	38	14 %	137	52 %	58	22 %	11	4 %	21	8 %

gumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.										
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	35	13 %	110	42 %	90	34 %	7	3 %	23	9 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	17	6 %	69	26 %	121	46 %	26	10 %	32	12 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	16	6 %	91	34 %	106	40 %	29	11 %	23	9 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	13	5 %	78	29 %	90	34 %	48	18 %	36	14 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	8	3 %	35	13 %	94	35 %	95	36 %	33	12 %
	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen	4	2 %	56	21 %	80	30 %	23	9 %	102	38 %

und/oder Organisationen sind erfolgreich.										
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	2	1 %	23	9 %	115	43 %	93	35 %	32	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 160: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	15	10 %	68	43 %	57	36 %	4	3 %	13	8 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	12	8 %	79	50 %	41	26 %	10	6 %	15	10 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	9	6 %	39	25 %	72	46 %	23	15 %	14	9 %
	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Po-	7	4 %	34	22 %	78	50 %	18	11 %	20	13 %

sitionen auf die lokale Agenda zu setzen.										
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	4	3 %	42	27 %	51	32 %	38	24 %	22	14 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	3	2 %	10	6 %	52	33 %	70	45 %	22	14 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	0	0 %	26	17 %	50	32 %	17	11 %	64	41 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	0	0 %	11	7 %	65	41 %	63	40 %	18	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 161: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	20	22 %	50	54 %	16	17 %	1	1 %	6	6 %
Öffentliche Auseinandersetzungen	18	19 %	33	35 %	29	31 %	3	3 %	10	11 %

im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.										
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	8	9 %	29	31 %	36	39 %	8	9 %	12	13 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	6	6 %	46	49 %	30	32 %	4	4 %	7	8 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	5	5 %	30	32 %	34	37 %	10	11 %	14	15 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	3	3 %	25	27 %	22	24 %	6	6 %	37	40 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	2	2 %	20	22 %	38	41 %	22	24 %	11	12 %
	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	1	1 %	11	12 %	40	43 %	27	29 %	14	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 162: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	6	40 %	8	53 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	4	27 %	6	40 %	5	33 %	0	0 %	0	0 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	3	20 %	5	33 %	4	27 %	3	20 %	0	0 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	2	13 %	9	60 %	4	27 %	0	0 %	0	0 %
	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	2	13 %	6	40 %	7	47 %	0	0 %	0	0 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	1	7 %	6	40 %	4	27 %	2	13 %	2	13 %

Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	1	7 %	5	33 %	8	53 %	0	0 %	1	7 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	1	7 %	1	7 %	10	67 %	3	20 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform	3
Abbildung 2:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	6
Abbildung 3:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern	7
Abbildung 4:	Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an allen Mitgliedern in den Begleitausschüssen	8
Abbildung 5:	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen	10
Abbildung 6:	Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen	12
Abbildung 7:	Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es ...“	14
Abbildung 8:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften für Demokratie	17
Abbildung 9:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung	20
Abbildung 10:	Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie	22
Abbildung 11:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	27
Abbildung 12:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen	28
Abbildung 13:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	29
Abbildung 14:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	30
Abbildung 15:	Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext	31
Abbildung 16:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum	33
Abbildung 17:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	34
Abbildung 18:	Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte	35
Abbildung 19:	Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	36
Abbildung 20:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern	38

Abbildung 21:	Begleitung durch einen Coach differenziert nach Förderperiode	39
Abbildung 22:	Bereiche der Unterstützung durch einen Coach	40
Abbildung 23:	Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien	42
Abbildung 24:	Umsetzung der GDI-Leitprinzipien	43
Abbildung 25:	Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2017	44
Abbildung 26:	Beurteilung der Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion	44
Abbildung 27:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	46
Abbildung 28:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018 differenziert nach regionaler Verortung	49
Abbildung 29:	Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	50
Abbildung 30:	Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	51
Abbildung 31:	Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	52
Abbildung 32:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	53
Abbildung 33:	Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	54
Abbildung 34:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschen- feindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	55
Abbildung 35:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- freundlichen und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	57
Abbildung 36:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	59
Abbildung 37:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	60

Abbildung 38:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	62
Abbildung 39:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	63

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	65
Tabelle 2:	Verwaltungsform der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	65
Tabelle 3:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform	66
Tabelle 4:	Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode	66
Tabelle 5:	Verbindliche Planung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle	66
Tabelle 6:	Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	67
Tabelle 7:	Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	67
Tabelle 8:	Ansiedlung des federführenden Amtes in Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle	67
Tabelle 9:	Ansiedlung der nicht-externen Koordinierungs- und Fachstellen in den Verwaltungsstrukturen	68
Tabelle 10:	Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie	68
Tabelle 11:	Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie (Anzahl der Personen)	68
Tabelle 12:	Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie (Prozent eines Vollzeitäquivalents)	69
Tabelle 13:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle	69
Tabelle 14:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle	69
Tabelle 15:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit sonstiger Ansiedlung	69
Tabelle 16:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle bei freien Trägern differenziert nach Verwaltungseinheit	70
Tabelle 17:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen im federführenden Amt	70
Tabelle 18:	Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in differenziert nach Förderperiode	71

Tabelle 19:	Entscheidende Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie aufgrund von Personalwechseln in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Förderperiode	71
Tabelle 20:	Konstituierung eines Begleitausschusses	71
Tabelle 21:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	72
Tabelle 22:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteurs- gruppen (IBK 1-2)	72
Tabelle 23:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteurs- gruppen (IBK 3-4)	73
Tabelle 24:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteur/innen	73
Tabelle 25:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteur/innen	74
Tabelle 26:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/politischer Akteur/innen	74
Tabelle 27:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich der Wirtschaftsakteur/innen	75
Tabelle 28:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	75
Tabelle 29:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	75
Tabelle 30:	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen	76
Tabelle 31:	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen (IBK1-2)	76
Tabelle 32:	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen (IBK 3-4)	77
Tabelle 33:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen	77
Tabelle 34:	Vertretung verschiedener Parteien im Begleitausschuss	78
Tabelle 35:	Vorhandensein von Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind	78
Tabelle 36:	Vorhandensein von Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind differenziert nach Förderperiode	78
Tabelle 37:	Personen, Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschüssen vertreten sind	79

Tabelle 38:	Anzahl der (vorgesehenen) Sitzungen im Begleitausschuss in den Förderjahren 2017 und 2018	79
Tabelle 39:	Engagement der Begleitausschüsse in verschiedenen Aufgabenreichen differenziert nach Förderperiode (Mittelwerte)	80
Tabelle 40:	Engagement der Begleitausschüsse in verschiedenen Aufgabenbereichen	81
Tabelle 41:	Budget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2018	82
Tabelle 42:	Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2018	82
Tabelle 43:	Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	82
Tabelle 44:	Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit	83
Tabelle 45:	Gesamtbudget der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit und regionaler Verortung	83
Tabelle 46:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“	83
Tabelle 47:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“ differenziert nach Förderperiode	84
Tabelle 48:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“ differenziert nach Verwaltungseinheit	84
Tabelle 49:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen“ differenziert nach regionaler Verortung	85
Tabelle 50:	Infrastrukturelle Voraussetzungen: „In unserer Förderregion...“	85
Tabelle 51:	Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach regionaler Verortung: „In unserer Förderregion...“ („Ja“-Anteile)	85
Tabelle 52:	Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach Verwaltungseinheit: „In unserer Förderregion...“ („Ja“-Anteile)	86
Tabelle 53:	Wahrgenommener Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements seit dem Jahr 2017 differenziert nach Förderperiode	86
Tabelle 54:	Wahrgenommener Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements seit dem Jahr 2017 differenziert nach regionaler Verortung	86
Tabelle 55:	Zusammenarbeit mit ausgewählten Landesstrukturen und anderen (Programm)Akteur/innen	87

Tabelle 56:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung	87
Tabelle 57:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Förderperiode	88
Tabelle 58:	Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der integrierten Handlungsstrategien im Jahr 2018	88
Tabelle 59:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach prioritären Handlungsbedarfen (Spaltenprozente)	89
Tabelle 60:	Anzahl der von den Partnerschaften für Demokratie benannten Arbeitsschwerpunkte	91
Tabelle 61:	Anzahl der von den Partnerschaften für Demokratie benannten Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Förderperiode	91
Tabelle 62:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung	92
Tabelle 63:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden, differenziert nach Förderperiode	93
Tabelle 64:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen	94
Tabelle 65:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach regionaler Verortung	95
Tabelle 66:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen differenziert nach Verwaltungseinheit	96
Tabelle 67:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen	97
Tabelle 68:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Förderperiode: Häufigkeit/Anteil der „(eher) gut“-Nennungen	98
Tabelle 69:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2017 differenziert nach Schwerpunkten	99
Tabelle 70:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2017 differenziert nach Finanzierungsquelle	100
Tabelle 71:	Zielgruppen der im Jahr 2017 geförderten Projekte/Initiativen	101
Tabelle 72:	Antragstellende der im Jahr 2017 geförderten Projekte/Initiativen	101
Tabelle 73:	Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds	103
Tabelle 74:	Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds differenziert nach Förderperiode	103

Tabelle 75:	Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds differenziert nach Verwaltungseinheit	104
Tabelle 76:	Entscheidung für eine bestimmte Förderlogik hinsichtlich der geförderten Projekte aus dem Aktions- und Initiativfonds differenziert nach regionaler Verortung	105
Tabelle 77:	Mittelverausgabung für den Aktions- und Initiativfonds: „Haben Sie im Jahr 2017 mehr als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit verausgabt?“	105
Tabelle 78:	Mittelverausgabung für den Aktions- und Initiativfonds: „Haben Sie im Jahr 2017 mehr als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit verausgabt?“ differenziert nach Verwaltungseinheit	106
Tabelle 79:	Mittelverausgabung für den Aktions- und Initiativfonds: „Haben Sie im Jahr 2017 mehr als 75 % der abgerufenen Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit verausgabt?“ differenziert nach Förderperiode	106
Tabelle 80:	Gründe, weshalb die Mittel für den Aktions- und Initiativfonds für die Projektarbeit nicht vollständig verausgabt wurden	106
Tabelle 81:	Rückgemeldete Unzufriedenheiten der Projekte/Initiativen hinsichtlich des Beantragungsverfahrens	107
Tabelle 82:	Umsetzung von Demokratiekonferenzen im Jahr 2018 differenziert nach Förderperiode	107
Tabelle 83:	Anzahl der voraussichtlich im Jahr 2018 umgesetzten Demokratiekonferenzen differenziert nach Förderperiode	107
Tabelle 84:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	108
Tabelle 85:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen	109
Tabelle 86:	Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie	109
Tabelle 87:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	110
Tabelle 88:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	110
Tabelle 89:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach regionaler Verortung	111
Tabelle 90:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Verwaltungs- einheit	111
Tabelle 91:	Vorrangige Zuständigkeit für die Unterstützung der Arbeit des Jugend- forums	112
Tabelle 92:	Etablierungskontext des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit	112

Tabelle 93:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach strukturellen Voraussetzungen in der Förderregion: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche“	113
Tabelle 94:	Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	113
Tabelle 95:	Aktuelle Organisationsform der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext	114
Tabelle 96:	Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Organisationsform	114
Tabelle 97:	Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Etablierungskontext	115
Tabelle 98:	Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds	115
Tabelle 99:	Vertretung von Jugendforen in Begleitausschüssen	115
Tabelle 100:	Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	115
Tabelle 101:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften differenziert nach Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum	116
Tabelle 102:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	116
Tabelle 103:	Bewilligte Projekte/Initiativen aus dem Jugendfonds	116
Tabelle 104:	Themenfelder, in denen im Jahr 2017 jugendfondsfinanzierte Projekte realisiert wurden	117
Tabelle 105:	Zufriedenheit mit dem Stand der Umsetzung der Jugendforen differenziert nach Vorhandensein eines Jugendforums, regionaler Verortung und Verwaltungseinheit	117
Tabelle 106:	Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	118
Tabelle 107:	Unterstützungsbedarfe von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in (Anteile der „Ja“-Antworten)	118
Tabelle 108:	Unterstützungsbedarfe der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode	119
Tabelle 109:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern	120
Tabelle 110:	Gewünschte inhaltliche Themenstellungen der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen für Fachaustausche auf Bundesebene	121

Tabelle 111:	Unterstützungsbedarf hinsichtlich des Umgangs mit Parlamentsanfragen differenziert nach regionaler Verortung	121
Tabelle 112:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern, differenziert nach Förderperiode	122
Tabelle 113:	Begleitung durch einen Coach im Jahr 2018	123
Tabelle 114:	Begleitung durch einen Coach im Jahr 2018 differenziert nach Förder- periode	123
Tabelle 115:	Bereiche der Unterstützung durch einen Coach	124
Tabelle 116:	Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Förderperiode	124
Tabelle 117:	Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Verwaltungseinheit	125
Tabelle 118:	Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	125
Tabelle 119:	Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien	125
Tabelle 120:	Umsetzung der GDI-Leitprinzipien	126
Tabelle 121:	Zielgruppenspezifische Projekte/Initiativen im Jahr 2017	126
Tabelle 122:	Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	126
Tabelle 123:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	127
Tabelle 124:	Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslimfeindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	128
Tabelle 125:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	129
Tabelle 126:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	130
Tabelle 127:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	131
Tabelle 128:	Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	132

Tabelle 129:	Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	132
Tabelle 130:	Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	133
Tabelle 131:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	134
Tabelle 132:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	135
Tabelle 133:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	136
Tabelle 134:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen und Gebäude in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	137
Tabelle 135:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anschläge auf Einrichtungen in ihrer Förderregion, die in Besitz/Trägerschaft von religiösen, ethnischen, kulturellen und geschlechtsidentitätsbezogenen Minderheiten sind, im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	138
Tabelle 136:	Zusammenarbeit mit Beratungsstellen aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	138
Tabelle 137:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	139
Tabelle 138:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	139
Tabelle 139:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	140
Tabelle 140:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	140
Tabelle 141:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	141

Tabelle 142:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- freundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	142
Tabelle 143:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)	143
Tabelle 144:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)	144
Tabelle 145:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	145
Tabelle 146:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	146
Tabelle 147:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	147
Tabelle 148:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	148
Tabelle 149:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise in den alten Bundesländern)	149
Tabelle 150:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- feindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise in den neuen Bundesländern)	150
Tabelle 151:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	151
Tabelle 152:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	151
Tabelle 153:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	152
Tabelle 154:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	153

Tabelle 155:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)	154
Tabelle 156:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)	155
Tabelle 157:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur/innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	156
Tabelle 158:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	157
Tabelle 159:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	158
Tabelle 160:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	160
Tabelle 161:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	161
Tabelle 162:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	163



Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 /95789-0
Telefax +49 (0) 69 /95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

